

ENGAGE

Engagement für nachhaltiges Gemeinwohl



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Verbundprojekt: ENGAGE – Engagement für nachhaltiges Gemeinwohl

Förderkennzeichen: 01UG1911

Meilenstein 3: Gemeinsames Arbeitspapier nach Arbeitspaket 2 (Trendanalyse der Beteiligung in Deutschland)

Trendanalyse – Engagement und Beteiligung in Deutschland

WWU Münster

Lena Siepker
Michael Pollok
Prof.'in Doris Fuchs, Ph.D.

Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung

Dr. Jan Peuckert
Helen Sharp
Anna Gall
Dr. Florian Kern

Öko-Institut e.V.

Franziska Wolff
Gerolf Hanke
mit Unterstützung durch Lea Kammler
Dr.'in Corinna Fischer

Inhalt

1	Forschungsinteresse und Zielsetzung dieses Arbeitspapiers	1
2	Konzeptioneller Rahmen der Trendanalyse	2
2.1	Kontextualisierung der Trendanalyse	2
2.2	Methodischer Rahmen der Trendanalyse	2
3	Ergebnisse der Trendanalysen	4
3.1	Engagement	4
3.1.1	Allgemeiner Überblick	5
3.1.1.1	Inhalt und Anspruch: wachsendes Engagement für Bildung, Gesundheit und Soziales	5
3.1.1.2	Engagementquote: Hohes und sich ausweitendes Engagement	7
3.1.1.3	Zeitaufwand: Abnehmende Zeitintensität des Engagements	10
3.1.1.4	Engagementstruktur: Zunahme individuell organisierten Engagements	13
3.1.1.5	Fazit zu den allgemeinen Trends des Engagements	14
3.1.2	Engagement in Verbänden	15
3.1.2.1	Inhalt und Anspruch des Engagements in Verbänden	15
3.1.2.2	Engagierte in Verbänden	16
3.1.2.3	Zeitaufwand für Engagement in Verbänden	19
3.1.2.4	Fazit zum Engagement in Verbänden	20
3.1.3	Engagement in individuell organisierten Initiativen	20
3.1.3.1	Inhalt des Engagements in individuell organisierten Initiativen	20
3.1.3.2	Engagierte in individuell organisierten Initiativen	21
3.1.3.3	Zeitaufwand für das Engagement in individuell organisierten Initiativen	24
3.1.3.4	Fazit zum Engagement in individuell organisierten Initiativen	24
3.2	Beteiligung	25
3.2.1	Allgemeiner Überblick	26
3.2.1.1	Trends mit Blick auf die quantitative Bedeutung der verschiedenen Beteiligungsformen	26
3.2.1.2	Inhalte der Beteiligung	27
3.2.1.3	Beteiligungsquote	28
3.2.2	Nationale Beteiligungsprozesse (mit Fokus auf informelle Beteiligung)	31
3.2.2.1	Initiator*innen von Beteiligungsverfahren	33
3.2.2.2	Zahl der Beteiligungsverfahren	34
3.2.2.3	Inhaltlicher Fokus: Themen der Beteiligungsverfahren	37
3.2.2.4	Leistungsprofil/ Funktionen: Von Informieren bis Mitentscheiden lassen	37
3.2.2.5	Formate von Beteiligungsverfahren	39
3.2.2.6	Akteure: Wer beteiligt sich?	42
3.2.3	Kommunale Beteiligungsprozesse (mit Fokus auf informelle Beteiligung)	43
3.2.3.1	Trendentwicklungen mit Blick auf die Zahl der Beteiligungsverfahren	44
3.2.3.2	Themen informeller Beteiligung	47
3.2.3.3	Trendentwicklungen mit Blick auf Formate und Methoden: Wie deliberativ sind informelle Beteiligungsverfahren?	48
3.2.3.4	Wer beteiligt sich?	49
3.2.3.5	Zusammenfassung der Entwicklungen im Bereich informeller Beteiligung auf kommunaler Ebene	50
4	Fazit und Ausblick	52
5	Literatur	54
6	Anhang	I

- 6.1 Informelle, nationale Beteiligungsprozesse: Beispiele für Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren, die durch Bundesbehörden initiiert wurden (seit 2000) _____ I**
- 6.2 Informelle, kommunale Beteiligungsprozesse: Methodische Details der Datenerhebung __XXXII**

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Kategorien und Merkmale zur Strukturierung der Trendanalyse	3
Abb. 2: Themenbereiche des Engagements 2014	5
Abb. 3: Anteil der aktiv im Umwelt- und Naturschutz Engagierten und solchem Engagement ggü. Aufgeschlossenen	7
Abb. 4: Engagementquote	8
Abb. 5: Engagementquote nach Schulabschluss	8
Abb. 6: Engagementquote nach Altersgruppen	9
Abb. 7: Engagementquote nach Geschlecht	9
Abb. 8: Engagementquote nach Erwerbsstatus	10
Abb. 9: Zeitaufwand für Engagement (Std./Woche und mehr)	11
Abb. 10: Zeitaufwand für Engagement (3 Std./Woche und mehr), nach Schulabschluss	11
Abb. 11: Zeitaufwand für Engagement (3 Std./Woche und mehr), nach Altersgruppen	12
Abb. 12: Zeitaufwand für Engagement (3 Std./Woche und mehr), nach Geschlecht	12
Abb. 13: Zeitaufwand für Engagement (3 Std./Woche und mehr), nach Erwerbsstatus	13
Abb. 14: Engagementstruktur 1999 (innen) und 2014 (außen)	13
Abb. 15: Prozentuale Veränderung der Organisationsformen des Engagements zwischen 2009 und 2014	14
Abb. 16: Themenbereiche des Engagements in Verbänden 2014	16
Abb. 17: Anteil des Engagements in Verbänden im Zeitverlauf	17
Abb. 18: Anteil des Engagements in Verbänden in den neuen und alten Bundesländern.	17
Abb. 19: Anteil des Engagements in Verbänden nach Schulabschluss	17
Abb. 20: Anteil des Engagements in Verbänden, nach Altersgruppen	18
Abb. 21: Anteil des Engagements in Verbänden, nach Geschlecht	18
Abb. 22: Anteil des Engagements in Verbänden, nach Erwerbsstatus	18
Abb. 23: Durchschnittlicher Zeitaufwand (in Wochenstunden) von Engagierten in Verbänden	19
Abb. 24: Anteil zeitintensiv Engagierter (mindestens 3 Std./Woche) in Verbänden	19
Abb. 25: Anteil der Themenfelder von Engagement in individuell organisierten Gruppen	21
Abb. 26: Anteil des individuell organisierten Engagements im Zeitverlauf	21
Abb. 27: Anteil des Engagements in individuell organisierten Gruppen in den neuen und alten Bundesländern.	22
Abb. 28: Anteil des Engagements in individuell organisierten Gruppen, nach Schulabschluss	22
Abb. 29: Individuell organisiertes Engagement nach Altersgruppen	22
Abb. 30: Anteil des Engagements in individuell organisierten Gruppen nach Geschlecht	23
Abb. 31: Anteil des Engagements in individuell organisierten Gruppen nach Erwerbsstatus	23
Abb. 32: Anteil zeitintensiv Engagierter (mindestens 3 Std./Woche) in individuell organisierten Gruppen	24
Abb. 33: Durchschnittlicher Zeitaufwand (in Std./Woche) von Engagierten in ind. org. Gruppen	24
Abb. 34: Wahlbeteiligung in Deutschland von 1946-2013	29
Abb. 35: Leistungsprofil informeller Beteiligung	38
Abb. 36: Zahl kommunaler, informeller Beteiligungsverfahren in NRW im Zeitverlauf	45
Abb. 37: Zahl informeller Beteiligungsverfahren in Großstädten NRWs im Zeitverlauf	46
Abb. 38: Zahl informeller Beteiligungsverfahren in Mittelstädten NRWs im Zeitverlauf	46
Abb. 39: Zahl informeller Beteiligungsverfahren in Kleinstädten NRWs im Zeitverlauf	47
Abb. 40: Prominente Themen informeller Beteiligung in Kommunen NRWs im Zeitverlauf	47
Abb. 41: Methoden informeller Beteiligung in Kommunen NRWs im Zeitverlauf	49

Abb. 42: Liste der Suchwörter (Webcrawler-Framework)	XXXVII
Abb. 43: Systematisierter Datensatz aus dem Webcrawler-Framework nach Kommunen (Ausschnitt für Münster)	XXXIX
Abb. 44: Aggregierter Datensatz I aus dem Webcrawler-Framework nach Kommunen (Ausschnitt für Münster)	XXXIX
Abb. 45: Aggregierter Datensatz II aus dem Webcrawler-Framework (Verfahrenszahl Großstädte)	XL
Abb. 46: Aggregierter Datensatz III aus dem Webcrawler-Framework (Methoden Großstädte)	XL
Abb. 47: Aggregierter Datensatz IV aus dem Webcrawler-Framework (Themen Großstädte)	XLI

Executive Summary

Freiwilliges Engagement und politische Beteiligung in Deutschland stellen ein diverses und dynamisches Feld zivilgesellschaftlicher Aktivität dar, die unter dem Anspruch einer zukunftsfähigen Gemeinwohlorientierung auch das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im Blick haben muss. Das Arbeitspapier „Trendanalyse – Engagement und Beteiligung in Deutschland“ im Rahmen des Forschungsprojekts „ENGAGE“ ermöglicht einen quantitativ fundierten Überblick über die Entwicklung der verschiedenen Formen von Engagement und Beteiligung in Deutschland und bietet damit die empirische Grundlage für im weiteren Projektverlauf geplante Fallstudien, in denen die Bedingungen einer gelingenden zivilgesellschaftlichen Gemeinwohlpraxis untersucht werden sollen. Mit der Analyse von Trends im Bereich informeller Beteiligungsverfahren auf kommunaler und nationaler Ebene leistet die Studie zudem einen wichtigen Beitrag für einen in dieser Hinsicht bisher kaum systematisch bearbeiteten Forschungsgegenstand.

Der Studie liegt folgende konzeptuelle Unterscheidung zwischen Engagement und Beteiligung zugrunde: *Engagement* bezieht sich auf freiwillige, kulturell, sozial oder politisch motivierte und eigeninitiierte Aktivitäten von Bürger*innen. Dies umfasst z.B. Engagement in Bürger*inneninitiativen, Vereinen, Verbänden oder sozialen Bewegungen. *Beteiligung* bezeichnet hingegen die von (politischen) Entscheidungsträger*innen ermöglichte Mitwirkung von Bürger*innen an kollektiven Entscheidungsprozessen auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene. Diese kann formell, d.h. gesetzlich vorgeschrieben und reguliert (z.B. im Rahmen von Wahlen, Bürgerbegehren oder Planfeststellungsverfahren) oder informell sein (z.B. im Rahmen von Bürgerdialogen oder Bürgerräten).

Die Analyse von Trends im Bereich freiwilligen Engagements basiert auf Daten des Deutschen Freiwilligensurveys, der Umweltbewusstseinsstudien des Umweltbundesamtes und sekundären Forschungsergebnissen. Zur Untersuchung informeller Beteiligung wurden (mithilfe von Telefoninterviews, eines eigens entwickelten, teil-automatisierten und digitalen Erhebungsinstruments sowie Online-Recherchen) eigene Daten erhoben bzw. zusammengetragen.

Ergebnisse der Trendanalyse:

In der empirischen Untersuchung lässt sich insgesamt eine quantitative Zunahme politischer Beteiligung und freiwilligen Engagements in der deutschen Bevölkerung feststellen. So hat sich die Zahl der Volks- und Bürgerbegehren, ebenso wie die Zahl informeller Beteiligungsverfahren, deutlich erhöht. Auf nationaler Ebene lässt sich ein starker Zuwachs an informeller Beteiligung v.a. für die vergangenen fünf Jahre beobachten. Auf kommunaler Ebene hat sich ein solcher schon im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts abgezeichnet. Interessant ist auch der Einsatz zunehmend dialogintensiver Methoden, der im Zeitverlauf für informelle Beteiligung in Kommunen NRW beobachtet wurde. Allein mit Blick auf die Wahlbeteiligung (als formeller Beteiligungsform) ergibt sich ein gegenläufiger Trend: Die Beteiligung an Bundestagswahlen ist seit den 1980er Jahren gesunken. Diese Entwicklung gilt in noch deutlicherer Form für Landtags-, Kommunal- und Europawahlen. Die Engagement-Quote in Deutschland liegt wiederum (auch im europäischen Vergleich) auf hohem Niveau und ist in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich gestiegen. Derzeit sind ca. zwei Fünftel der Deutschen freiwillig engagiert. Der individuelle Zeitaufwand für freiwilliges Engagement hat sich jedoch verringert.

Im Zeitverlauf wird ein Strukturwandel von Engagement und politischer Beteiligung in Form der vermehrten Nutzung flexiblerer, weniger formalisierter Formate deutlich. Im Falle des Engagements offenbart sich dieser Trend anhand des Bedeutungsgewinns individuell organisierter Initiativen, die auch unverbindliches und kurzfristiges Engagement ermöglichen, wohingegen stärker formalisierte Formate wie Verbände zwar weiter einen großen Anteil der Aktivitäten umfassen, aber insbesondere bei jungen Menschen an Attraktivität verloren haben. Im Bereich politischer Beteiligung werden formelle Verfahren

zunehmend mit informellen Beteiligungsmöglichkeiten angereichert und wie bereits beschrieben hat die Zahl informeller Beteiligungsverfahren selbst deutlich zugenommen. Auch im Bereich der Beteiligung überwiegt quantitativ aber weiterhin die Bedeutung formaler (insbesondere repräsentativer) Beteiligungsformen.

Inhaltlich hat das freiwillige Engagement besonders in den Domänen Bildung, Gesundheit und Soziales zugenommen, während sich ein allgemeiner Anstieg von Beteiligung und Engagement auch in den Themenbereichen Nachhaltigkeit und Umwelt niederschlägt. Beteiligung findet dabei insgesamt zu einer Vielzahl verschiedener und sich oft auch überschneidender Themenbereiche statt. Zentrales Motiv für die Aufnahme freiwilligen Engagements ist der Anspruch, sich gestaltend in die Gesellschaft einbringen zu wollen. Dieses Mitgestaltungsmotiv liegt allerdings für die verschiedenen Engagementformen und -inhalte in unterschiedlich starker Ausprägung vor. So ist der Gestaltungsanspruch etwa im Bereich Umwelt in geringerem Maße präsent.

Selbstorganisiertes, flexibles Engagement wird zwar insbesondere von in formalisierteren Strukturen unterrepräsentierten sozialen Gruppen wie jungen Menschen, Frauen und Erwerbslosen aufgenommen, doch insgesamt haben sich sozioökonomische Ungleichheiten in den Bereichen von Engagement und Beteiligung weiter verstärkt. Menschen mit geringem Einkommen, niedrigerem Bildungsniveau und Erwerbslose weisen durchweg eine geringere Beteiligungs- und Engagementquote auf. Die Engagementquote von Schüler*innen hat im Zeitverlauf wiederum deutlich zugenommen und auch geschlechtsspezifische Unterschiede haben sich reduziert. Insbesondere Verbänden gelingt es, heterogene sozioökonomische Schichten gemeinsam zu organisieren.

Die Resultate der Studie offenbaren eine dynamische Entwicklung der Engagement- und Beteiligungslandschaft in Deutschland. Grundsätzlich lässt sich eine erhöhte Diversität der Beteiligungs- und Engagementformate feststellen, während der Anteil der Engagierten bzw. die politische Beteiligung in Deutschland ebenfalls angestiegen ist. Strukturell wird ein gradueller Wandel zu informelleren Formaten deutlich. Demgegenüber steht jedoch eine weiterhin ungleiche Repräsentation unterschiedlicher sozialer Schichten und gesellschaftlicher Gruppen, die im Zeitverlauf eher zu- als abgenommen hat.

1 Forschungsinteresse und Zielsetzung dieses Arbeitspapiers

In Forschung und Politik wird oft erwartet, dass bürgerschaftliches Engagement und politische Beteiligung dazu beitragen, Gemeinwohl zu schaffen. Zugleich gibt es kritische Stimmen, die z.B. darauf hinweisen, dass Engagement und politische Beteiligung sozial höchst ungleich verteilt sind. Es besteht somit die Gefahr, dass v.a. das Einzelinteresse von Teilgruppen gefördert wird. Zunehmend wird auch das Phänomen des „unzivilen Engagements“ beobachtet (z.B. BMFSFJ 2020): Mit Hilfe von Beleidigung, Hetze und Ausgrenzung würden eigene Ziele und Ideologien rücksichtslos vorangetrieben. Und schließlich: „Gemeinwohl“ wird bislang überwiegend gegenwartsbezogen und in Bezug auf eine räumlich begrenzte Gemeinschaft definiert. Es ist wenig untersucht, inwieweit das so geschaffene Gemeinwohl auch über diesen Raum hinaus und auch langfristig nachhaltig, d.h. zukunftsfähig ist.

Das Forschungsvorhaben „ENGAGE – Engagement für nachhaltiges Gemeinwohl“ fragt deshalb danach, unter welchen Bedingungen **bürgerschaftliches Engagement** und (**politische**) **Beteiligung** zu einem „**nachhaltigen Gemeinwohl**“ beitragen können. Was konkret unter Gemeinwohl zu verstehen ist, ergibt sich dabei je durch Prozesse demokratischer Willensbildung, die allerdings bestimmten inhaltlichen Grenzen unterliegen (ENGAGE 2020). Das Gemeinwohl kann also nicht über die Köpfe der Bürger*innen hinweg definiert werden; gleichzeitig kann nicht als Gemeinwohl gelten, was zwar dem Willen der Bürger*innen entspricht, aber bestimmte, unverhandelbare Minimalanforderungen missachtet. Eine solche Grenze ist (angesichts der sich zuspitzenden, in vielfältiger Hinsicht globalen Nachhaltigkeitskrise) aus unserer Sicht gegeben, insofern nur als gemeinwohlförderlich gelten kann, was eine nachhaltige Entwicklung fördert oder zumindest nicht behindert, d.h. was „die Erfüllung der Grundbedürfnisse und die Wahrung der Menschenrechte weltweit sowohl heute als auch zukünftig nicht gefährdet“ (ENGAGE 2020: 12). Der Bezug auf die Zukunft verlangt auch die Berücksichtigung ökologischer Kriterien, d.h. dass auch kritische Naturkapitalien und planetare Grenzen durch ein (vermeintliches) Gemeinwohlerengagement nicht erodiert bzw. überschritten werden dürfen. Gemeinwohl muss aus unserer Sicht also stets als „nachhaltiges Gemeinwohl“ verstanden werden.

Unter welchen spezifischen Bedingungen Engagement und Beteiligung nachhaltiges Gemeinwohl schaffen, wird mit Hilfe von **Fallstudien** herausgearbeitet werden. Die Studien decken eine große Bandbreite von Formaten und Themen des zivilgesellschaftlichen Engagements und der politischen Beteiligung ab. Betrachtet werden **zwei Formen des Engagements** (nämlich in Verbänden sowie in selbstorganisierten zivilgesellschaftlichen Initiativen) und **zwei Ebenen von Beteiligungsprozessen** (nämlich nationale und kommunale Prozesse). Zusätzlich wird im Bereich der zivilgesellschaftlichen Initiativen nach **sozialen Milieus** differenziert. Bei den Beteiligungsprozessen stehen informelle (d.h. nicht gesetzlich geregelte), dialogorientierte Prozesse im Fokus. Der anschließende Quervergleich der Fallstudien soll es ermöglichen, übergreifende Zusammenhänge herauszudestillieren.

Ziel des vorliegenden Arbeitspapiers ist es, einen allgemeinen Überblick über **Trendentwicklungen in den Bereichen Engagement und Beteiligung** in Deutschland zu geben, die dann ausführlicher für die in den Fallstudien betrachteten Engagement- und Beteiligungsformen untersucht werden. Die Analyse liefert den empirischen Hintergrund für die einzelnen Fallstudien. Sie ermöglicht, diese in das Gesamtbild des Engagements und der Beteiligung in Deutschland einzuordnen sowie Erwartungen (Arbeitshypothesen) zu formulieren. Zu diesem Zweck werden vorliegende Datensätze, u.a. der Deutsche Freiwilligensurvey, Analysen geeigneter Datensätze und selbst zusammengetragene sowie erhobene Daten (im Bereich informeller Beteiligung) gesichtet und ausgewertet.

Das Papier ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel 2 werden der konzeptionelle Rahmen der Analyse und die Methodik dargelegt. Kapitel 3.1 präsentiert die Ergebnisse der Trendanalyse für den Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements, Kapitel 3.2 für die politische Beteiligung. Kapitel 4 zieht ein Fazit.

2 Konzeptioneller Rahmen der Trendanalyse

2.1 Kontextualisierung der Trendanalyse

Der Versuch zu beschreiben, wie sich Engagement- bzw. Beteiligungsmuster und -niveaus in Deutschland gestalten und über den Zeitverlauf entwickelt haben, und – soweit möglich – einen Einblick darin zu gewinnen, welche Faktoren Einfluss auf die Engagement- und Beteiligungspraxis nehmen¹, setzt eine fundierte Konzeptualisierung des Untersuchungsgegenstands voraus. Im Rahmen des Forschungsprojekts ENGAGE wird folgendes Verständnis von „Engagement“ und „Beteiligung“ zugrunde gelegt²:

- **Engagement** beschreibt eine Vielzahl an freiwilligen, eigeninitiierten Aktivitäten von Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und besitzt damit im Wesentlichen einen „bottom-up-Charakter“. Es kann individuell ausgeübt werden, z.B. in Form von Nachbarschaftshilfe oder organisiert in Gruppen, z.B. als Mitglied in einer Bürgerinitiative oder in einem Verein (BMFSJ 2012). Die Motivation für und damit auch die Zweckbestimmung von zivilgesellschaftlichem Engagement können dabei sehr vielfältig sein. Es kann sozial oder kulturell motiviert sein (z.B. im Rahmen von Flüchtlingsinitiativen, sozialen Bewegungen, Sport- oder Musikvereinen, Kunststiftungen), aber auch politisch (z.B. im Rahmen von Protestbewegungen, NGOs, Partei- oder Gewerkschaftsarbeit). In vielen Fällen vermischen sich auch die verschiedenen Motive (u.a. Olk und Hartnuß 2011; Evers et al. 2015).
- **Beteiligung** bezeichnet im Projektkontext die von (politischen) Entscheidungsträger*innen (auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene) ermöglichte (aus Bürger*innen-Sicht freiwillige) Mitwirkung von Bürger*innen an kollektiven Entscheidungsprozessen in der Sphäre der Politik bzw. die Wahrnehmung von Informations- und Äußerungsrechten im Rahmen eines administrativ strukturierten Verfahrens. Beteiligung geht also nicht stets mit Entscheidungsbefugnissen einher, sondern kann auch der Information, Konsultation oder kooperativen Lösungsfindung dienen (Lüttringhaus 2012; Nanz und Fritsche 2012; Wolff 2004). Im Unterschied zum Engagementbegriff scheint bei der Beteiligung eine „top-down-Perspektive“ durch (Thewes et al. 2014). Formen von Beteiligung können formell, d.h. gesetzlich vorgeschrieben und reguliert (z.B. im Rahmen von Planfeststellungsverfahren und demokratischen Wahlen) oder informell (z.B. im Rahmen von Bürgerdialogen) sein.

2.2 Methodischer Rahmen der Trendanalyse

In diesem Papier gehen wir der Forschungsfrage nach, wie sich Engagement und Beteiligung in jüngerer Zeit in Deutschland verändert haben. Es geht also um aktuelle Trends, die sich in etwa auf die vergangenen zwei Jahrzehnte beziehen, wobei der betrachtete Zeitraum je nach Datenlage in den einzelnen Kapiteln auch abweichen kann. Die Veränderungen im Bereich von Engagement und Beteiligung in Deutschland sollen überblickshaft für die gesamte Bandbreite von Engagement und Beteiligung und tiefergehend für die in den Fallstudien des Forschungsprojekts ENGAGE näher untersuchten Engagement- und Beteiligungsformen beschrieben werden.

¹ Vgl. die Beschreibung des Anliegens der empirischen Partizipationsforschung bei Vetter und Remer-Bollow 2017.

² Für einen tiefergehenden Einblick in unsere konzeptionelle Begriffsarbeit vgl. ENGAGE 2020.

Datengrundlage

Die Trendanalyse in den Bereichen von Engagement und Beteiligung in Deutschland beruht größtenteils auf bereits vorliegenden Daten. Ausnahme ist die Analyse von Trendentwicklungen im Bereich informeller Beteiligung: Da kaum Daten zu informeller Beteiligung auf kommunaler Ebene vorliegen, wurden im Rahmen von Telefoninterviews und digital gestützten Erhebungsmethoden selbst Daten erhoben. Auch zu informeller Beteiligung auf nationaler Ebene ist keine Überblicksliteratur vorhanden, weshalb Daten u.a. internetbasiert und mithilfe einzelner Telefoninterviews zusammengetragen wurden.

Die Analyse bereits vorliegender Daten beruht im Wesentlichen auf dem Deutschen Freiwilligensurvey (FWS), der Umweltbewusstseinsstudien (UBS) des Umweltbundesamtes (UBA) und Sekundärquellen, die nach wissenschaftlichen Kriterien Ergebnisse vorliegender Studien einordnen und bündeln. Die eigens erhobenen Daten im Bereich der informellen Beteiligung auf kommunaler Ebene erlauben Aussagen über die Trendentwicklung dieser Beteiligungsform in Kommunen in Nordrhein-Westfalen (NRW). Aufgrund der großen Nähe des dabei gewählten Forschungsdesigns zu einer Studie der Universität Stuttgart zu informeller Beteiligung in Kommunen Baden-Württembergs (Remer 2020) lassen sich zusätzlich Vergleiche zwischen den Entwicklungen in den beiden Bundesländern ziehen. Detailliertere Informationen zur jeweiligen Datengrundlage der auf die verschiedenen Engagement- und Beteiligungsformen bezogenen Trendanalysen finden sich in den entsprechenden Unterkapiteln des 3. Kapitels sowie im Anhang.

Strukturierung der Trendanalyse

Um die Vergleichbarkeit zu erhöhen, orientieren sich die Trendbeschreibungen für die verschiedenen Formen von Engagement und Beteiligung an einer einheitlichen Struktur – allerdings mit Abweichungen je nach Datenlage und Relevanz für die betrachtete Engagement- oder Beteiligungsform. Dabei konzentrieren wir uns auf Kategorien und Merkmale von Engagement und Beteiligung, die wir im ersten Arbeitspaket des Forschungsprojekts als relevant für das Potenzial der Schaffung von nachhaltigem Gemeinwohl identifiziert haben (ENGAGE 2020, s. Tabelle 1).

Kategorien und Merkmale zur Strukturierung der Trendanalyse
<ul style="list-style-type: none">• Adressierte Themen Inhaltlicher Fokus und Anspruch (bei Engagement)• Akteure (Engagierte bzw. Beteiligte)<ul style="list-style-type: none">- Merkmale des Engagements/ der Beteiligung:<ul style="list-style-type: none">○ Zahl der Engagierten/ Beteiligten (Engagement-/Beteiligungsquote)○ investierte Zeit○ Engagement-/Beteiligungsform- Akteursmerkmale: Geschlecht, Alter, Erwerbstätigkeit/ Einkommen (wo möglich), Bildung, Milieuzugehörigkeit (wo möglich), Motive für Engagement/ Beteiligung• Initiatoren des Engagements/ der Beteiligung und institutionelle Einbettung Bsp.:<ul style="list-style-type: none">- Staatlich (Bund, Kommunen etc.)- Nicht-staatlich (Verbände, Initiativen etc.)• geographische und/oder politisch-administrative Ebene (optional) Bsp.: Wo engagieren Menschen sich tendenziell mehr/ weniger (z.B. Stadt – Land, Ost – West)?

Abb. 1: Kategorien und Merkmale zur Strukturierung der Trendanalyse

3 Ergebnisse der Trendanalysen

3.1 Engagement

Der folgende Abschnitt beschreibt Trends und Veränderungen des zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland innerhalb der letzten 20 Jahre. Als primäre Datengrundlage dient der Freiwilligensurvey (FWS), das seit 1999 in Abständen von 5 Jahren eine repräsentative Erhebung unter der deutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren durchführt. Die FWS-Daten der ersten vier Wellen bis 2014 wurden vom Forschungsdatenzentrum des Deutschen Zentrums für Altersfragen (FDZ-DZA) zur wissenschaftlichen Auswertung bereitgestellt.³

Der Freiwilligensurvey verwendet eine weite Definition des freiwilligen Engagements, die mit den Definitionen der Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ und der Ersten Engagementberichtscommission kompatibel ist (Simonson et al. 2017). Als ‚freiwillig engagiert‘ wird gezählt, wer in der Befragung angibt, freiwillige oder ehrenamtliche Arbeiten oder Aufgaben außerhalb von Beruf und Familie auszuüben. Folgende Kriterien müssen erfüllt sein: es muss sich um (1) eine Tätigkeit handeln, (2) die unentgeltlich, (3) öffentlich und (4) gemeinschaftlich ausgeübt wird (Simonson et al. 2017). Freiwilligkeit und Gemeinwohlorientierung sind zwar Bestandteile der Definition, werden im Rahmen der Erhebung aber im Gegensatz zu den anderen Kriterien nicht überprüft.⁴ Der Begriff umfasst also sehr unterschiedliche Formen des Engagements, wie Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe oder Tätigkeiten in selbstorganisierten Initiativen und Projekten.

Als weitere Datengrundlage werden die Umweltbewusstseinsstudien (UBS) des Umweltbundesamtes (UBA) verwendet. Die UBS werden seit 1996 alle zwei Jahre durchgeführt. Die Fragestellungen variieren teilweise von Studie zu Studie, lassen sich bzgl. einiger Items aber auch über die Jahre vergleichen.⁵ Von besonderem Interesse für den vorliegenden Zusammenhang ist die UBS zum einen wegen ihres expliziten Nachhaltigkeitsbezugs, zum andern aber auch, weil sie seit jeher nicht nur soziodemographische Daten erhebt⁶, sondern seit 2014 zudem kontinuierlich mit einer Milieumatrix der Agentur *sociodimensions* arbeitet. Dadurch ist eine milieu-spezifische Differenzierung der Engagementbereitschaft sowie deren Entwicklung über die Jahre darstellbar. Von besonderem Interesse für das vorliegende Forschungsprojekt sind mit Blick auf die Fallstudien die traditionellen, prekären und kritisch-kreativen Milieus. Relevante Erkenntnisse bezüglich dieser Milieus werden daher punktuell die aus dem FWS berichteten Zusammenhänge ergänzen.

³ Es ist darauf hinzuweisen, dass das Forscher*innenteam und die für das FWS verantwortliche Institution zwischen 2009 und 2014 gewechselt hat (DZA 2020). Mit diesem Wechsel sind verschiedene Änderungen einhergegangen, die sich auf die Engagementquote auswirken. Die Kriterien zur Einordnung und Bewertung von Engagement etwa wurden verändert und teils abgesenkt, z.B. durch eine Ausweitung des Fragenkatalogs um informelle Unterstützungsleistungen (vgl. Simonson et al. 2017). Zudem zeigt sich zwischen 2009 und 2014 ein signifikanter Unterschied bei der nachträglichen Überprüfung und Einordnung von Engagement durch die Forscher*innen, der auf eine deutliche Unterschätzung der Engagementquote 2009 hindeutet und somit die Dynamik des stark steigenden Engagements abschwächt. V.a. bei der jüngsten Altersgruppe, Schüler*innen und Niedriggebildeten existieren stark unterschiedliche Prüfungsentscheidungen zwischen den Erhebungen (ebd.).

⁴ Gerade vor dem Hintergrund steigender antidemokratischer und rassistischer Mobilisierung und einer damit zusammenhängenden Spaltung der Zivilgesellschaft muss das Fehlen der Gemeinwohlüberprüfung kritisch hinterfragt werden. Die Nichtüberprüfung der Freiwilligkeit führt dazu, dass Engagement von Jugendlichen auch dann erfasst wird, wenn es im schulischen Bereich faktisch eingefordert wird.

⁵ Bei der Interpretation der Daten ist insofern ein vorsichtiges Vorgehen notwendig, als dass die Definition von Engagement nicht immer eindeutig ist. Die Vergleichbarkeit der Daten wird dadurch eingeschränkt.

⁶ Die soziodemographischen Daten der UBS bestätigen weitgehend die im FWS geschilderten Zusammenhänge bzgl. Bildung, Alter und Geschlecht und werden daher hier nicht gesondert berichtet.

3.1.1 Allgemeiner Überblick

Zunächst sollen im folgenden Abschnitt wichtige Trends des Engagements in Deutschland überblickshaft aufgeführt werden. Neben inhaltlichen Aspekten des Engagements und personenbezogenen Merkmalen von Engagierten werden dabei auch Fragen der Nachhaltigkeitsorientierung von Engagement vertieft. Dies erfolgt unter Hinzuziehung von Daten der UBS zum milieuspezifischen Engagement im Umweltbereich.

3.1.1.1 Inhalt und Anspruch: wachsendes Engagement für Bildung, Gesundheit und Soziales

Mehr als 80% aller Engagierten stimmen laut FWS (voll oder eher) der Aussage zu, mit ihrem Engagement die **Gesellschaft mitgestalten zu wollen** (Simonson et al 2017). Der Wunsch nach gesellschaftlicher Teilhabe spielt als Beweggrund für das freiwillige Engagement in Deutschland also eine überaus wichtige Rolle. Bei Frauen liegt der Anteil dieses Motivs mit 84,6% noch deutlich höher als bei Männern (79,5%). Im Hinblick auf die Herstellung nachhaltigen Gemeinwohls ist besonders interessant, in welchen Themenbereichen des Engagements das Motiv der Mitgestaltung besonders ausgeprägt ist. Der Anteil der aufgrund dieses Motivs Engagierten ist mit 94,1% im Bereich *Politik und politische Interessenvertretung* (kurz: Politik) mit Abstand am höchsten. An zweiter Stelle liegt mit 89,7% der Bereich *Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene* (kurz: Bildung).⁷

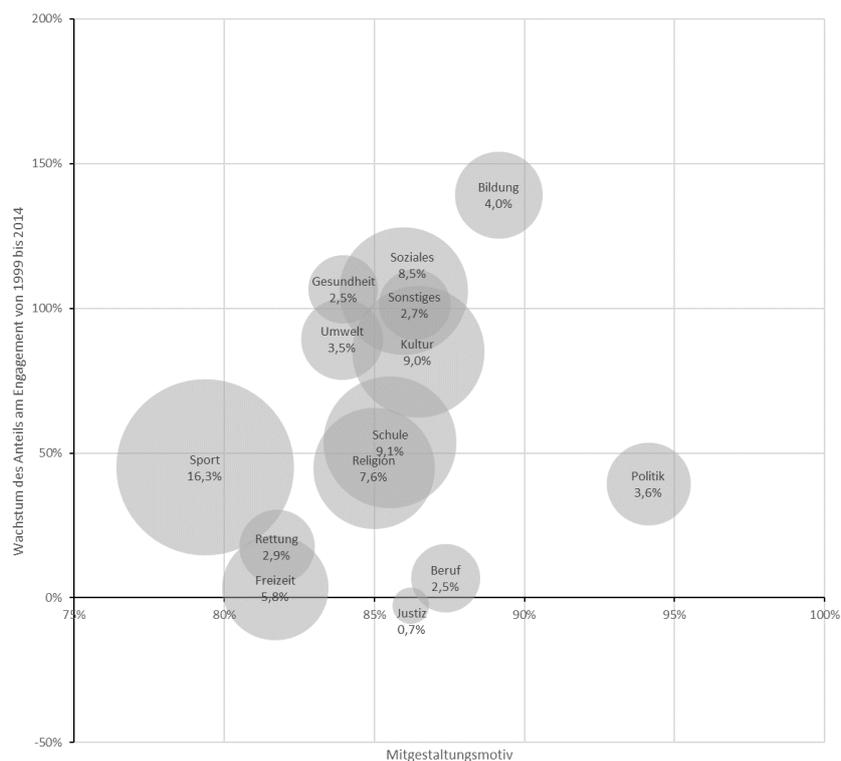


Abb. 2: Themenbereiche des Engagements 2014
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

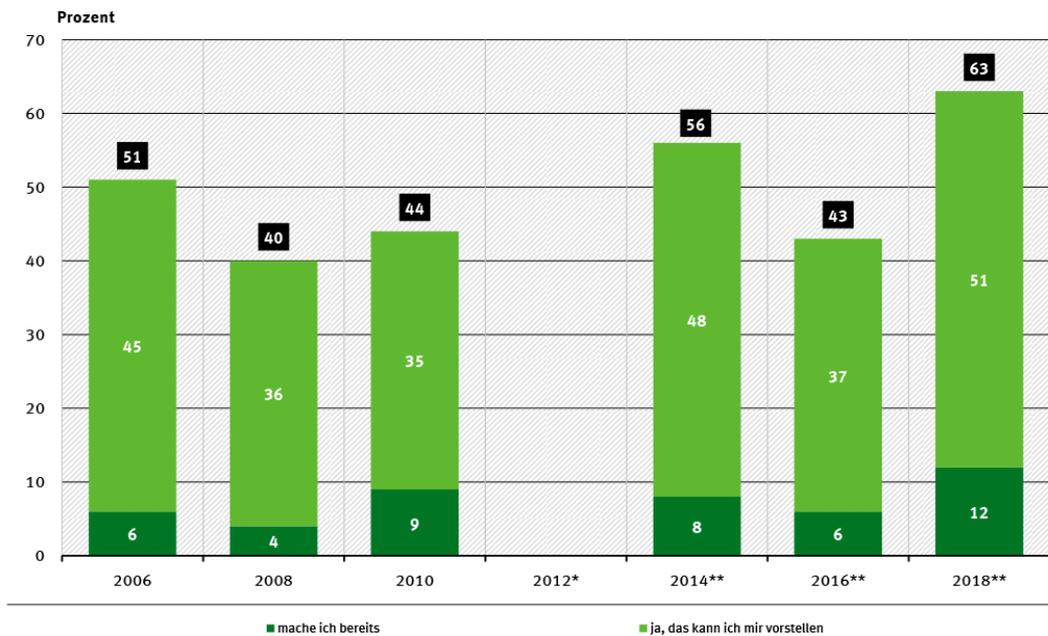
⁷ Die folgenden Themenbereiche werden unterschieden: Sport und Bewegung (Sport), Schule oder Kindergarten (Schule), Kultur und Musik (Kultur), Sozialer Bereich (Soziales), Kirchlicher oder religiöser Bereich (Religion), Freizeit und Geselligkeit (Freizeit), Außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene (Bildung), Politik und politische Interessenvertretung (Politik), Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz (Umwelt), Unfall- oder Rettungsdienst oder Freiwillige Feuerwehr (Rettung), Berufliche Interessensvertretung außerhalb des Betriebs (Beruf), Gesundheitsbereich (Gesundheit), Justiz und Kriminalitätsprobleme (Justiz), und weitere Bereiche, wie Arbeitskreise oder Bürger*inneninitiativen (Sonstiges).

Abb. 2 stellt die Bedeutung der verschiedenen Themenbereiche (bzw. den Anteil der in den jeweiligen Themenbereichen Engagierten) im Jahr 2014, die Zunahme des prozentualen Anteils am Engagement gegenüber 1999 und die jeweilige Bedeutung des Mitgestaltungsmotivs für Engagierte dar. Den geringsten Zustimmungswert hat das Motiv Mitgestaltung im Bereich *Sport und Bewegung* (79,4%). Zugleich engagieren sich in diesem Themenbereich mit Abstand die meisten Menschen in Deutschland (16,3%), gefolgt von den Bereichen *Schule und Kindergarten* (9,1%), *Kultur und Musik* (9,0%) und dem *sozialen Bereich* (8,5%). Die Bereiche *Bildung, Gesundheit und Soziales* sind zwischen 1999 und 2014 besonders stark gewachsen. Beim Engagement im Bereich *Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz* spielt das Mitgestaltungsmotiv bei einem Zustimmungswert von 83,9% eine zwar immer noch hohe, aber im direkten Vergleich geringere Rolle. Obwohl der Umweltbereich mit einem Anteil von nur 3,5% am Engagement in Deutschland noch immer zu den relativ kleinen Handlungsfeldern gehört, ist er im Betrachtungszeitraum relativ stark gewachsen und hat sich von 1999 zu 2014 nahezu verdoppelt.

Der vom FWS berichtete **langfristige Wachstumstrend im Umweltengagement** (über den Betrachtungszeitraum von 1999-2014) wird von den Ergebnissen der Umweltbewusstseinsstudien (UBS) unterstrichen. Allerdings setzt dieser Trend den UBS-Daten zufolge erst ab 2018 ein: Während die Zahl der aktiv Umweltengagierten zwischen 2006 und 2016 ohne deutlichen Trend zwischen 4% und 8% schwankt (vgl. Abb. 3), werden für die Jahre 2018 und 2019 Werte von 12% (ebd.) bzw. 19% (UBA 2020) berichtet – ein klarer Aufwärtstrend. Die absoluten Zahlen bzgl. des Umweltengagements weichen allerdings deutlich von denen des Freiwilligen surveys ab, was sich insbesondere am Referenzjahr 2014 zeigen lässt, in dem der FWS 3,5% Engagierte im Umweltbereich ausweist, während in der UBS 8% berichtet werden. Beim Vergleich beider Quellen ist jedoch zu beachten, dass sich die Engagement-Daten des FWS auf die zeitintensivste Tätigkeit der Befragten beziehen, d.h. im Umweltbereich Engagierte, die sie sich hauptsächlich in einem anderen Bereich engagieren, sind darin nicht enthalten. Darüber hinaus werden im Gegensatz zu den UBS passive Formen des Engagements, wie Mitgliedschaften und Spenden, im FWS nicht erfasst.⁸ Die Items bzgl. der konkreten Engagementformen im Umweltbereich variieren über die Umweltbewusstseinsstudien zu stark, als dass sich Trends beschreiben ließen.

⁸ Eine weitere Rolle könnten etwa die Konjunktur von Umweltthemen zum genauen Erhebungszeitpunkt, die o.g. möglichen Verzerrungen durch ein uneinheitliches Verständnis der Befragten von Engagement (bedingt auch durch die jeweilige Befragungsform) oder vermutete soziale Erwünschtheit (insbes. im Rahmen der UBS) spielen.

Anteil der Bevölkerung, der sich aktiv im Umwelt- und Naturschutz engagiert oder sich so ein Engagement vorstellen kann



Befragt wurde jeweils eine repräsentative Stichprobe von rund 2.000 Personen
 * Die Frage war nicht Teil des Fragenkatalogs bei der Befragung im Jahr 2012
 ** Online-Befragung, nur eingeschränkt vergleichbar mit Vorjahren
 Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit/Umweltbundesamt (Hrsg.), Umweltbewusstsein in Deutschland (verschiedene Jahrgänge)

Abb. 3: Anteil der aktiv im Umwelt- und Naturschutz Engagierten und solchem Engagement ggü. Aufgeschlossenen
 Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/indikator-engagement-im-umweltschutz#die-wichtigsten-fakten>

3.1.1.2 Engagementquote: Hohes und sich ausweitendes Engagement

Engagement macht in Deutschland einen wichtigen Teil des alltäglichen Lebens aus. Der **Anteil der Bevölkerung, der sich aktiv engagiert**, ist laut FWS⁹ in den zurückliegenden Jahren **kontinuierlich gewachsen** (s. Abb. 4) und liegt mit 43,56% im Jahre 2014 über dem europäischen Durchschnitt (Blinkert und Klie 2015).¹⁰ Allerdings sind **in den neuen Bundesländern mit 38,54% anteilig weniger Personen engagiert als in den alten Bundesländern (44,81%)**. Die gestiegene Lebenserwartung, der deutliche Geburtenrückgang in den 1990ern und die verstärkte Abwanderung jüngerer Menschen haben dazu beigetragen, dass die neuen Bundesländer stärker von Alterungs- und Schrumpfungprozessen im Zuge des demografischen Wandels betroffen sind als die alten Bundesländer (vgl. BMWi 2014). Da sich ältere Menschen anteilig deutlich seltener engagieren (s. Abb. 6), kann dies eine mögliche Erklärung für die geringere Engagementquote in den neuen Bundesländern sein. Darüber hinaus ist die Wirtschaftsleistung in den neuen Bundesländern nach wie vor geringer als in den alten (BMWi 2014; BMWi 2020). Die damit zusammenhängende Arbeitsmarktsituation und niedrigere Erwerbspartizipation in den neuen Bundesländern kann ein weiterer Grund für Unterschiede in der Engagementquote sein (BMWi 2014; BMWi 2020). Denn durch Erwerbstätigkeit ergeben sich mehr Gelegenheitsstrukturen für Engagement (vgl. Simonson und Hameister 2017), was sich auch in den unterschiedlichen Engagementquoten nach Erwerbsstatus zeigt (s. Abb. 8).

⁹ Der Freiwilligensurvey (FWS) misst das freiwillige Engagement der in Deutschland lebenden Bevölkerung ab einem Alter von 14 Jahren. Zum Engagement zählen ehrenamtliche oder freiwillige Aufgaben oder Arbeiten außerhalb von Familie und Beruf. Die Abfrage bezieht sich auf die zurückliegenden zwölf Monate.

¹⁰ Dieser Positivtrend spiegelt sich auch in anderen empirischen Erhebungen, wie dem *Sozioökonomische Panel* (SOEP) und dem *Deutsche Alterssurvey* (DEAS) (BMFSFJ 2016, Alscher und Priller 2016; Wetzels und Simonson 2017; Krimmer 2019).

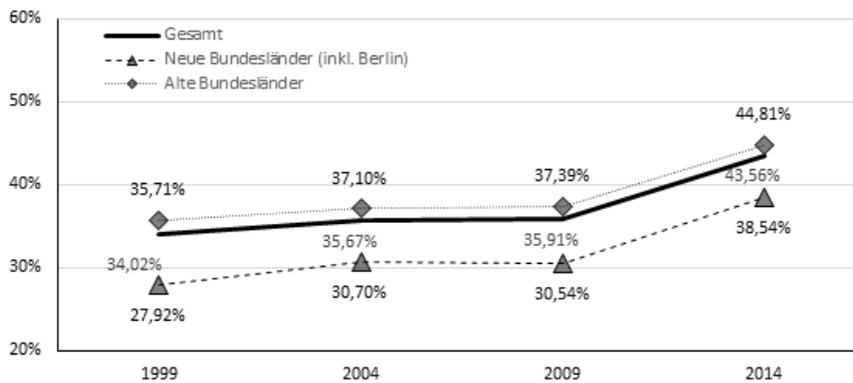


Abb. 4: Engagementquote
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Das **Engagement von Personen hängt eng mit deren Bildung zusammen**: Die Engagementquote nimmt generell mit der Höhe des Schulabschlusses zu.¹¹ Bei Schüler*innen liegt sie höher als bei Personen mit niedrigem oder mittlerem Abschluss (s. Abb. 5).¹² Aufgrund dieses Zusammenhangs wird in der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte eine Ursache für die allgemeine Zunahme des Engagements gesehen (vgl. Vogel et al. 2017; Statistisches Bundesamt 2015). Im Jahr 2014 war die Engagementquote zwar in allen Bildungsgruppen höher als bei der ersten Erhebung 1999, das **Engagement von Personen mit einem hohen Schulabschluss (und das von Schüler*innen) stieg gleichwohl im Zeitvergleich deutlich stärker an** als das von Menschen mit niedrigem oder mittlerem Schulabschluss. Besonders augenfällig ist der starke Anstieg des Engagements von Schüler*innen zwischen 2009 und 2014. Dabei könnte es sich aber auch um den Effekt einer Zunahme des schulisch verpflichtenden Engagements handeln, das aufgrund der fehlenden Freiwilligkeitsüberprüfung erfasst wird, sowie um die Folge abgeschwächter Prüfungskriterien für Engagement im FWS des Jahres 2014, die sich insbesondere auch bei der Gruppe der Schüler*innen auswirkten (vgl. Simonson et al. 2017).

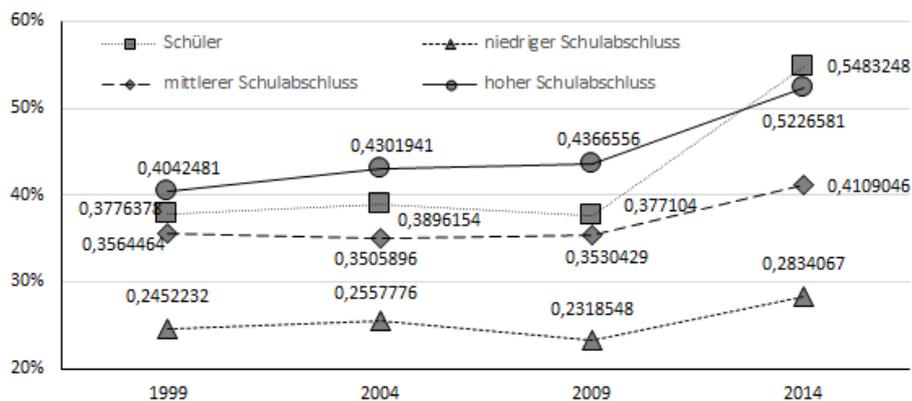


Abb. 5: Engagementquote nach Schulabschluss
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

¹¹ Da höher Gebildete anteilig häufiger am FWS teilnehmen, müsste die Engagementquote für diese Bevölkerungsgruppe und die generelle Engagementquote entsprechend leicht nach unten korrigiert werden. Der FWS 2014 hat diesen Bildungsbias nicht berücksichtigt, da dieser in den vorherigen Befragungswellen ebenfalls nicht berücksichtigt wurde und eine Vergleichbarkeit der Daten ermöglicht werden sollte. Es zeigt sich aber, dass der Bildungsbias im Zeitvergleich ähnlich ausfällt – die Bildungsverzerrung hat im Zeitverlauf also nicht zugenommen (vgl. Simonson et al. 2017).

¹² Es werden vier Bildungsgruppen unterschieden: Schüler*innen (ohne Schulabschluss), Personen mit niedrigem, mittlerem und hohem Schulabschluss.

Der **Positivtrend beim Engagement verläuft über alle Altersgruppen hinweg** (s. Abb. 6).¹³ So liegt die Engagementquote für alle Altersgruppen 2014 höher als 1999, wobei der Anstieg ab 2009 besonders hoch ist. Diese Dynamik zeigt sich **besonders deutlich bei der jüngsten Altersgruppe (14 bis 29 Jahre)**: Innerhalb von nur 5 Jahren ist deren Engagementquote von 34,73% auf 45,89% hochgeschneit.¹⁴ Somit kam es zu einer Angleichung der Engagementquoten zwischen den jüngeren Altersgruppen bei ca. 46%. Nur die Ältesten (65 Jahre und älter) zeigen weiterhin eine deutlich geringere Engagementquote von 34,05%. Aber auch in dieser Altersgruppe ist über den Betrachtungszeitraum ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, der mit 11,04 Prozentpunkten sogar ähnlich hoch liegt wie bei den 14- bis 29-Jährigen (11,88 Prozentpunkte).

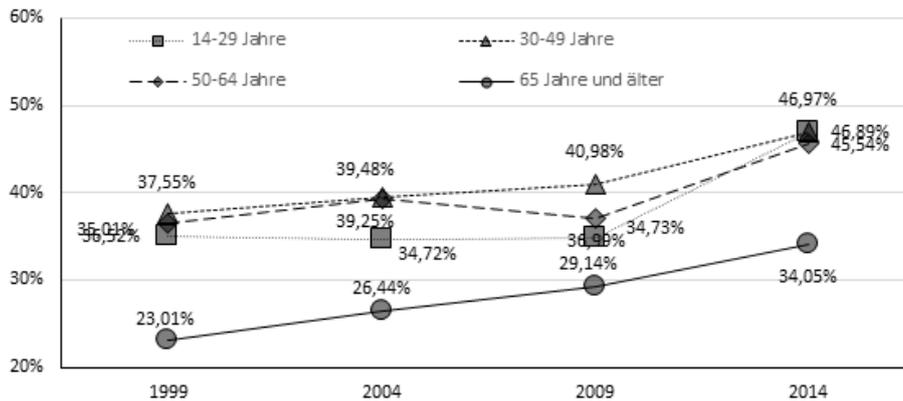


Abb. 6: Engagementquote nach Altersgruppen
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Nach wie vor liegt der **Anteil der Engagierten bei den Männern mit 45,74% höher als bei den Frauen, wo er nur 41,50% beträgt** (s. Abb. 7). Im Zeitverlauf nahm das Engagement bei Frauen jedoch stärker zu als bei Männern, sodass im Betrachtungszeitraum eine **Annäherung der Engagementquoten** stattgefunden hat. Die stärkere Zunahme bei den Frauen könnte u.a. auf eine gleichberechtigtere Aufteilung von Erwerbs-, Familien- und Sorgearbeit zurückgehen (vgl. Simonson et al. 2017; Brenke 2015).

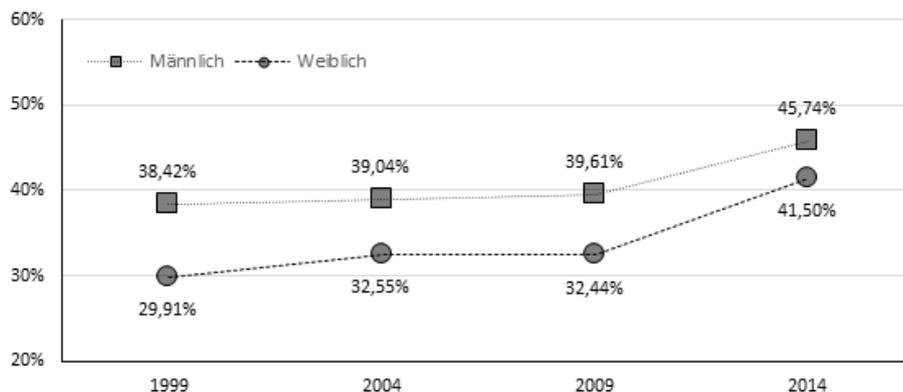


Abb. 7: Engagementquote nach Geschlecht
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

¹³ Es werden vier Altersgruppen unterschieden: 14- bis 29-Jährige, 30- bis 49-Jährige, 50- bis 64-Jährige und Über-64-Jährige.

¹⁴ Hier ist ebenfalls auf die starken Unterschiede durch die veränderten Prüfungsentscheidungen von Engagement zwischen 2009 und 2014 hinzuweisen, die bei der jüngsten Altersgruppe überdurchschnittlich hoch ausfallen (vgl. Simonson et al. 2017).

Die Daten des FWS zeigen außerdem einen **engen Zusammenhang zwischen Engagementquote und Erwerbsstatus** (s. Abb. 8): So sind Erwerbstätige im Durchschnitt deutlich häufiger engagiert als Erwerbslose. Dieser Unterschied blieb bisher auch im Zeitverlauf stabil: Die Anteile Engagierter haben in beiden Gruppen gleichermaßen zugenommen, sodass keine Angleichung der Engagementquoten von Erwerbstätigen und Erwerbslosen stattgefunden hat.

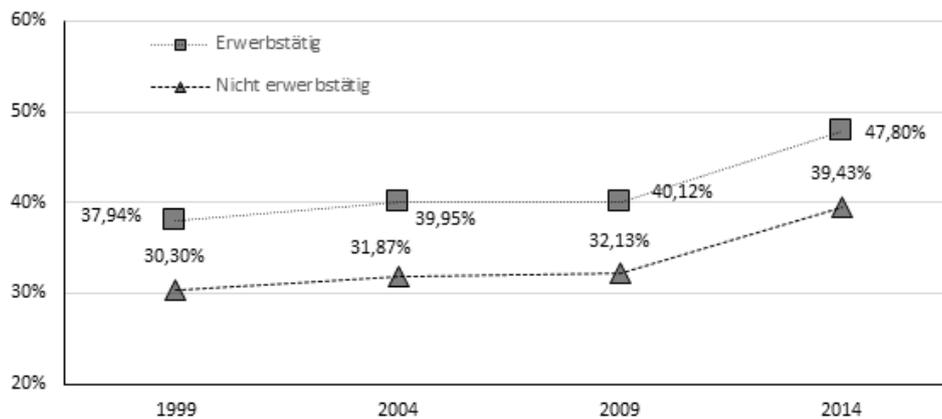


Abb. 8: Engagementquote nach Erwerbsstatus
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Was sich aus den dargestellten Daten des FWS bereits vermuten lässt, bestätigt die **UBS bzgl. des Umweltengagements: Deutlich überdurchschnittlich engagiert sich das kritisch-kreative Milieu** (mit Werten von 15%, 14,6% und 24% für 2014, 2016 und 2018). Die prekären Milieus hingegen sind deutlich unterdurchschnittlich engagiert (4%, 2,4%, 4%). Die **traditionellen Milieus weisen eine interessante Entwicklung auf**: Liegen sie mit 6% 2014 und 4% 2016 noch unter dem Durchschnitt aller Engagierten im Umweltbereich, so weisen sie 2018 mit 16% einen deutlich überdurchschnittlichen Wert auf. Für die Zwischenstudie 2019 liegt noch keine milieuscharfe Aufschlüsselung der Werte vor – es bleibt also abzuwarten, ob diese Entwicklung von Dauer ist und Umweltengagement im traditionellen Milieu Raum greift.

3.1.1.3 Zeitaufwand: Abnehmende Zeitintensität des Engagements

Durchschnittlich engagieren sich die Deutschen laut FWS etwas mehr als 4 Stunden in der Woche. Allerdings hat der Anteil derjenigen, die sich mit mindestens 3 Stunden pro Woche intensiv engagieren, seit 1999 kontinuierlich abgenommen (s. Abb. 9): waren es 1999 noch beinahe die Hälfte der Engagierten, liegt der Anteil 2014 etwa um knapp ein Fünftel niedriger. Das gilt gleichermaßen für die alten und neuen Bundesländer. **Während sich also die Engagementquote erhöht hat, ist zugleich der mit dem Engagement verbundene Zeitaufwand gesunken.** Hameister et al. zufolge kann dies darauf zurückgeführt werden, dass in erster Linie weniger zeitintensives Engagement zugenommen hat (Hameister et al. 2017).

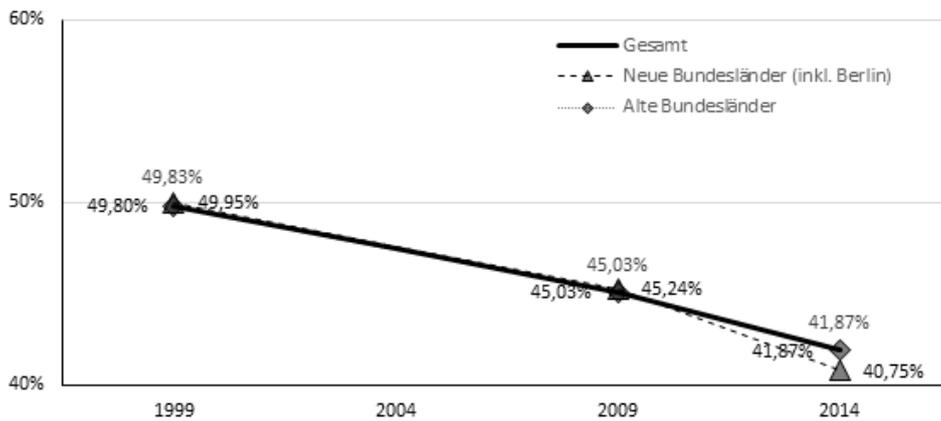


Abb. 9: Zeitaufwand für Engagement (Std./Woche und mehr)¹⁵
 Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Der allgemeine **Rückgang beim Zeitaufwand des Engagements geht v.a. auf die Personen mit höherem Bildungsabschluss zurück** (s. Abb. 10). Während der Zeitaufwand für das Engagement bei Menschen mit niedrigem Schulabschluss gegenüber 1999 sogar leicht zugenommen hat, ist der Anteil zeitintensiv Engagierter bei Schüler*innen um 4,76 Prozentpunkte, bei Menschen mit mittlerem Schulabschluss um 7,79 Prozentpunkte und bei Personen mit hohem Schulabschluss sogar um 11,49 Prozentpunkte gesunken.

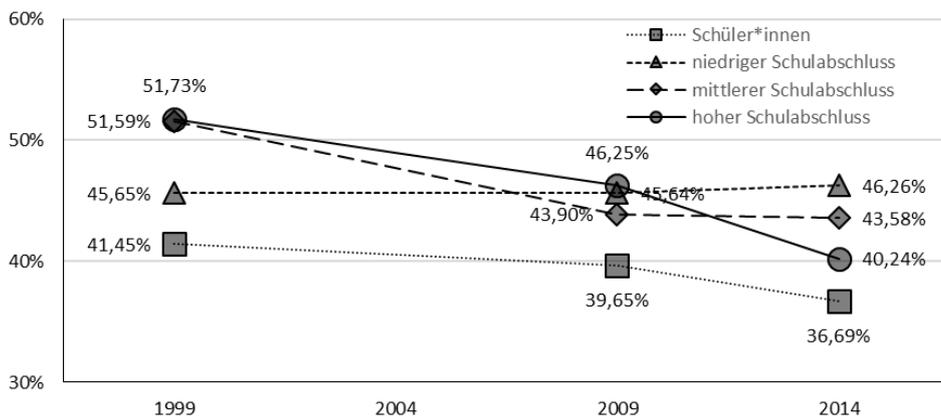


Abb. 10: Zeitaufwand für Engagement (3 Std./Woche und mehr), nach Schulabschluss
 Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Die Intensität des Engagements unterscheidet sich deutlich zwischen den Altersgruppen (s. Abb. 11). Während in der ältesten Gruppe sich 2014 mehr als die Hälfte mit mindestens 3 Stunden intensiv engagiert (51,13%), sind es lediglich 34,8% der 30- bis 49-Jährigen. Ein Rückgang des Zeitaufwands seit 1999 zeigt sich bei allen Altersgruppen. Allerdings fällt dieser Rückgang bei den Älteren deutlich geringer aus als bei den Jüngeren. Während der Anteil der Engagierten, die mindestens drei Stunden pro Woche für ihre Tätigkeit aufbringen, bei den Ältesten kaum gesunken ist (-1,6 Prozentpunkte), ist der Anteil bei den 14- bis 29-Jährigen um 12,13 Prozentpunkte zurückgegangen. In der Literatur werden eine gestiegene Lebenserwartung, der bessere Gesundheitszustand und eine größere Distanz zu Familienmitgliedern als Erklärungen für das relativ zeitintensive Engagement von älteren Menschen angeführt (vgl. Simonson und Vogel 2017; Wurm et al. 2010; Naumann und Romeu Gordo 2010; Mahne und Motel-Klingbeil 2010).

¹⁵ Für das Erhebungsjahr 2004 liegen keine Daten des FWS zum Zeitaufwand des Engagements vor.

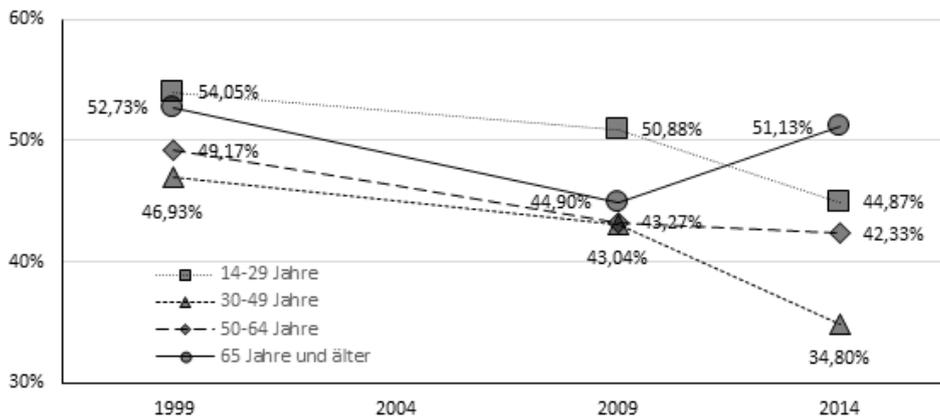


Abb. 11: Zeitaufwand für Engagement (3 Std./Woche und mehr), nach Altersgruppen
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Auch in Bezug auf die Zeitintensität der freiwilligen Tätigkeit engagieren sich Frauen im Schnitt noch immer weniger als Männer. Der Anteil der engagierten Frauen, die mindestens drei Stunden pro Woche für Engagement aufbringen, liegt 2014 mit 37,47% deutlich unter dem Anteil von 45,93% bei den engagierten Männern (s. Abb. 12). Gegenüber 1999 hat aber eine Angleichung stattgefunden, da der Anteil intensiv Engagierter bei den Männern stärker zurückgegangen ist als bei den Frauen. Auch hier dürfte eine gleichberechtigttere Aufteilung von Erwerbs-, Familien-, und Sorgearbeit für die Verringerung der Geschlechterunterschiede verantwortlich sein (vgl. Brenke 2015; Simonson et al. 2017).

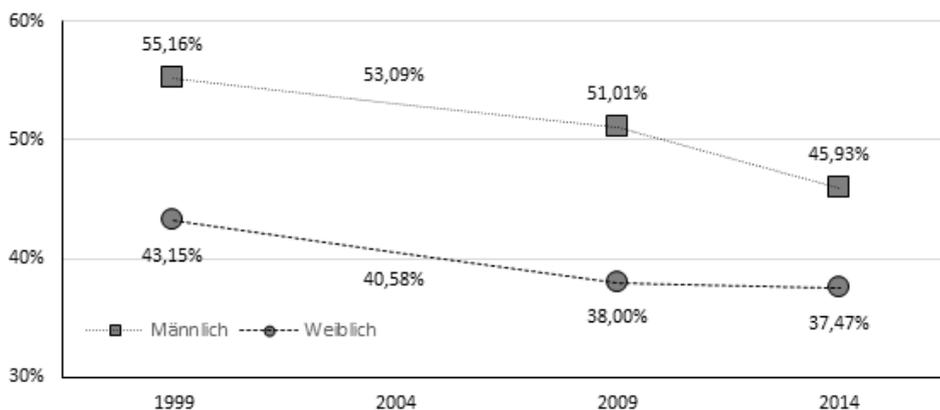


Abb. 12: Zeitaufwand für Engagement (3 Std./Woche und mehr), nach Geschlecht
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Das FWS zeigt, dass der Zeitaufwand für das Engagement mit dem Erwerbsstatus zusammenhängt: engagierte Erwerbstätige wenden weniger Zeit für Engagement auf als engagierte Erwerbslose (s. Abb. 13). Während fast die Hälfte der engagierten Erwerbslosen mindestens drei Stunden pro Woche für Engagement aufbringt, macht dies nur ein gutes Drittel der engagierten Erwerbstätigen. Der Anteil der intensiv Engagierten ist bei den Erwerbslosen gegenüber 1999 kaum zurückgegangen, während er bei den Erwerbstätigen stark abgenommen hat. Der Unterschied zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen hat im Zeitverlauf zugenommen und sich insbesondere in der jüngsten Entwicklung zwischen 2009 und 2014 weiter verstärkt.

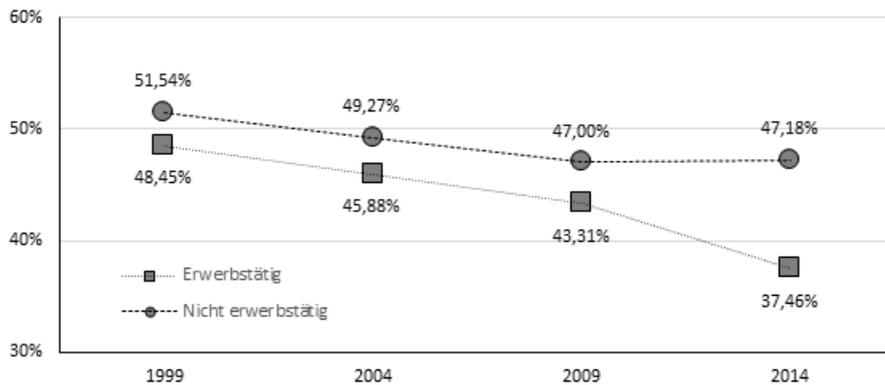


Abb. 13: Zeitaufwand für Engagement (3 Std./Woche und mehr), nach Erwerbsstatus
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

3.1.1.4 Engagementstruktur: Zunahme individuell organisierten Engagements

Am häufigsten findet Engagement im Rahmen formal organisierter Strukturen statt (Krimmer 2019: 13; BMFSFJ 2017: 179). Die meisten Engagierten in Deutschland üben ihre zeitintensivste freiwillige Tätigkeit laut FWS in Vereinen und Verbänden (52,1%) aus. Es folgen Kirchen oder religiöse Vereinigungen (13%), kommunale und staatliche Einrichtungen (8,7%) und andere formale Einrichtungen wie Stiftungen oder Parteien (10,2%) (Simonson und Vogel 2017; Krimmer 2019). Hinsichtlich der Struktur des Engagements hat im Beobachtungszeitraum eine Angleichung zwischen den alten und den neuen Bundesländern stattgefunden. Obwohl in den neuen Bundesländern Engagement noch immer seltener in kirchlichen oder religiösen Vereinigungen erfolgt als in den alten Bundesländern, hat diese Form des Engagements im Betrachtungszeitraum in den neuen Bundesländern deutlich zugenommen. Dagegen ist in den neuen Bundesländern das vormals überdurchschnittlich hohe Engagement in staatlichen oder kommunalen Einrichtungen stärker zurückgegangen als in den alten Bundesländern.

Langfristig lässt sich ein Trend hin zu individuell organisierten Formen von Engagement beobachten (s. Abb. 14). Zu einem immer größeren Anteil engagieren sich Menschen in informellen Initiativen, beispielsweise in Selbsthilfegruppen oder Nachbarschaftshilfen. Während organisationsgebundenes Engagement seit 1999 anteilig zurückging, ist der Anteil von Engagement im Rahmen individuell organisierter Gruppen deutlich angestiegen. Zwischen 2009 und 2014 sank insbesondere der Anteil des Engagements in Verbänden (s. Abb. 15). Der relative Rückgang von organisationsgebundenem Engagement bedeutet jedoch keineswegs eine absolute Verringerung, sondern geht auf die stärkere Zunahme von individuell organisiertem Engagement in diesem Zeitraum zurück (Krimmer 2019).

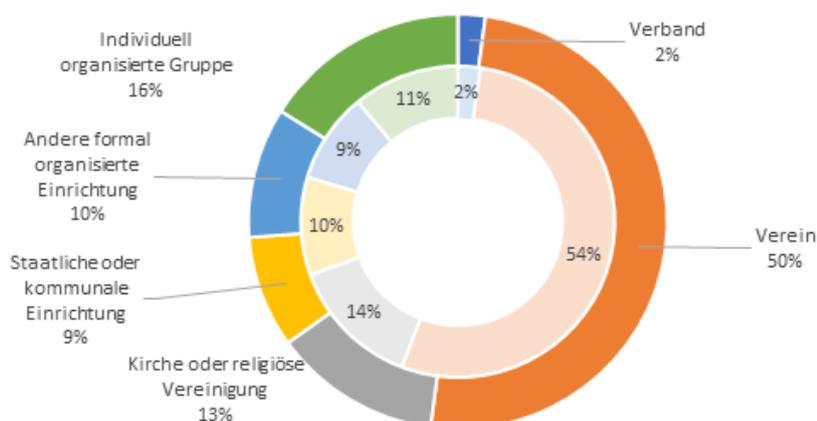


Abb. 14: Engagementstruktur 1999 (innen) und 2014 (außen)
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

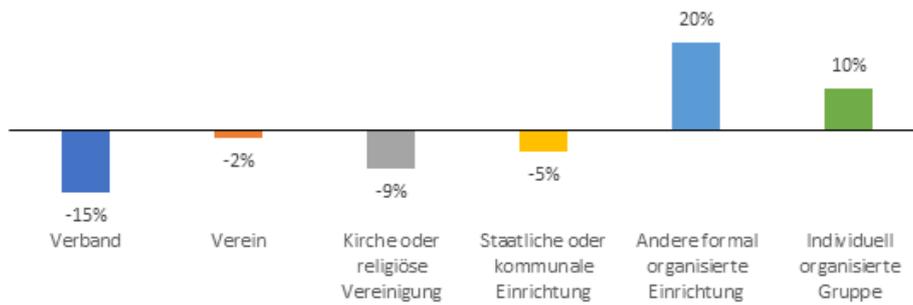


Abb. 15: Prozentuale Veränderung der Organisationsformen des Engagements zwischen 2009 und 2014
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Die UBS ermöglicht ergänzend einen milieuspezifischen Vergleich konkreter Engagementformen über die Jahre, wenngleich die Variation der konkreten Items in den jeweiligen Umfragen exakte Aussagen verhindert. Bemerkenswert ist hier, dass das traditionelle Milieu 2014 nur bei konventionellen Engagementformen, die einen recht hohen Grad an Organisiertheit aufweisen (z.B. Mitgliedschaft in einem Umweltverband, Mitarbeit in Bürgerprojekten wie Windparks, Bürgerbusse etc.), überdurchschnittliche Werte erzielte, in der 2018er Umfrage hingegen in fast allen Engagementformen über dem Durchschnitt lag (Ausnahme: Demonstrationen). Dies gilt auch für moderne Formen des Engagements wie Online-Kampagnen¹⁶ und Initiativen wie Urban Gardening und Repair Cafés, die bis dahin Domänen der kritisch-kreativen bzw. jungen Milieus waren (und weiterhin sind).

3.1.1.5 Fazit zu den allgemeinen Trends des Engagements

Das freiwillige Engagement in Deutschland wird von vielen Engagierten als eine Möglichkeit betrachtet, sich in die Gesellschaft einzubringen. Das Mitgestaltungsmotiv spielt für den Großteil der Engagierten eine wichtige Rolle, auch wenn diesbezüglich deutliche Unterschiede zwischen den Themenbereichen des Engagements bestehen. Erstaunlicherweise ist für das freiwillige Engagement im Umweltbereich das Mitgestaltungsmotiv im Vergleich geringer ausgeprägt als dies für andere Bereiche der Fall ist. Der Bereich gehört aber zu den stark wachsenden Themenfeldern des freiwilligen Engagements, wobei auffällt, dass sich hier insbesondere traditionelle Milieus überdurchschnittlich stark zunehmend einbringen und dabei auch offen für moderne Formen des Engagements sind.

Das freiwillige Engagement in Deutschland ist hoch und nimmt weiter zu. Aktuell ist vor allem unter Schüler*innen und jungen Menschen ein deutliches Wachstum der Engagementquote zu beobachten. Die Betrachtung der Engagementquote zeigt aber auch, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen am freiwilligen Engagement partizipieren: Menschen in den neuen Bundesländern, Menschen mit niedrigem Schulabschluss, ältere Menschen und Frauen sind zu einem geringeren Anteil engagiert. Offenbar geht die Beteiligung am Erwerbsleben mit freiwilligem Engagement einher. Gerade auch für den Umweltbereich ist belegt, dass sich prekäre Milieus weniger stark engagieren. Demnach bestehen im Bereich des freiwilligen Engagements strukturelle Ungleichheiten, welche die Herstellung von nachhaltigem Gemeinwohl durchaus beeinträchtigen können, sofern Inklusivität als Voraussetzung einer Verfolgung von Gemeinwohlinteressen (im Unterschied zu Partikularinteressen) gesehen wird.

Der wöchentliche Zeitaufwand für freiwilliges Engagement ist rückläufig. Von diesem Trend sind aber nicht alle Gruppen von Engagierten gleichermaßen betroffen. Der Rückgang ist für Menschen mittleren

¹⁶ Die Teilnahme an Online-Kampagnen gilt nach der Definition des FWS nicht als Engagement, nach aktuellem Verständnis der UBS schon. An dieser Stelle scheint die genaue Definition des Engagementbegriffs aber zweitrangig. Vielmehr soll belegt werden, dass sich traditionelle Milieus zunehmend aufgeschlossen zeigen für moderne Formen des Engagements, ob diese nun im engeren Sinne den Definitionen entsprechen oder nicht.

Alters, für Menschen mit hohem Schulabschluss, für Männer und für jüngere Menschen besonders ausgeprägt. Bemerkenswert ist die leichte Zunahme des Anteils zeitintensiv engagierter Personen unter den Menschen mit niedrigem Schulabschluss, welche dem allgemeinen Trend entgegensteht und der starke Rückgang bei nichterwerbstätigen Personen. Möglicherweise ist die Entwicklung der Zeitintensität des Engagements mit Veränderungen der allgemeinen Organisationsstruktur des Engagements verknüpft. So könnten neue Formen des kurzfristig angelegten, niedrighschwelligen Engagements die Engagementquote erhöhen und die durchschnittliche Zeitintensität senken.

Die Struktur des freiwilligen Engagements ist noch immer von formalen Organisationen, hauptsächlich Vereinen, geprägt. Aber sie verändert sich hin zu Organisationen von geringerem Formalisierungsgrad. In den folgenden Abschnitten werden zwei Organisationsformen des freiwilligen Engagements eingehender betrachtet, die über den Betrachtungszeitraum starke Veränderungen des prozentualen Anteils an der Engagementstruktur aufgezeigt haben: Engagement im Rahmen von Verbänden und Engagement in individuell organisierten Gruppen.

3.1.2 Engagement in Verbänden

Nach einem Überblick über wesentliche Veränderungen des Engagements im Allgemeinen werden mit Verbänden und individuell organisierten Initiativen zwei in ihrem Formalisierungsgrad sehr unterschiedliche Formen des Engagements eingehender untersucht.

Verbände sind freiwillige Vereinigungen mit dem Ziel, die Interessen ihrer Mitglieder und Mitgliedsorganisationen durchzusetzen. Darüber hinaus stellen Verbände Dienstleistungen für ihre Mitglieder und die allgemeine Öffentlichkeit bereit (Zimmer und Hallmann 2016). Engagement in Verbänden zeichnet sich durch eine hohe Formalität aus und findet am häufigsten in Wohlfahrts-, Sozial- und Sportverbänden statt. Der FWS fragt getrennt nach Engagement in Verbänden und Engagement in Vereinen. Die Befragungsergebnisse werden in der Regel jedoch zusammengefasst, weil bezweifelt wird, ob die Befragten trennscharf zwischen beiden Begriffen unterscheiden können (vgl. Simonson und Vogel 2017). Die folgenden Analysen stützen sich ausschließlich auf die Angaben derjenigen, die ihr Engagement in Verbänden verorten.

3.1.2.1 *Inhalt und Anspruch des Engagements in Verbänden*

Auch beim Engagement in Verbänden spielt das Mitgestaltungsmotiv in den Themenbereichen Politik und Bildung die größte Rolle. Insgesamt fokussiert das verbandliche Engagement mit den Bereichen Soziales (33,2%) und Sport (30,11%) aber eher auf Themenfelder, bei denen das Mitgestaltungsmotiv der Engagierten geringer ausgeprägt ist (s. Abb. 16). Beide gehören zusammen mit dem Bereich Kultur zu den am schnellsten wachsenden Themenfeldern des verbandlichen Engagements. Die starke Wachstumsrate des Bereichs Sonstiges zeigt, dass in den Verbänden neue Themen hinzukommen, die durch die Themenkategorien nicht hinreichend erfasst werden, bei denen das Mitgestaltungsmotiv aber ebenfalls verhältnismäßig gering ausgeprägt ist.

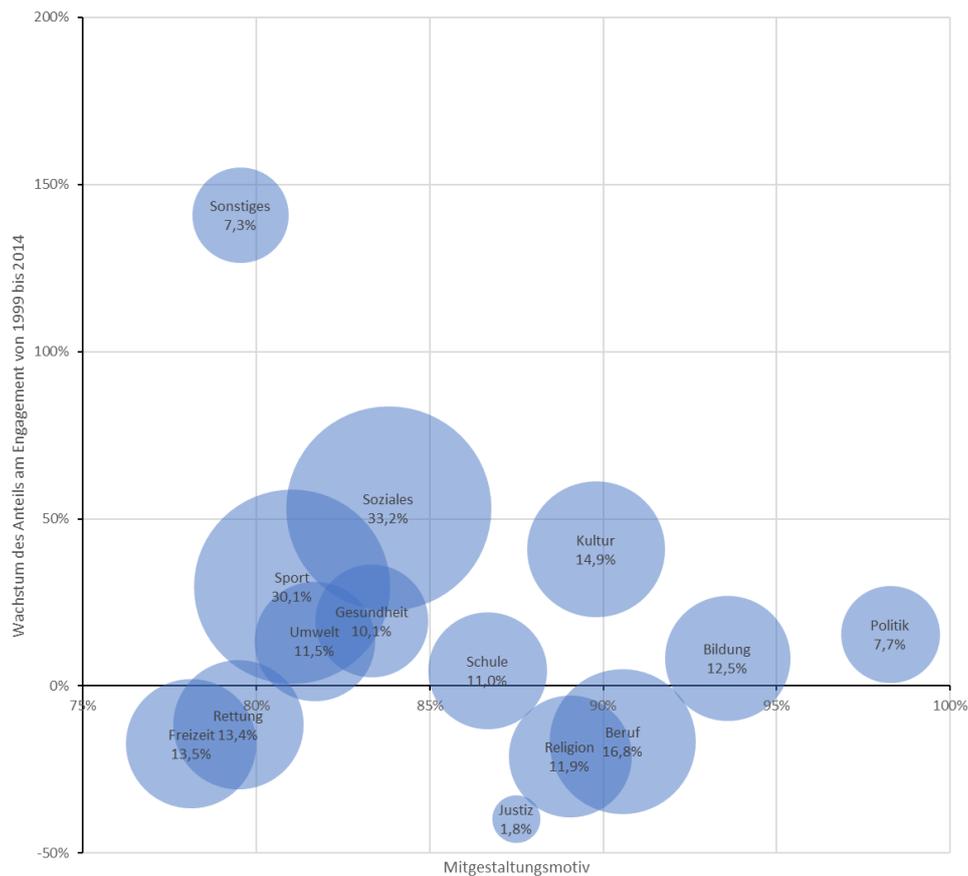


Abb. 16: Themenbereiche des Engagements in Verbänden 2014
 Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

3.1.2.2 Engagierte in Verbänden

Lediglich 2,12% der Engagierten üben laut FWS 2014 ihre zeitintensivste freiwillige Tätigkeit in Verbänden aus (s. Abb. 17)¹⁷. So stellt das verbandlich organisierte Engagement einen verhältnismäßig kleinen Teil des Engagements in Deutschland dar. Auffällig ist, dass nach einem leichten Anstieg zwischen 1999 und 2004 der Anteil des Engagements in Verbänden über 10 Jahre um etwa ein Sechstel gesunken ist und sein Anteil nunmehr unter dem von 1999 liegt. Damit hat im Beobachtungszeitraum die Bedeutung von Verbänden als Rahmengerber für freiwilliges Engagement insgesamt abgenommen.

Der geringen Engagementquote stehen hohe Mitgliedszahlen in den Verbänden gegenüber. So bringen die fünf größten Umweltverbände zusammen rund 2 Millionen Mitglieder auf, davon allein rund 1,3 Millionen in föderal organisierten Verbänden wie dem BUND, dem NABU oder den Naturfreunden.¹⁸ Die sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege aus Deutschland bringen sogar mehr als 4,5 Millionen Mitglieder auf.¹⁹ Darüber hinaus sind mehr als 2,5 Millionen Menschen Mitglied in den drei größten Sozialverbänden Deutschlands und 5,9 Millionen in den sechs Einzelgewerkschaften des DGB (Petschow et al. im Ersch.).

¹⁷ Die Berechnungen beziehen sich auf die Angaben der Befragten im FWS. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Unterscheidung zwischen den Begriffen Verband und Verein „aus Sicht der Engagierten oftmals nicht trennscharf ist“ (Simonson und Vogel 2017).

¹⁸ Die für diesen Absatz verwendeten Zahlen stammen aus Petschow et al. (im Ersch.) und beziehen sich auf Daten aus dem Jahr 2018.

¹⁹ Die tatsächliche Mitgliederzahl liegt vermutlich höher, da Caritas und Diakonie nur Zahlen für ehrenamtlich Engagierte ausweisen und der Paritätische Wohlfahrtsverband lediglich die Anzahl der Mitgliedsorganisationen nennt.

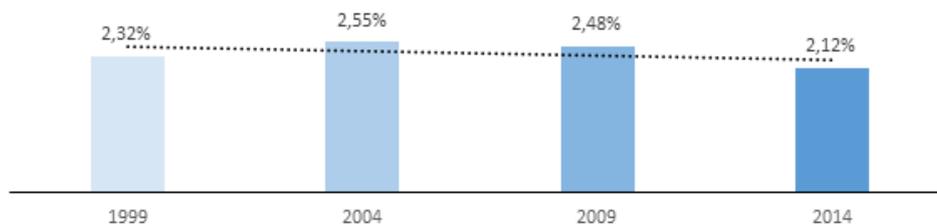


Abb. 17: Anteil des Engagements in Verbänden im Zeitverlauf
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Personen aus den alten Bundesländern sind 2014 anteilig etwas häufiger in Verbänden engagiert als Personen aus den neuen Bundesländern (s. Abb. 18). Dieser Unterschied war allerdings 1999 deutlich größer, denn im Zeitverlauf ist der Anteil in den alten Bundesländern stark gesunken, und in den neuen Bundesländern leicht angestiegen. Der allgemeine Bedeutungsverlust des Engagements in Verbänden ist also auf die Entwicklung in den alten Bundesländern zurückzuführen.

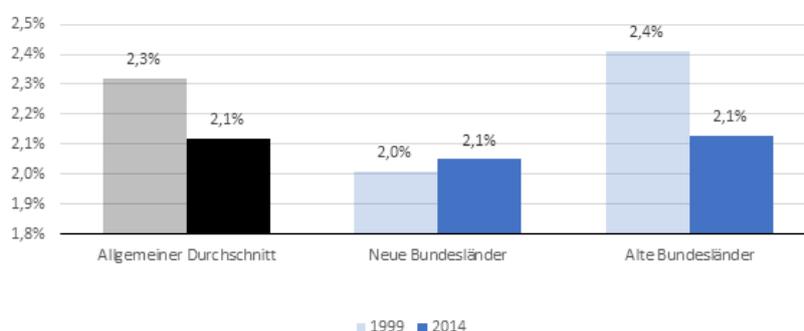


Abb. 18: Anteil des Engagements in Verbänden in den neuen und alten Bundesländern.
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Mit dem Bildungsgrad nimmt der Anteil des verbandlichen Engagements zu. So ist der Anteil der verbandlich engagierten Personen unter Menschen mit mittlerem und hohem Schulabschluss höher als bei Menschen mit niedrigem Schulabschluss und Schüler*innen (s. Abb. 19). Auffällig ist jedoch der dramatische Rückgang des Engagements unter Schüler*innen zwischen 1999 und 2014 um mehr als ein Drittel. Dagegen ist bei Personen mit mittleren und hohen Abschlüssen der Anteil nur verhältnismäßig leicht gesunken. Der Anteil des Engagements in Verbänden unter Personen mit niedrigem Schulabschluss ist im Zeitraum sogar leicht gestiegen.

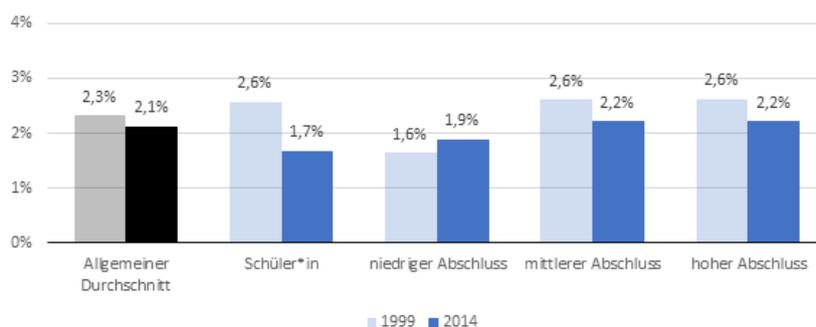


Abb. 19: Anteil des Engagements in Verbänden nach Schulabschluss
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Ältere Menschen sind überdurchschnittlich in Verbänden engagiert. In den Altersgruppen 50-64 und 65+ liegt der höchste Anteil verbandlichen Engagements (s. Abb. 20). Während der Anteil derjenigen, die sich in einem Verband engagieren, in den jüngeren Altersgruppen zwischen 1999 und 2014 leicht gesunken ist, hat sich der Anteil der über 65-Jährigen, die sich in Verbänden engagieren, erhöht.

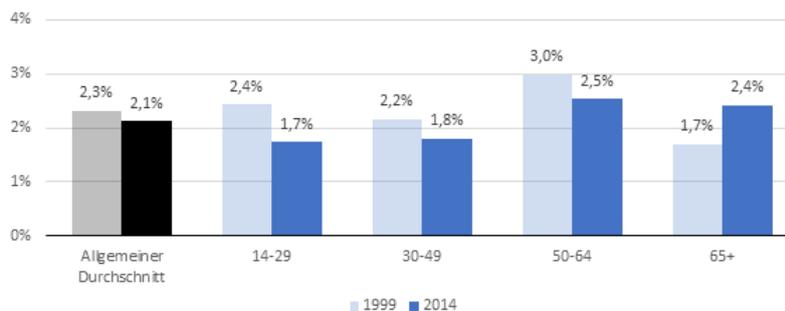


Abb. 20: Anteil des Engagements in Verbänden, nach Altersgruppen
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Männer sind anteilig leicht häufiger in Verbänden engagiert als Frauen. So engagierten sich 2014 2,66% der männlichen Engagierten in Verbänden im Vergleich zu lediglich 1,61% der weiblichen Engagierten (s. Abb. 21). Im Zeitvergleich ist das Engagement in Verbänden in beiden Gruppen leicht gesunken. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist somit bestehen geblieben.

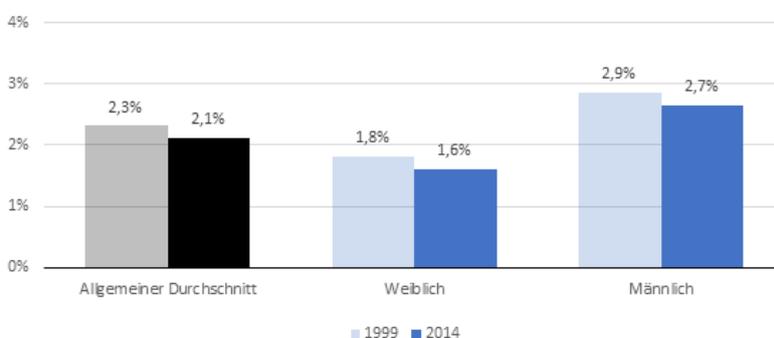


Abb. 21: Anteil des Engagements in Verbänden, nach Geschlecht
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Der Anteil des Engagements in Verbänden ist bei Erwerbslosen und Erwerbstätigen annähernd gleich. In beiden Gruppen folgt die Entwicklung der Anteile dem allgemeinen Trend (s. Abb. 22). Die starke Ähnlichkeit hinsichtlich des verbandlichen Engagements ist bemerkenswert, da sich die allgemeine Engagementquote und Zeitintensität des freiwilligen Engagements in beiden Gruppen deutlich voneinander unterscheiden und auch das Engagement in individuell organisierten Initiativen mit dem Erwerbsstatus zusammenhängt.

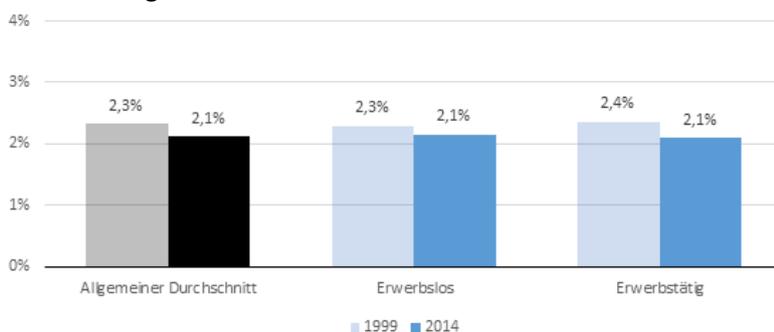


Abb. 22: Anteil des Engagements in Verbänden, nach Erwerbsstatus
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Das verbandliche Engagement im Themenbereich Umwelt unterscheidet sich deutlich zwischen den Milieus. Die Umweltbewusstseinsstudien erheben seit 2016 nicht mehr, ob die Befragten Mitglied in einem der großen Umweltverbände sind. Davor lag die Quote meist bei knapp der Hälfte der

Umweltengagierten (vgl. BMU/UBA 2008, 2010, 2014), wobei nicht erhoben wurde, ob sich das Engagement in der Verbandsmitgliedschaft erschöpfte oder wie zeitintensiv es war. Von den Umweltengagierten waren 2014 Angehörige des prekären Milieus deutlich unterdurchschnittlich Mitglieder eines Verbandes (7% der Engagierten), während traditionelle (53%) und kritisch-kreative Milieus (71%) überdurchschnittliche Werte aufweisen. Interessant ist hier wiederum, dass 2010 Umweltengagierte aus konservativen Milieus noch unterdurchschnittlich oft Verbandmitglieder waren (wobei 2010 noch eine andere Milieumatrix verwendet wurde – Konservativ-Etablierte (2010) und Traditionelle (2014) sind keine deckungsgleichen Konzepte).

3.1.2.3 Zeitaufwand für Engagement in Verbänden

In Verbänden Engagierte investieren überdurchschnittlich viel Zeit. Das zeigt sich einerseits daran, dass der durchschnittliche wöchentliche Zeitaufwand mit 5,1 Wochenstunden beinahe eine Stunde über dem Durchschnitt von 4,2 Wochenstunden aller Engagierten liegt (s. Abb. 23). Auch der Anteil der zeitintensiv Engagierten ist in Verbänden vergleichsweise hoch. Zwar ist dieser Anteil im Einklang mit dem allgemeinen Trend zu weniger zeitintensivem Engagement gegenüber 1999 deutlich gesunken, aber 2014 bringen noch immer 47,3% der Personen, die sich in Verbänden engagieren, mindestens drei Wochenstunden für ihr Engagement auf, während der Anteil von zeitintensivem Engagement in Deutschland allgemein nur 41,9% beträgt (s. Abb. 24).

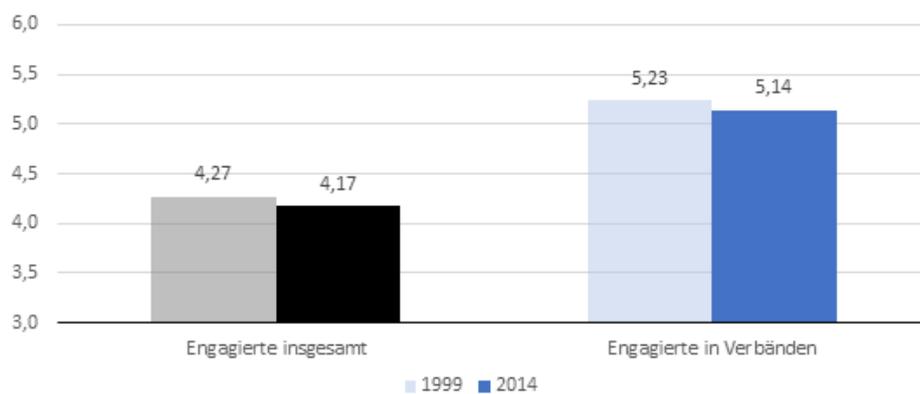


Abb. 23: Durchschnittlicher Zeitaufwand (in Wochenstunden) von Engagierten in Verbänden
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

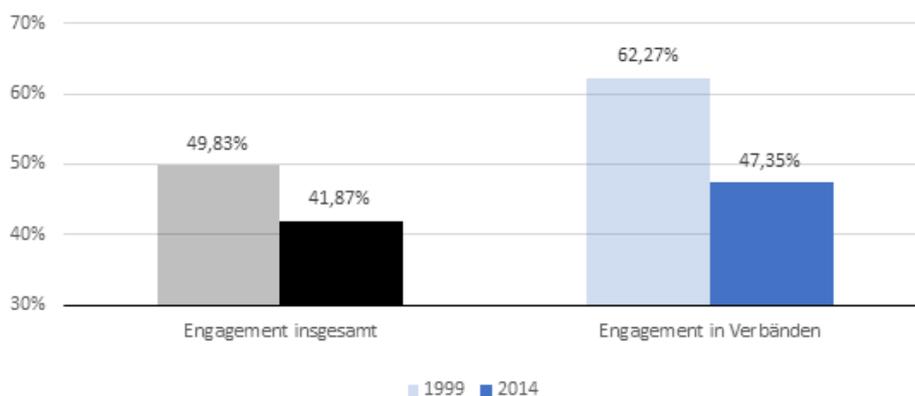


Abb. 24: Anteil zeitintensiv Engagierter (mindestens 3 Std./Woche) in Verbänden
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

3.1.2.4 *Fazit zum Engagement in Verbänden*

Das Mitgestaltungsmotiv ist in den wichtigsten und am stärksten wachsenden Themenbereichen des freiwilligen Engagements in Verbänden nicht besonders stark ausgeprägt. Der Umweltbereich besitzt innerhalb der Verbände eine überdurchschnittliche Bedeutung und zeigt geringfügiges Wachstum. Allerdings ist das Engagement in diesem Themenfeld stark milieuspezifisch.

Dagegen zeigt sich, dass Verbände als Organisationsrahmen freiwilligen Engagements unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erfolgreich zusammenbringen: Ostdeutsche und Westdeutsche, Erwerbstätige und Erwerbslose engagieren sich gleichermaßen in Verbänden. Auch die Unterschiede hinsichtlich des Bildungsgrads sind weniger stark ausgeprägt, zumal der Anteil verbandlichen Engagements unter Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss zugenommen hat. Noch immer sind allerdings Männer und ältere Menschen überdurchschnittlich häufig in Verbänden organisiert.

Bei Schüler*innen und jungen Menschen hat der Anteil der Engagierten, die sich verbandlich organisieren, stark abgenommen. Ein Grund für die abnehmende Attraktivität, insbesondere bei jungen Menschen, mag im hohen Zeitaufwand liegen, der vermutlich mit dem hohen Formalisierungsgrad dieser Engagementform einhergeht. Formale Prozesse mögen zwar einerseits die Inklusivität der Organisation befördern (z.B. durch breite Kommunikation, hohes Maß an bottom-up Mitbestimmung an und Einfluss auf Verbandsaktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen), können aber zugleich mit einem zusätzlichen administrativen Aufwand verbunden sein, der gerade junge Engagierte von der Wahl dieser Organisationsform abhalten könnte. Die überdurchschnittlich hohe Zeitintensität des Engagements in Verbänden legt die Existenz eines solchen Zusammenhangs nahe. Ob ein solcher Zusammenhang tatsächlich besteht und ob hierin eine Erklärung für die schwindende Bereitschaft, sich in Verbänden zu organisieren, liegt, kann auf Grundlage der verfügbaren Daten nicht abschließend geklärt werden.

3.1.3 Engagement in individuell organisierten Initiativen

Engagement in individuell organisierten Gruppen zeichnet sich in erster Linie durch einen hohen Grad an Informalität aus. Im Gegensatz zu etablierten und formellen Organisationsformen von Engagement ist dieses in der Regel von den Engagierten selbst organisiert. Individuell organisiertes Engagement findet beispielsweise in Selbsthilfegruppen, Initiativen oder unkonventionellen Projekten statt und stellt somit eine Konkurrenz zu den etablierten Verbänden dar (vgl. Simonson und Vogel 2017).

3.1.3.1 *Inhalt des Engagements in individuell organisierten Initiativen*

Das Engagement in individuell organisierten Gruppen verteilt sich thematisch auf mehrere Bereiche: Soziales (26,47%), Schule und Kindergarten (24,29%), Kultur und Musik (23,85%) sowie Sport und Bewegung (22,97%). Der Bereich Schule und Kindergarten hat im Zeitverlauf an Bedeutung verloren. Zu den am schnellsten wachsenden Themenbereichen des individuell organisierten Engagements gehören neben Gesundheit auch Bildung und Politik (s. Abb. 25). Damit wächst das individuell organisierte Engagement gerade in denjenigen Themenbereichen, bei denen das Mitgestaltungsmotiv besonders ausgeprägt ist.

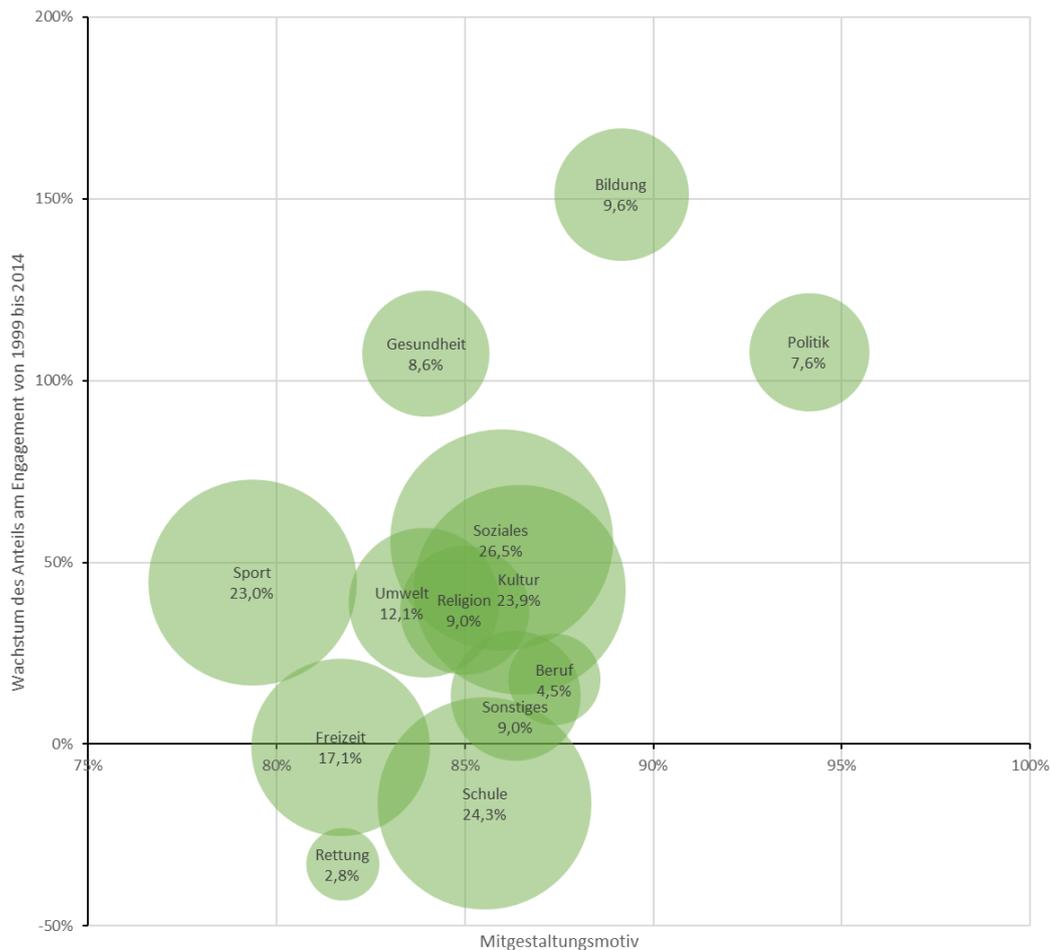


Abb. 25: Anteil der Themenfelder von Engagement in individuell organisierten Gruppen
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

3.1.3.2 Engagierte in individuell organisierten Initiativen

Etwa ein Sechstel der Engagierten üben laut FWS ihre zeitintensivste freiwillige Tätigkeit in individuell organisierten Gruppen aus. Seit 1999 ist der Anteil dieser Form des Engagements um den Faktor 1,5 gestiegen (s. Abb. 26). Innerhalb der Engagementstruktur haben individuell organisierte Gruppen damit gegenüber formal organisierten Formen an Bedeutung gewonnen.

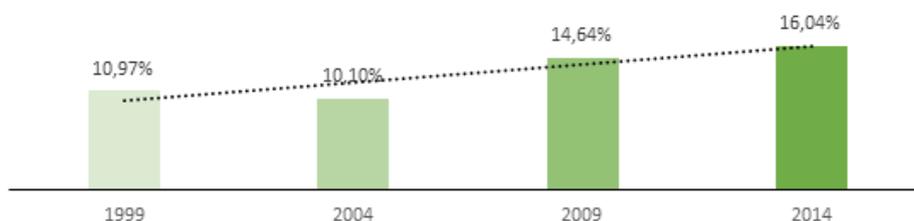


Abb. 26: Anteil des individuell organisierten Engagements im Zeitverlauf
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Der Anteil derjenigen, die sich individuell organisiert engagieren, ist in den neuen Bundesländern etwas höher als in den alten Bundesländern. Im Zeitvergleich bleibt diese Differenz bestehen, denn der Anteil derjenigen, die sich im Rahmen dieser Organisationsform engagieren, ist seit 1999 sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern deutlich gestiegen (s. Abb. 27).

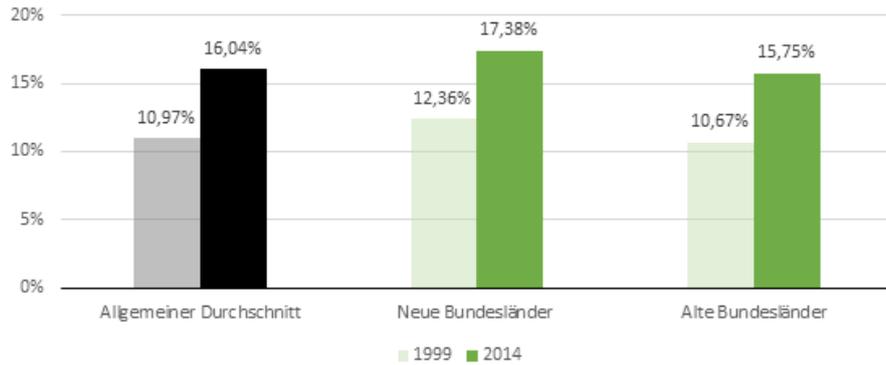


Abb. 27: Anteil des Engagements in individuell organisierten Gruppen in den neuen und alten Bundesländern.
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung.

Personen mit einem hohen Schulabschluss sind überdurchschnittlich häufig im Rahmen individuell organisierter Gruppen engagiert. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass diese Personengruppe formal organisierte Formen des Engagements seltener als der Durchschnitt wählt. Im Zeitvergleich stieg der Anteil derjenigen, die sich in dieser individuell organisierten Form engagieren, in allen Bildungsgruppen. Besonders stark nahm der Anteil bei Personen mit mittlerem Schulabschluss zu, wo er sich seit 1999 um 64% vergrößerte.

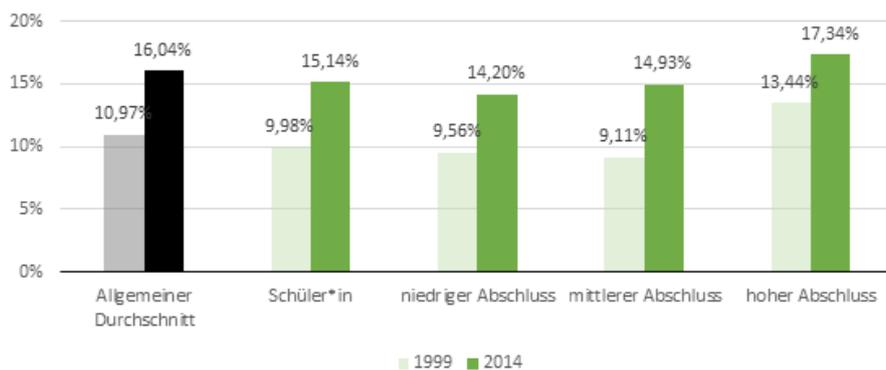


Abb. 28: Anteil des Engagements in individuell organisierten Gruppen, nach Schulabschluss
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Junge Menschen (zwischen 14 und 29 Jahre) sind überdurchschnittlich häufig im Rahmen von individuell organisierten Gruppen engagiert. Während es im Zeitvergleich in allen Altersgruppen zu einem deutlichen Anstieg des individuell organisierten Engagements kam, hat der Anteil dieser Form bei jungen Menschen seit 1999 besonders deutlich zugenommen.

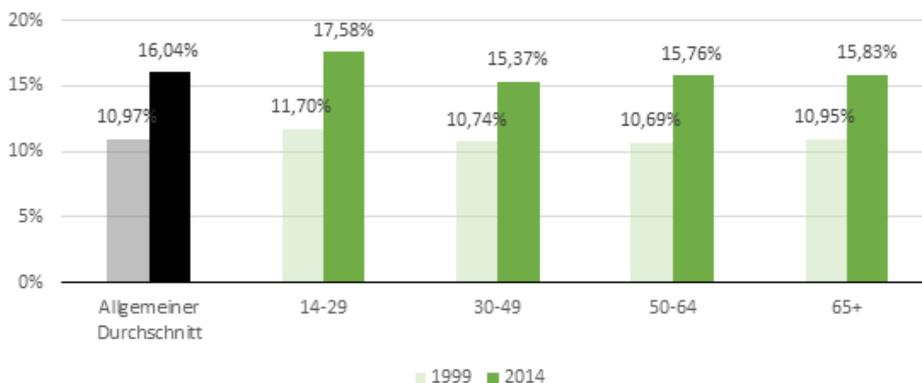


Abb. 29: Individuell organisiertes Engagement nach Altersgruppen
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Der Anteil des Engagements in individuell organisierten Gruppen ist unter Frauen noch immer deutlich höher als bei Männern. In beiden Gruppen ist der Anteil individuell organisierten Engagements zwischen 1999 und 2014 deutlich gestiegen. Während der Zuwachs bei den Männern im Beobachtungszeitraum beinahe 70% betrug, wuchs der Anteil bei den Frauen nur um 27%. Somit ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern bei dieser Form des Engagements kleiner geworden.

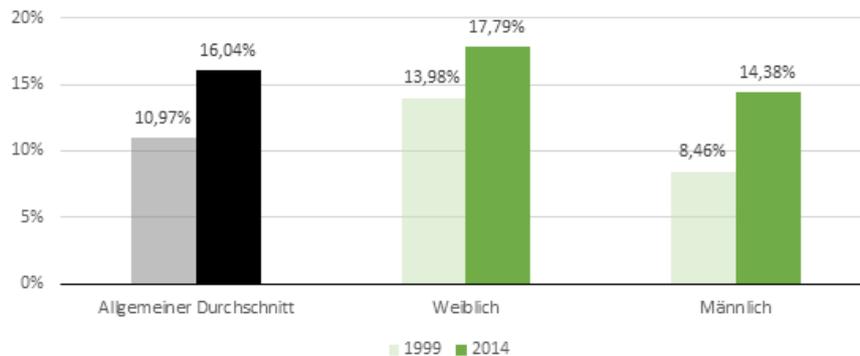


Abb. 30: Anteil des Engagements in individuell organisierten Gruppen nach Geschlecht
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Erwerbslose engagieren sich 2014 anteilig überdurchschnittlich häufig in individuell organisierten Gruppen (v.a. im Vergleich zu 1999, als noch ein geringer Unterschied zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen bestand). Dies lässt sich auf den größeren Anstieg von erwerbslosen Engagierten im Rahmen individuell organisierter Gruppen zurückführen.

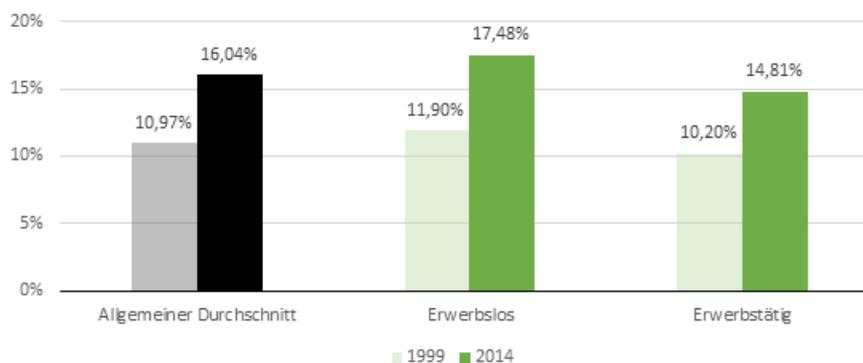


Abb. 31: Anteil des Engagements in individuell organisierten Gruppen nach Erwerbsstatus
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

Aufschlussreich bezüglich einer milieuspezifischen Differenzierung individuell organisierter Formen des Engagements im Umweltbereich ist vor allem die Umweltbewusstseinsstudie von 2014. Hier wurden die Befragten nach der Erhebung des Standard-Items bzgl. des Umweltengagements (vgl. Kap. 3.1.1.1) im Falle einer positiven Antwort („mache ich bereits“) nach der konkreten Form des Engagements gefragt: Mitarbeit in einer lokalen Gruppe oder Bürgerinitiative zum Umweltschutz, in einem zeitlich befristeten Projekt, an Umwelterlebnisaktionen für Kinder und Jugendliche, an von Bürgern organisierten Projekten (z.B. Bürgerwindparks, Bürgerbusse) oder auch die Unterstützung von politische Aktionen zum Umweltschutz (z.B. Protestversammlungen, Informationsstände, Unterschriftenaktionen). Auffällig ist, dass die prekären Milieus sich für Umwelterlebnisaktionen für Kinder überhaupt nicht interessieren (0%), sich in zeitlich befristeten Umweltschutzprojekten aber relativ häufig einbringen (38% der Engagierten dieser Milieus), während die kritisch-kreativen Milieus im letztgenannten Bereich im Vergleich zu anderen Engagementformen verhältnismäßig schlecht vertreten sind (17% der Engagierten dieser Milieus). Ansonsten weisen die kritisch-kreativen Milieus

nicht nur in absoluten, sondern auch in relativen Zahlen über alle individuellen Engagementformen hinweg überdurchschnittliche Werte auf. Traditionelle Milieus interessieren sich besonders für bürgerlich organisierte Projekte (24% der Engagierten dieses Milieus), aber kaum für die Mitarbeit in einer lokalen Gruppe oder Bürgerinitiative zum Umweltschutz (9% der Engagierten dieses Milieus).

3.1.3.3 Zeitaufwand für das Engagement in individuell organisierten Initiativen

Die Zeitintensität und der Anteil der zeitintensiv Engagierten sind in individuell organisierten Initiativen leicht unterdurchschnittlich. Etwa zwei Fünftel erbringen mindestens drei Stunden pro Woche für ihr Engagement (s. Abb. 32). Dieser Anteil hat sich dem allgemeinen Trend folgend im Vergleich zu 1999 deutlich verringert, als noch fast die Hälfte der Engagierten mindestens drei Stunden pro Woche erbrachten. Der durchschnittliche Zeitaufwand des individuell organisierten Engagements hat sich jedoch im Gegensatz zum allgemeinen Trend erhöht (s. Abb. 33). War er 1999 noch weit unterdurchschnittlich, liegt er 2014 nur noch knapp unter dem Durchschnittswert der Engagierten insgesamt.

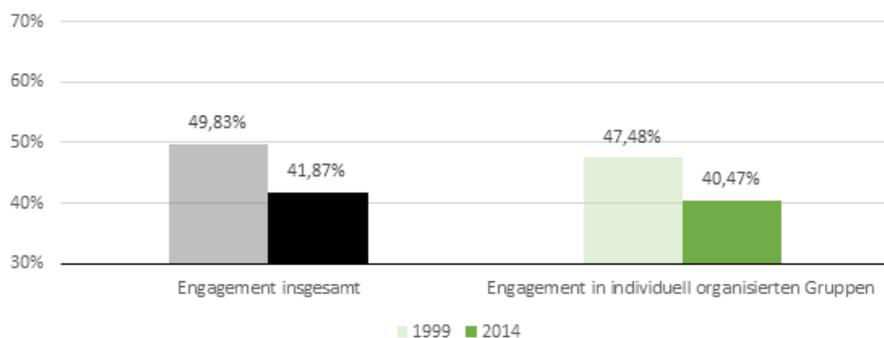


Abb. 32: Anteil zeitintensiv Engagierter (mindestens 3 Std./Woche) in individuell organisierten Gruppen
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

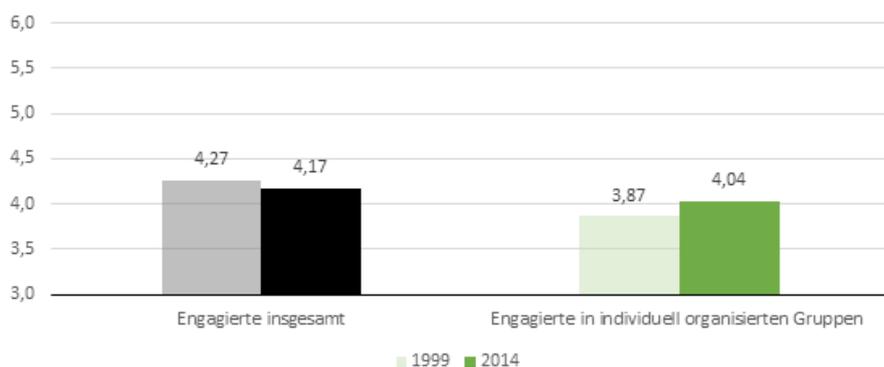


Abb. 33: Durchschnittlicher Zeitaufwand (in Std./Woche) von Engagierten in ind. org. Gruppen
Quelle: FWS 2014, eigene Darstellung IÖW.

3.1.3.4 Fazit zum Engagement in individuell organisierten Initiativen

Das Mitgestaltungsmotiv ist für die Schwerpunktthemen individuell organisierten Engagements nicht besonders ausgeprägt. Allerdings wächst das individuell organisierte Engagement gerade in den beiden Themenbereichen besonders stark, wo dieser Beweggrund eine erhebliche Rolle spielt. Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft wird also zunehmend auch außerhalb formaler Einrichtungen und Organisationsstrukturen angestrebt. Der Themenbereich Umwelt ist überdurchschnittlich bedeutend und zeigt ein moderates Wachstum.

Individuell organisierte Initiativen haben innerhalb des Beobachtungszeitraums stark an Bedeutung gewonnen. Mittlerweile vollzieht jede sechste engagierte Person ihre zeitintensivste freiwillige Tätigkeit innerhalb einer solchen Initiative. Dabei zeigt sich, dass gerade Bevölkerungsgruppen, die im Allgemeinen beim freiwilligen Engagement unterrepräsentiert sind, hierin eine Möglichkeit finden, sich zu engagieren. So wählen überdurchschnittlich viele Menschen aus den neuen Bundesländern, junge Menschen, Frauen und erwerbslose Personen diese unkonventionelle Form des Engagements. Die milieuspezifische Auswertung der Umweltbewusstseinsstudie 2014 bestätigt diesen Befund nur teilweise: Prekäre Milieus interessieren sich nur für zeitlich befristete Umweltschutzprojekte überdurchschnittlich häufig, bzgl. anderer Formen des individuellen Engagements weisen sie unterdurchschnittliche Werte auf, relativ wie auch absolut.

Allerdings sind es auch überdurchschnittlich viele Personen mit hohem Bildungsabschluss, die sich auf diese Weise engagieren. Vermutlich ist diese Form des Engagements voraussetzungsvoll, was persönliche Fähigkeiten und Kenntnisse betrifft, da der unterstützende organisationale Rahmen fehlt. Dafür weist die relativ niedrige Zeitintensität des Engagements auf einen möglichen Vorteil dieser Organisationsform hin: Für bestimmte Personengruppen könnte die vergleichsweise hohe Flexibilität und Offenheit für unverbindliches, kurzfristiges Engagement einen wichtigen Grund darstellen, diese Form des freiwilligen Engagements anderen vorzuziehen.

3.2 Beteiligung

Nach der Beschreibung von Trends im Bereich des Engagements folgt die Identifizierung und Beschreibung jüngerer Trends im Bereich (politischer) Beteiligung in Deutschland.

Politische Beteiligung umfasst formelle und informelle Beteiligungsformen, die jeweils auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems angewendet werden. **Formelle Beteiligungsverfahren** sind einerseits Wahlen im Bereich der repräsentativen Demokratie sowie Bürgerbegehren und darauf aufbauende Bürgerentscheide (auf kommunaler Ebene), Volksbegehren und darauf aufbauende Volksentscheide (auf Landesebene)²⁰ im Bereich der direkten Demokratie (lpb: Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger).²¹ Andererseits handelt es sich um Verfahren der Bürger- bzw. Öffentlichkeitsbeteiligung, die in Fachgesetzen oder Verordnungen verbindlich vorgeschrieben werden,²² beispielsweise bei der Planung und Zulassung von Bauvorhaben, Infrastrukturen oder Anlagen. In der Regel umfasst formelle Öffentlichkeitsbeteiligung dabei die Auslage von Unterlagen zum jeweiligen Vorhaben, einen Erörterungstermin und die Möglichkeit zu schriftlichen Eingaben.

²⁰ Dabei gibt es verfahrensmäßige und begriffliche Unterschiede je nach Landesverfassung und Gemeindeverordnung.

²¹ Strittig ist, ob auch Partei- und Verbandsarbeit unter Beteiligung zu fassen sind, die in diesem Fall ebenfalls im Bereich der formellen Beteiligung anzusiedeln wären. Parteien sind ein „verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ (§1 Abs. 1 PartG) und auch die gängige Beteiligung von Verbänden z.B. an der Vorbereitung von Gesetzesvorlagen der Bundesregierung folgt aus dem Geschäftsordnungsrecht (konkret § 47 Abs. 3 GGO). Die Beteiligung von Parteien und Verbänden durch staatliche Akteure bezieht sich jedoch auf die Organisationen als solche und damit nur auf einzelne Bürger*innen, insofern diese Mitglieder in einer Partei oder einem Verband sind. Die Aktivitäten der in Parteien und Verbänden engagierten Bürger*innen gehen außerdem weit über gesetzliche vorgeschriebene Formen der Beteiligung hinaus. Diese Argumente sprechen dafür, Partei- und Verbandsarbeit (wenngleich diese teilweise professionalisiert ist) im Kontext des Forschungsprojekts unter dem Bereich des Engagements zu behandeln (vgl. Kap. 3.1). In diesem Arbeitspapier werden daher neben Formen informeller Beteiligung nur Wahlen sowie Bürgerbegehren und -entscheide bzw. Volksbegehren und -entscheide als Formen formeller Beteiligung in den Blick genommen.

Zeitpunkt, Art und Umfang von Öffentlichkeitsbeteiligung unterschieden sich je nach Rechtsmaterie und Verfahren. Bei **informellen Beteiligungsverfahren** ist weder die Durchführung selbst vorgeschrieben noch wird die Art der Durchführung gesetzlich geregelt (z.B. in Bezug auf einzubeziehende Akteure, Format oder Zeitpunkt der Beteiligung, Fristen für Einreichungen etc.). Informelle Beteiligung findet im Rahmen von Planungs-, Zulassungs-, aber auch übergreifenden Strategie- und Gesetzgebungsprozessen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene statt. Sie setzt oftmals früher im Planungsprozess an und bietet daher tendenziell mehr Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten als formelle Verfahren, bei denen nur noch Details verhandelbar sind. Daher gilt sie als geeigneter zur Identifizierung von Lösungen und Schlichtung von Konflikten (Horelt und Ewen 2020).

Während die Analyse von Trends im Bereich formeller Beteiligung auf Grundlage bereits vorliegender Studien und Sekundärliteratur vorgenommen wird, greifen wir für die Analyse informeller Beteiligung nur in geringem Umfang auf bereits vorliegende Überblicksdaten zurück. Die Analyse informeller Beteiligung auf nationaler Ebene beruht dabei auf eigenen, online-basierten Recherchen und drei sog. „Helikopter-Interviews“ (mit Fachleuten, die in ihrem Feld einen breiten Überblick haben). Zur Erhebung von Trends im Bereich informeller Beteiligung auf kommunaler Ebene wurden 46 Computer-gestützte Telefoninterviews mit Mitarbeiter*innen von Kommunalverwaltungen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt und mithilfe eines Webcrawler-Frameworks 42 Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf ihre informelle Beteiligungspraxis hin untersucht.²³ Wir reagieren damit auf den Umstand, dass im Bereich informeller Beteiligung kaum systematische Arbeiten zur Erfassung entsprechender Verfahren vorliegen und eine Datenbasis zu informeller dialogorientierter Beteiligung fehlt. Vorliegende empirische Daten beruhen meist auf Einzelfallstudien oder Vergleichsstudien mit geringer Fallzahl (Remer 2020). Eine Ausnahme bildet das Forschungsprojekt „Datenbank dialogische Beteiligungsverfahren“, das umfassende Daten für Kommunen in Baden-Württemberg vorlegt und hier als Vergleichsstudie herangezogen werden soll (vgl. Remer 2020).

3.2.1 Allgemeiner Überblick

Im folgenden Abschnitt werden zunächst wichtige Trends der politischen Beteiligung in Deutschland überblickshaft aufgeführt. Wir gehen dabei auf die quantitative Bedeutung der verschiedenen Beteiligungsformen, Inhalte politischer Beteiligung und Merkmale der Beteiligten ein.

3.2.1.1 Trends mit Blick auf die quantitative Bedeutung der verschiedenen Beteiligungsformen

Blickt man auf die verschiedenen Formen der Beteiligung, sind **Wahlen** (auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene) nach wie vor die mit Abstand am häufigsten wahrgenommene Form der Beteiligung (lpb: Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger). Gleichzeitig nimmt in fast allen weiteren Bereichen der Beteiligung die Zahl der Beteiligungsereignisse zu.

Im Bereich der **Bürgerbegehren** fanden zwischen 1956 und 2017 insgesamt 7.503 Verfahren statt. Mehr als die Hälfte davon fiel allein in die Zeit zwischen 2003 und 2017 und derzeit kommen pro Jahr etwa 250-320 Verfahren hinzu (Rehmet et al. 2018).²⁴ Auf Landesebene, im Bereich der **Volksbegehren** und obligatorischen Referenden, gab es zwischen 1946 und 2018 insgesamt 391 Verfahren; dabei gab es bis 1990 nahezu keine Praxis direktdemokratischer Verfahren. Seither nimmt die Zahl der Verfahren auch hier stetig zu – selbst in Bundesländern, die bisher wenig Erfahrungen mit Volksbegehren haben

²³ Für nähere Informationen zu den Computer-gestützten Telefoninterviews und zum Webcrawler-Framework s. Kap. 3.2.3 und Kap. 6.2.

²⁴ Da es keine einheitliche Berichtspflicht der Gemeinden und Städte in Deutschland gibt, kann die Genauigkeit der Zahl nicht garantiert werden.

(z.B. Bremen) (Rehmet 2018). Katalysatoren für diese Entwicklung sind Reformen, die landesweite Volksbegehren erst ermöglichten und Hürden für Volksbegehren gesenkt haben sowie eine veränderte politische Kultur hin zu einer stärker themenbezogenen Einmischung in die Politik (Rehmet 2018). Vorangetrieben wurde der Zuwachs an Verfahren zu Bürger- und Volksbegehren durch die Bürger*innen selbst. Denn 83,4% der Verfahren zu Bürgerentscheiden²⁵ (zwischen 1956 und 2017) und 89,8% der Verfahren zu Volksentscheiden (zwischen 1946 und 2018) wurden „von unten“, d.h. durch Bürger*innen bzw. Aktionsbündnisse²⁶ initiiert (Rehmet 2018; Rehmet et al. 2018). Die Zahl der durch Bürger*innen initiierten Verfahren zu Volksbegehren hat sich von 2017 bis 2018, also innerhalb eines Jahres, sogar verdoppelt (auf 17 Verfahren im Jahr 2018).

Bei **Planungs- und Zulassungsverfahren** haben unterschiedliche Gesetzesänderungen seit den 1990er Jahren die Möglichkeiten der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung eher eingeschränkt. Daten über die Anzahl der durchgeführten Beteiligungsverfahren liegen kaum vor. Eine der wenigen Schätzungen geht davon aus, dass jährlich ca. 2.000 Genehmigungs- und Zulassungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden (Zschiesche und Pauleweit 2021: 5). Es liegen jedoch keine Zeitreihendaten bzw. -schätzungen vor.

Eine deutliche Zunahme an Verfahren zeichnet sich überdies im Bereich **informeller Beteiligung** ab. Auf **Bundesebene** ist diese Zunahme an absoluten Zahlen gemessen noch relativ gering, insbesondere in Anbetracht der zeitlichen Entwicklung. So konnten zu Beginn der 2000er Jahre einige wenige Verfahren von Bundesbehörden ermittelt werden. Die Ergebnisse der Online-Recherche zeigen, dass der Trend hin zu informellen Beteiligungsverfahren auf nationaler Ebene in den letzten fünf Jahren stark zugenommen hat. Eine weitere Beobachtung ist, dass die Grenzen zwischen informellen und formellen Beteiligungsformaten verschwimmen. Beispielhaft hierfür ist die Formalisierung informeller Beteiligungsformate als sogenannte „frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“ im Verfahrensrecht, die Ergänzung formeller durch informelle Verfahren sowie das Entstehen von neuen, innovativen Formen formeller Öffentlichkeitsbeteiligung.

Die Untersuchung der Zahl informeller Beteiligungsverfahren in **Kommunen** NRW zeigt ebenfalls deutliche zahlenmäßige Zunahmen – sowohl für Groß- als auch Klein- und Mittelstädte. Trotz einiger Auf- und Abwärtsbewegungen hat sich dieser Trend insbesondere im letzten Jahrzehnt (d.h. seit etwa 2010) verstetigt. Remer (2020) zeigt allerdings für Baden-Württemberg, dass dort in 30% der Kommunen zum Zeitpunkt der Untersuchung keine und in 56% erst 1-5 informelle Beteiligungsereignisse (d.h. einzelne Beteiligungsveranstaltungen) stattgefunden haben. Es bestehen zwischen den Kommunen also durchaus deutliche Unterschiede bei der Nutzung dieser Beteiligungsform. Initiiert werden knapp zwei Drittel der informellen Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene – anders als im Bereich der Bürger- und Volksbegehren – nicht durch Bürger*innen (oder weitere Akteure wie Gemeinderäte, Verbände, Parteien und Unternehmen), sondern durch Kommunalverwaltungen bzw. den*die jeweilige*n Bürgermeister*in (dies gilt zumindest für Baden-Württemberg) (Remer 2020).

3.2.1.2 Inhalte der Beteiligung

Themen, die in den vergangenen Jahren immer häufiger Gegenstand Beteiligung sind, bewegen sich v.a. im Bereich der Nachhaltigkeit. Sowohl im Bereich formeller Beteiligung, genauer im Bereich der Bürger- und Volksbegehren als auch bei informellen Beteiligungsverfahren zeichnet sich gegenwärtig

²⁵ Bürgerentscheide können durch Bürgerbegehren, d.h. Unterschriftensammlungen aus der Bevölkerung heraus entstehen oder durch Ratsreferenden, d.h. den Beschluss des Gemeinderats.

²⁶ Zwei Drittel der „von unten“ initiierten Verfahren zu Volksentscheiden zwischen 1946 und 2018 sind durch Aktionsbündnisse aus verschiedenen Gruppierungen (Bürgerinitiativen, Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Parteien) angestrengt, die meist extra zu diesem Zweck gegründet wurden (Rehmet 2018).

ein Trend hin zu Nachhaltigkeitsthemen ab (Rehmet et al. 2018; Remer 2020). Gleichzeitig ist der Anteil informeller Beteiligung zum Thema Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene insgesamt noch relativ gering. Beteiligung findet außerdem im Gesamtblick zu einer Vielzahl verschiedener Themen statt.

Themen **informeller** Beteiligungsverfahren auf **nationaler** Ebene reichen von Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, über Forschungs- und Technikfolgenpolitik bis hin zu Verbraucher*innenpolitik, Netzpolitik, Jugendpolitik, Demokratiep politik sowie EU- und Außenpolitik. Ein thematischer Schwerpunkt liegt im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Oftmals überschneiden sich auch mehrere Themen in den Verfahren. Die Überschneidung mehrerer Themen in einzelnen Verfahren trifft auch für viele **informelle** Beteiligungsereignisse auf **kommunaler** Ebene zu. Vergleichsweise häufige Themen informeller Beteiligung auf kommunaler Ebene sind etwa Stadt-/Gemeinde- oder Stadtteil-/Ortsteilentwicklung sowie Soziales, Integration und Migration; teilweise ist auch Bürger*innenbeteiligung selbst Thema von Beteiligungsereignissen.

Bei Formen **formeller** Beteiligung lassen sich in der Langfristperspektive spezifische thematische Schwerpunkte erkennen: Bei Bürgerbegehren handelt es sich hier um Themen rund um öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen (19,4% der Verfahren zwischen 1956 und 2017), Wirtschaftsprojekte (17,4% der Verfahren zwischen 1956 und 2017) und Verkehrsprojekte (16,4% der Verfahren zwischen 1956 und 2017). Welches Thema wie oft auftritt, variiert dabei stark je nach Bundesland (Rehmet et al. 2018). Im Bereich der Volksbegehren kommen in der Langfristperspektive die Themen Bildung und Demokratie-/Innenpolitik am häufigsten vor (Rehmet 2018). Neben Nachhaltigkeitsthemen gab es in der jüngeren Vergangenheit außerdem mehrere Verfahren im Bereich „Soziales“, insbesondere zum Thema Pflegenotstand und Krankenhauspersonal (Rehmet 2018).²⁷

3.2.1.3 Beteiligungsquote

Ein rückläufiger Trend der Beteiligungsquote lässt sich v.a. für **Wahlen** beobachten. Seit den 1980er Jahren geht die Beteiligung an Wahlen kontinuierlich zurück. Dies gilt insbesondere für Kommunal-, Landtags- und Europawahlen; auch bei Bundestagswahlen lässt sich aber in der Langfristperspektive ein Rückgang der Wahlbeteiligung feststellen (Ipb: Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger; Schäfer 2016). Beteiligten sich beispielsweise zwischen 1950 und 1980 noch mehr als 70% der Bevölkerung an Kommunalwahlen, ist es heute in etwa nur noch die Hälfte der Bevölkerung (Schäfer 2016). Zwar sinkt die Wahlbeteiligung nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleich stark, es lässt sich aber eine wachsende Gruppe an Nichtwähler*innen in allen sozialen Schichten finden (Schäfer 2013).

²⁷ Hinweis: Der Pool möglicher Themen direktdemokratischer Verfahren ist durch die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen und Gesetzgebungskompetenzen der Bundesländer begrenzt.

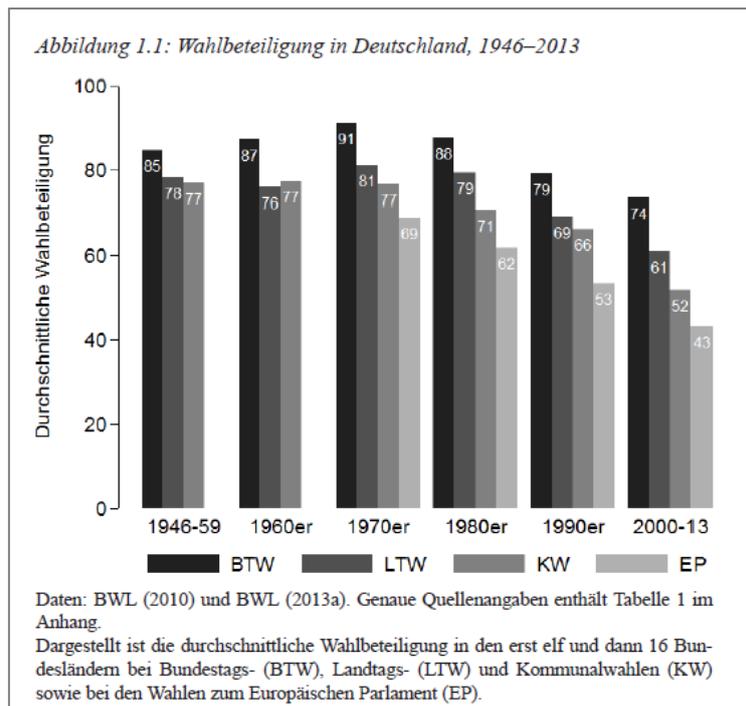


Abb. 34: Wahlbeteiligung in Deutschland von 1946-2013
 Quelle: Schäfer 2016, S. 31

Trotz des rückläufigen Trends der Wahlbeteiligung ist diese i.d.R. immer noch deutlich höher als die Abstimmungsbeteiligung an Bürger- oder Volksentscheiden. Ausnahmen ergeben sich bei der Zusammenlegung von Wahlen und Bürger- bzw. Volksentscheiden. Die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung bei **Bürgerentscheiden** in Deutschland zwischen 1956 und 2017 betrug 50,2%. Dabei sinkt die Beteiligung (ähnlich wie bei Kommunalwahlen) mit zunehmender Einwohnerzahl einer Stadt/ Gemeinde und fällt – wie erwähnt – deutlich niedriger aus, wenn keine Zusammenlegung mit Wahlen erfolgt (Rehmet et al. 2018). Im Bereich der **Volksentscheide** lag die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung bei obligatorischen Referenden in den Bundesländern zwischen 1946 und 2017 bei 61,3%. Auch hier war die Abstimmungsbeteiligung deutlich höher bei Referenden, die an Wahlen gekoppelt waren (66,3% im Vergleich zu 34% Beteiligung bei nicht an eine Wahl gekoppelten Referenden). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei „von unten“ initiierten Volksentscheiden (Rehmet 2018).

Zur Ermittlung der Trends der Beteiligungsquote von **informellen Beteiligungsverfahren** auf **nationaler Ebene** waren insbesondere zwei Kriterien für die systematische Analyse von besonderer Relevanz: die Anzahl der Teilnehmenden und die Art der Teilnehmenden Rekrutierung. Die Teilnehmendenzahl hing dabei vom jeweiligen Format ab. So wiesen Online-Veranstaltungen weitaus größere Personengruppen auf, als es bei Präsenzveranstaltungen der Fall war. Demnach variierte die Anzahl der Teilnehmenden von kleinen Gruppen zwischen 10 und 20 Personen sowie größeren Gruppen von 100-200 Teilnehmer*innen bis hin zu Veranstaltungen mit 2.000 Menschen. Teilnehmer*innen wurden im Wesentlichen auf drei Arten rekrutiert: allgemeine bzw. öffentliche Einladungen, gezielte Ansprache mittels intermediärer Akteure und (geschichtete) Zufallsauswahl. Zudem ließen sich einzelne Anpassungen und Veränderungen der jeweiligen Formate im Laufe der Jahre ermitteln. So erfordert beispielsweise der Trend hin zu digitalen Formaten und damit oftmals zusammenhängend der Einsatz von öffentlichen Einladungen eine erhöhte Eigeninitiative und -energie seitens der Bürger*innen. Zu den soziostrukturellen Merkmalen der Teilnehmenden (Alter, Geschlecht, Einkommensgruppe, regionale Herkunft o.ä.) liegen keine verfahrensübergreifenden Daten vor.

Ähnlich wie im Bereich informeller Beteiligung auf nationaler Ebene lässt sich die Beteiligungsquote im Bereich **informeller Beteiligung auf kommunaler Ebene** ebenfalls nicht so eindeutig bestimmen wie jene im Bereich von Wahlen oder formeller Beteiligung. Die Resonanz in der Bevölkerung auf Einladungen zu Verfahren informeller Beteiligung durch Kommunalverwaltungen NRW wird durch Personen, die im Rahmen von Telefoninterviews befragt wurden, als mittel bis gering eingeschätzt, allerdings mit einer Tendenz hin zu einer Zunahme der Resonanz. Die Teilnehmendenzahl ist auch hier Format-abhängig. Dabei richtet sich, so zu finden bei Remer (2020) für informelle Beteiligung in Kommunen Baden-Württembergs, ein Großteil informeller Beteiligungsverfahren an die allgemeine Öffentlichkeit und ein kleinerer Teil speziell an räumlich oder sachlich betroffene Gruppen oder an sozialstrukturell eingrenzbar Gruppen (z.B. Jugendliche oder Senior*innen).

Um ein genaueres Bild zu erhalten, welche Bevölkerungsgruppen sich über- oder unterdurchschnittlich beteiligen und damit im Bereich politischer Beteiligung über- oder unterrepräsentiert sind, sind verschiedene Untersuchungsmerkmale wie Alter, Geschlecht, sozioökonomische Faktoren und geographische Aspekte, relevant.

Betrachtet man das **Alter** der Beteiligten, lässt sich kein Beteiligungsform-übergreifender Trend beschreiben. Bei Wahlen weisen die höchste Beteiligung im Vergleich die Altersgruppen zwischen 40-70-Jährigen auf. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede in Bezug auf die Wahlbeteiligung auch innerhalb der Altersgruppen, die weiteren, z.B. sozioökonomischen Faktoren oder Unterschieden im Bildungsgrad zuzurechnen sind (Schäfer 2013). Auch im Bereich informeller Beteiligung sind ältere Menschen eher überrepräsentiert, jüngere Menschen eher unterrepräsentiert. Mit Blick auf direktdemokratische Verfahren sind es insbesondere Jugendliche, die einen starken Zuwachs an Volksabstimmungen fordern (94% der 14-20-Jährigen) und damit ein besonderes Interesse an dieser Form der politischen Beteiligung zeigen. Rehmet (2018) vermutet einen Zusammenhang zwischen dieser Einstellung und dem Erfolg der „Fridays for Future“-Bewegung.²⁸

Die Beteiligung von Männern und Frauen weist immer noch ein ungleiches Verhältnis auf. Zwar hat sich diese **geschlechtsspezifische Ungleichheit** in der Langfristperspektive stark verringert, die Wahlbeteiligung von Frauen liegt jedoch immer noch etwas unter derjenigen von Männern (Ipb: Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger). In Bezug auf die Anstrengung von Bürger- und Volksbegehren und die Beteiligung an Abstimmungsprozessen bei Bürger- und Volksentscheiden kann vermutet werden, dass sich ähnliche geschlechtsspezifische Unterschiede niederschlagen. Die Datenlage ermöglicht hier jedoch keine genaueren Einblicke. Im Bereich informeller Beteiligung in Kommunen NRW sind Männer ebenfalls eher überrepräsentiert, während Frauen eher unterrepräsentiert sind.

Auch hinsichtlich der Repräsentanz der verschiedenen **sozialen Schichten und Milieus** im Bereich politischer Beteiligung steht immer noch die Beteiligungsform der Wahlen im Vordergrund, insofern hier die Ungleichheiten zwischen den Schichten und Milieus vergleichsweise am geringsten sind (Ipb: Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger). Für alle Beteiligungsformen lässt sich aber der Trend einer zunehmend ungleichen Beteiligung hinsichtlich sozioökonomischer Situiertheit und Bildungsgrad feststellen. Schäfer (2016) beschreibt eine wachsende soziale Kluft auch in der Wahlbeteiligung: Sozial Bessergestellte, die über mehr Ressourcen wie Bildung und Einkommen verfügen, würden in größerer Zahl an Wahlen teilnehmen als sozial Benachteiligte (Schäfer 2013). Nichtwähler*innen würde insgesamt zudem das politische Interesse und der Glaube daran fehlen, dass Wahlen etwas verändern können (Schäfer 2016). Eine Rolle spiele außerdem das soziale Netzwerk, welches das Wahlverhalten

²⁸ Rehmet (2018: 23): „Die Zahlen zeigen: In der Bundesrepublik formiert sich eine direktdemokratische Nachhaltigkeitsbewegung ‚von unten‘.“

des Wählers bzw. der Wählerin beeinflusse. Die beschriebenen Unterschiede in der Wahlbeteiligung nehmen der Tendenz nach zu (Schäfer 2013).

Unterschiede in der Beteiligung lassen sich auch mithilfe geographischer Größen beschreiben. Es zeigen sich etwa **regionale Unterschiede**: In den neuen Bundesländern ist die Wahlbeteiligung insgesamt niedriger als in den alten Bundesländern (Schäfer 2016). Im Bereich der Bürger- und Volksbegehren und -entscheide lassen sich außerdem große Unterschiede bei der Anzahl der Verfahren zwischen den verschiedenen Bundesländern feststellen (Rehmet et al. 2018; Rehmet 2018). Hamburg, Berlin und Bayern weisen hohe durchschnittliche Verfahrenszahlen sowohl bei Bürger- als auch Volksbegehren auf (Rehmet et al. 2018; Rehmet 2018). Auf den hinteren Plätzen liegen in beiden Bereichen formeller Beteiligung Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt (Rehmet et al. 2018; Rehmet 2018). Eine vergleichsweise hohe Verfahrenszahl pro Gemeinde bei Bürgerbegehren liegt außerdem in NRW und Bremen vor (Rehmet et al. 2018); ebenso finden in Brandenburg relativ häufig Volksbegehren statt (Rehmet 2018).²⁹

Bürgerbegehren und Ratsreferenden finden darüber hinaus – aus verschiedenen Gründen³⁰ – überdurchschnittlich oft in größeren Städten statt (Rehmet et al. 2018). Im Bereich von Kommunalwahlen und informeller Beteiligung unterscheidet sich die Beteiligung ebenfalls nach Größe bzw. Einwohnerzahl der Stadt/Gemeinde und es ergeben sich mit Blick auf die Beteiligung an Wahlen insgesamt Unterschiede nach Stadtteilen. Schäfer (2013) erklärt diese im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Indikatoren: „Je ärmer ein Stadtteil ist, desto weniger Wahlberechtigte wählen dort“ (Schäfer 2013: 44).

3.2.2 Nationale Beteiligungsprozesse (mit Fokus auf informelle Beteiligung)

Wie hat sich **Bürgerbeteiligung auf nationaler Ebene** im Lauf der Zeit entwickelt? Wir betrachten im Folgenden Verfahren der Bürger- bzw. Öffentlichkeitsbeteiligung, die staatliche Behörden³¹ auf Bundesebene seit dem Jahr 2000 durchgeführt haben, und die der Politikentwicklung oder längerfristigen Politikvorbereitung des Bundes dienen.³² Unter Beteiligung an „längerfristiger Politikvorbereitung“ fallen dabei auch Verfahren der partizipativen Technikfolgenabschätzung, die sich nicht auf spezifische Politikmaßnahmen beziehen, aber eben vorbereitenden Charakter für

²⁹ Eine wichtige Rolle spielen hierbei auch die gesetzlichen Regelungen der Bundesländer und damit verbundene Hürden zur Anstrengung entsprechender Verfahren. Die 2018 neu „von unten“ eingeleiteten Initiativen zu Volksbegehren weisen allerdings keine regionalen Schwerpunkte auf (Rehmet 2018).

³⁰ Rehmet et al. (2018) führen folgende Gründe an: Wegen besserer Einflussmöglichkeiten und unkomplizierteren Kommunikationswegen auf die „etablierte“ Politik in kleineren Gemeinden, würden sich Bürgerbegehren hier eher erübrigen als in größeren Gemeinden oder Städten. Zudem würden in vielen kleineren Gemeinden Pflicht- und Akzeptanzwerte dominieren, wodurch die etablierte Politik und lokale Autoritäten weniger in Frage gestellt würden. Schließlich gäbe es in größeren Städten und Gemeinden auch mehr potenzielle Themen für Bürgerbegehren, insofern mit der Einwohnerzahl ebenfalls die Aufgaben einer Kommune wachsen.

³¹ *Nicht* näher betrachtet werden Verfahren, die durch Unternehmen im Eigentum des Bundes (z.B. Deutsche Bahn) oder durch öffentlich finanzierte Organisationen wie Hochschulen oder Museen durchgeführt werden.

³² *Nicht* erfasst werden damit z.B. Verfahren oder Projekte wie „BePart – Teilhabe beginnt vor Ort“, mit denen die Beteiligung von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in Mitwirkungsstrukturen ausgebaut werden soll (Projektförderung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und die Bundeszentrale für politische Bildung); das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI, das Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in ländlichen oder strukturschwachen Regionen fördert; oder die Unterstützungsangebote des BMZ für bürgerschaftliches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit.

Politikentwicklung haben.³³ Bei den im Folgenden betrachteten Prozessen geht es explizit um Verfahren, deren Adressat*innen Bürger*innen bzw. die allgemeine Öffentlichkeit sind. Dialogverfahren mit Verbänden/ Stakeholdern oder Expert*innen werden nur dann berücksichtigt, wenn sie auch nicht-institutionell organisierte Bürger*innen (in relevantem Umfang) einbinden. Unser Fokus liegt auf informellen, d.h. gesetzlich nicht vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren³⁴, ergänzt um einige „innovative“ formelle Verfahren.

Die **Dokumentation** von formellen Beteiligungsprozessen erfolgt seit kurzem zumindest im Bereich von Infrastrukturvorhaben, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterliegen, durch einen Monitoring-Bericht (Zschiesche und Pauleweit 2021). Dieser berichtet allerdings von einer mangelhaften Datengrundlage und nutzt daher Hochrechnungen. Bei informellen Verfahren existiert kein entsprechendes Monitoring. Die informellen Verfahren werden unterschiedlich gut dokumentiert: Während jüngere Verfahren in der Regel auf den Internet-Seiten von Behörden geschildert werden, gilt dies nicht für Verfahren, die bereits einige Jahre zurückliegen. Zu diesen existieren teilweise veröffentlichte Berichte bzw. (Selbst-)Evaluationen (z.B. BfS 2017; Niederberger und Dreijack 2018); manche bundesweiten Beteiligungsverfahren werden auch als Beispiele in Überblickspublikationen oder Leitfäden erwähnt (u.a. in IFOK und FÖV 2019; Nanz und Fritsche 2012; verschiedene Ausgaben des Kursbuchs Bürgerbeteiligung und des Jahrbuchs für direkte Demokratie). Einen Überblick über die gesamte Vielfalt von Bürgerbeteiligungsverfahren in unterschiedlichen Politikfeldern oder eine empirische Analyse von nationalen Beteiligungs-Trends existieren unseres Wissens jedoch bislang nicht. Zumindest einige der für diese Auswertung relevanten nationalen Verfahren werden von der OECD (2020) erfasst. Das Kanzleramt hat sich in den Jahren 2019 und 2020 einen Überblick verschafft über Beispiele der frühen Beteiligung Betroffener bei Regelungen und politischen Initiativen der Bundesministerien (Bundesregierung 2018, Ziff. I.1.6)³⁵. Eine Website der Bundesregierung zu „Beteiligung auf Bundesebene“ gibt einen Überblick über die frühen Beteiligungen der Ressorts.³⁶

Methodisch haben wir die folgende Trendanalyse einerseits „top down“ angelegt (d.h. Auswertung der wenigen einschlägigen Überblicksliteratur, u.a. OECD 2020). Vor allem haben wir jedoch „bottom up“ über Internetquellen und ein literaturbasiertes Schneeballverfahren eine eigene Übersicht konkreter Verfahren angelegt (s. Kap. 6.1). Diese haben wir auf beobachtbare Trends hin ausgewertet und in drei unterstützenden „Helikopter-Interviews“ (d.h. Interviews mit Fachleuten, die in ihrem Feld einen breiten Überblick haben; vgl. Hajer 2006, S. 73) mit Expert*innen aus der Bundesverwaltung (Kanzleramt, Bundesumweltministerium) und einem umsetzenden Dialogveranstalter ‚triangulieren‘ lassen. Dabei ging es uns darum, einen Eindruck zu den Initiator*innen, zur Anzahl durchgeführter

³³ Datenerhebungen und Umfragen werden dann erfasst, wenn sie Politikentwicklung vorbereiten und es explizit um die Einholung von Meinungen und Reaktionen geht (z.B. die Lebenslagenbefragung des Bundesamts für Statistik).

³⁴ Nicht betrachtet werden daher beispielsweise Verfahren wie die „Plattform Energienetze“ des Bundeswirtschaftsministeriums (Zusammenarbeit mit Netzbetreibern, Bundes- und Länderinstitutionen sowie Verbänden), die „Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (Zusammenarbeit v.a. mit Expert*innen und Stakeholder*innen, aber nicht systematisch mit Bürger*innen) oder das Planspiel zur Städtebaurechtsnovelle (Verwaltungsplanspiel, an dem sechs Kommunen teilnahmen).

³⁵ Siehe dort: „(...) Die Bundesregierung wertet die Erfahrungen mit den unterschiedlichen Ansätzen der Beteiligung Betroffener in der Frühphase von Politik- und Regelungsinitiativen aus. Ziel ist es, Beispiele guter Praxis für eine frühzeitige Zusammenarbeit mit Betroffenen zu identifizieren, die der Wirksamkeit und Akzeptanz der Vorhaben dient. Auf Grundlage guter Praxis können für geeignete Fälle gemeinsame Standards für die Bundesregierung entwickelt werden.“

³⁶ <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzgebungsverfahren-beteiligung>>.

Beteiligungsverfahren, adressierten Themen, konkreten Beteiligungsformaten und Beteiligten zu gewinnen.

3.2.2.1 Initiator*innen von Beteiligungsverfahren

Unter Initiator*innen verstehen wir diejenigen staatlichen Einrichtungen, in deren Namen und unter deren Mandat ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt wird. In der Regel vergeben diese Einrichtungen Aufträge an Durchführungsorganisationen (Dialog-Agenturen o.ä.) zur organisatorischen Umsetzung; diese sind hier jedoch nicht von Interesse.

Die **Initiator*innen formeller Beteiligungsverfahren** auf Bundesebene umfassen Planungs- und Zulassungsbehörden wie das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (z.B. im Kontext der Bundesverkehrswegeplanung), das Bundesinnenministerium (z.B. im Kontext der Erstellung des Raumordnungsplans für den Hochwasserschutz), die Bundesnetzagentur (z.B. bei der Bedarfsermittlung für die Stromübertragungsnetze), das Eisenbahn-Bundesamt (z.B. bei Planfeststellungen von Schienenwegen) oder das Fernstraßen-Bundesamt (bei der Zulassung von Autobahnen).

Zu den **Initiator*innen von informellen Beteiligungsverfahren** gehören auf Bundesebene (vgl. Anhang Kapitel 6.1):

- Bundestag
- Bundespräsident
- Bundeskanzleramt
- Bundesministerien (in großem Umfang z.B. das Bundesumweltministerium)
- nachgeordnete Bundesbehörden (z.B. Bundesamt für Risikokommunikation)

Neben Beteiligungsverfahren, die Ministerien direkt für Politikentwicklung und -vorbereitung selbst initiieren, schreiben einige der Ministerien (neben BMBF z.B. BMWi, BMU, BMVJ) Forschungs- und Entwicklungsprojekte aus, in denen partizipative Verfahren (z.B. Reallabore) erforderlich sind.

Bei den genannten Initiatoren wurde die Durchführung informeller Bürgerbeteiligung in den vergangenen Jahren stärker **institutionalisiert**. So verfügen inzwischen einzelne Bundesbehörden über Referate (z.B. Bundesumweltministerium) oder zumindest Ansprechpersonen für Beteiligungsverfahren, teils auch über signifikante Haushaltsmittel für die Durchführung von Öffentlichkeitsbeteiligungen.³⁷ Von diesen wurden teils hauseigene Leitlinien oder Handbücher für Beteiligungsprozesse entwickelt (z.B. BMVI 2014; IFOK und FÖV 2019; IJAB 2020 für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Das Bundesumweltministerium zeichnet im Rahmen eines jährlichen Wettbewerbs mit dem Titel „Ausgezeichnet! Wettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung“ Bürgerbeteiligungsprozesse aus. Diese können von der Verwaltung, öffentlichen Unternehmen oder von Bürger*innen vorangetrieben worden sein. Mit dem Wettbewerb sollen die Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung vorangetrieben und vorbildliche (insbesondere verstetigte) Bürgerbeteiligung sichtbar gemacht werden.³⁸ Das Kanzleramt koordiniert die Ansprechpersonen für Beteiligung aus den unterschiedlichen Ministerien und bereitet Informationen

³⁷ Beim BMU wurden in den vergangenen Jahren regelmäßig rund 1 Mio. Euro dafür eingestellt.

³⁸ Bewertungskriterien sind dabei Ziel- und Rahmensetzung, Prozessdesign, Prozessqualität, der Umgang mit den Ergebnissen und die Verstetigung (vgl. <https://www.bmu.de/vorbildliche-buergerbeteiligung/die-bewertungskriterien/>). Über die Gewinner-Auswahl entscheidet eine interdisziplinäre Jury, die sich aus Expertinnen und Experten, Bürgerinnen und Bürgern sowie Patinnen und Paten aus den Gewinner-Projekten des vorigen Wettbewerbs zusammensetzt (<https://www.bmu.de/vorbildliche-buergerbeteiligung/auswahl-der-preistraegerinnen-und-preistraeger/>).

zu jüngeren Beteiligungsverfahren zentral auf seiner Website auf.³⁹ Im Kanzleramt ist auch der partizipativ angelegte Prozess der Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verortet. Außerdem unterstützt innerhalb des Kanzleramts eine 2015 einberufene Projektgruppe mit dem Namen „wirksam regieren“ Bundesministerien, Länder und nachgeordnete Behörden dabei, „bürgerzentrierte Lösungen zu entwickeln und politische Vorhaben erfolgreich umzusetzen. Dazu werden Bürger*innen bei der Entwicklung und Erprobung politischer Vorhaben direkt einbezogen“⁴⁰ oder im Rahmen repräsentativer Umfragen zu ihren Erfahrungen mit der Qualität von Recht und Verwaltung in unterschiedlichen Lebenslagen befragt (siehe die „Lebenslagenbefragungen“⁴¹ durch das Statistische Bundesamt aus den Jahren 2021, 2019, 2017 und 2015). Hintergrund ist ein Arbeitsauftrag, den sich die Regierung im „Arbeitsprogramm Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau“ (2018) gesetzt hat:

Um Praxistauglichkeit und Wirksamkeit von Regelungsalternativen besser einschätzen zu können, wird die Bundesregierung diese in geeigneten Fällen mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen sowie den beteiligten Behörden oder Trägern von Selbstverwaltungsaufgaben praktisch erproben (zum Beispiel durch Planspiele, Simulationen oder Modellversuche) (Bundesregierung 2018, Ziff. I.1.7).

Ein weiterer entsprechender Arbeitsauftrag betrifft den Aufbau einer Beteiligungsplattform für alle veröffentlichten Gesetzentwürfe der Bundesregierung, die der transparenten Beteiligung von Bürger*innen und Verbänden dienen soll (Bundesregierung 2018, Ziff. I.1.11).⁴² Bei diesen letzteren Aktivitäten handelt es sich um eine Schnittstelle zwischen Bürgerbeteiligung und besserer Rechtssetzung (vgl. Ollig 2021).

3.2.2.2 Zahl der Beteiligungsverfahren

Mengenmäßig ist die Zahl der Beteiligungsprozesse auf nationaler Ebene deutlich geringer als die auf lokaler (oder auch Landes-) Ebene initiierten Prozesse (vgl. hierzu Kap. 3.2.2). Auf niedrigem Niveau lässt sich steigende Anzahl informeller Beteiligungsverfahren auf Bundesebene beobachten.

Grundsätzlich gilt: Während **informelle** Verfahren in ganz unterschiedlichen Kontexten zu beliebigen Prozessen („freiwillig“) durchgeführt werden können, hängt die Zahl von potenziell durchgeführten Verfahren bei den **formellen** Verfahren der Bürger- bzw. Öffentlichkeitsbeteiligung zunächst mit der Zahl derjenigen Verfahrenstypen zusammen, für die rechtlichen Vorgaben formelle Öffentlichkeitsbeteiligung erfordern. Solche Vorgaben zur Beteiligung von Öffentlichkeit findet sich auf Bundesebene nur in einer relativ geringen Anzahl von Verfahrenstypen – die meisten relevanten Verfahren sind auf Länder- oder kommunaler Ebene angesiedelt. Auf Bundesebene existieren entsprechende Vorgaben für die Planung und Zulassung bundesrelevanter Infrastrukturen (z.B. Höchstspannungsleitungen, Bahnstrecken, Pipelines durch Ost- oder Nordsee etc.) und Anlagen (z.B. Offshore-Windparks) sowie in so genannten „vorgelagerten Verfahren“. Unter den vorgelagerten Verfahren findet Öffentlichkeitsbeteiligung beispielsweise in der Bundesverkehrswegeplanung statt; im Bereich der Raumplanung bei der Erstellung der Raumordnungspläne für die ausschließlichen Wirtschaftszonen in der Nord- und Ostsee; in der energiewirtschaftlichen Bedarfsplanung bei der

³⁹ <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzgebungsverfahren-beteiligung>>.

⁴⁰ <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/wirksam-regieren>>. Nicht alle von der Projektgruppe durchgeführten Studien sind für diese Analyse relevant, denn nicht alle beziehen sich auf die Entwicklung politischer Vorhaben. Teilweise geht es um wirksamere Implementation und zielgruppenspezifischere Information (z.B. im Rahmen der Studien „Gemeinsam für Infektionsprävention“, „Elterngeld digital“, „Schutz von Online-Konten“).

⁴¹ <https://www.amtlich-einfach.de/DE/Home/home_node.html>.

⁴² <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben>>.

Erstellung des Netzentwicklungsplans; sowie bei der Festlegung von Standortregionen für ein Atommüll-Endlager.

Trends:

Eine genaue Zahl und Daten zur zahlenmäßigen Entwicklung der seit dem Jahr 2000 von Bundesbehörden durchgeführten formellen und informellen Verfahren zur Bürgerbeteiligung ist nicht verfügbar.

Bei umweltrelevanten Verfahren mit **formeller Öffentlichkeitsbeteiligung** haben unterschiedliche Gesetzesänderungen seit den 1990er Jahren (sog. „Beschleunigungsgesetzgebung“⁴³) die Öffentlichkeitsbeteiligung eingeschränkt. In der Folge ging beispielsweise der Anteil von Verfahren im Immissionsschutz, die mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wurden, bis 2010 leicht zurück (Zschesche 2015, für drei Bundesländer). Nach den Erfahrungen mit den Schwächen formeller Öffentlichkeitsbeteiligung im Kontext des Stuttgarter Bahnhofsumbaus („Stuttgart 21“) wurde Öffentlichkeitsbeteiligung nach 2010 auf Bundes-⁴⁴ (wie auch Länder-⁴⁵) Ebene teils wieder gestärkt. Was die Anzahl förmlicher Beteiligungsverfahren betrifft, so konstatieren Zschesche und Pauleweit (2021) im ersten Monitoringreport „Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturprojekten in der Bundesrepublik Deutschland“ zur Datenlage in diesem Feld der formellen Beteiligung:

Wir wissen [...] nicht exakt, in welchen Infrastrukturbereichen sich die Bürger*innen und Umweltverbände überhaupt beteiligen können. Und auch nicht, in welchen Verfahren sie sich letztlich einmischen. [...] In Deutschland fehlen also verlässliche Daten in Bezug auf die formelle Öffentlichkeitsbeteiligung bei umweltrelevanten Zulassungsverfahren (Zschesche und Pauleweit 2021: 5).

Auf Basis von Hochrechnungen schätzen die Autor*innen, dass jährlich ca. 2.000 Genehmigungs- und Zulassungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden. Allerdings ist nur ein sehr geringer Teil dieser Verfahren durch die *Bundesebene* initiiert. Unklar ist auch, wie sich diese Zahl seit dem Jahr 2000 entwickelt hat.

Bei den **informellen** Beteiligungsverfahren auf Bundesebene erfasste des Bundeskanzleramt 2019 rund 60 Beteiligungen Betroffener und 2020 rund 130 Beteiligungen. Hierin enthalten sind teilweise auch Verbändebeteiligungen, Beteiligungen von Expertinnen und Experten oder auch von Unternehmen.⁴⁶ Die von uns auf Basis einer Desktop-Analyse zusammengestellte Liste weist 56 Verfahren aus; sie ist jedoch sicherlich nicht vollständig. Die Liste ist im Anhang (Kap. 6.1) eingefügt. Erkennbar ist, dass die Anzahl in den letzten zehn und insbesondere in den letzten fünf Jahren deutlich gestiegen ist. Dabei sollte allerdings berücksichtigt werden, dass die jüngeren der erfassten Verfahren auch besser öffentlich (über Webseiten) dokumentiert sind, d.h. unter den älteren Verfahren vermutlich ein größerer Teil nicht erfasst ist.

⁴³ U.a. Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz 1991, Verkehrswegeplanungsvereinfachungsgesetz 1993, Planungsvereinfachungsgesetz 1993, Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz 1993, Investitionsmaßnahmegesetz, Genehmigungsbeschleunigungsgesetz 1996, Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben 2006, Gesetz zur Reduzierung und Beschleunigung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren 2007, Planungsvereinheitlichungsgesetz 2011, Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2011, Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich 2018, Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich 2020, Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz 2020, Planungssicherstellungsgesetz 2020.

⁴⁴ Z.B. Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren, 2013.

⁴⁵ Z.B. baden-württembergisches Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich, 2015.

⁴⁶ Interviewinformation.

Teils handelt es sich bei diesen informellen Verfahren um eigenständige Verfahren (z.B. Bürgerdialog zu einem politischen Strategieprozess); in geringem Umfang handelt es sich aber auch um informelle Elemente im Rahmen eines formalen Verfahrens (z.B. ergänzende, nicht gesetzlich vorgeschriebene Veranstaltungen im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung⁴⁷). Manche der Verfahren sind Fortsetzungen älterer Verfahren. Im Rahmen der Recherche fiel auf, dass zwischen 2000 und 2010 eine Reihe von Verfahren der partizipativen Technikfolgenabschätzung auf Bundesebene, aber nicht durch Bundesbehörden, durchgeführt wurde.⁴⁸ Da diese zumindest teilweise durch Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung finanziert wurden, können sie als Vorläufer der hier betrachteten informellen Verfahren von Bundesbehörden betrachtet werden.

Insgesamt lässt sich zudem der Trend beobachten, dass die Grenzen zwischen formeller (verpflichtender, gesetzlich geregelter) und informeller (freiwilliger) Beteiligung verschwimmen. Neben der zunehmenden Ergänzung formeller Verfahren durch informelle Verfahren (Richwien et al. 2012) wurden informelle Beteiligungsformen formalisiert. So wurde die freiwillige Öffentlichkeitsbeteiligung in einer frühen Planungsphase – wenn die Planung eines Vorhabens noch grundsätzlicher geändert werden kann – als sogenannte „frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“ im Verfahrensrecht verankert (z.B. § 25 Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz, §§ 12aff Energiewirtschaftsgesetz). Im Jahr 2015 veröffentlichte der Verein Deutscher Ingenieure einen Standard (VDI 7000), der sowohl private als auch öffentliche Vorhabenträger für eine bessere und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten unterstützen soll. Nicht zuletzt existieren inzwischen gesetzlich vorgeschriebene (also formelle) Verfahren, bei denen die Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten über die von herkömmlichen formellen Verfahren der Vorhabensplanung und -zulassung hinausgehen. Hierunter fällt das Nationale Begleitgremium (NBG), das im Kontext des Suchverfahrens für einen Standort zur Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe als neuer Typ von formellem Beteiligungsverfahren geschaffen wurde (§ 8 StandAG). Es geht über die rein informativ-konsultative Funktion hinaus, die formelle Verfahren bisher meist kennzeichnen. Beispielsweise wird den Mitgliedern ein Einsichtsrecht in Akten und Unterlagen des Standortauswahlverfahrens verschiedener Behörden und des Vorhabenträgers gewährt (§ 8 Abs. 2 StandAG). Zudem wurde ein Partizipationsbeauftragter geschaffen, der die Endlagersuche und das NBG in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung begleitet. Auch die Ausrichtung einer „Fachkonferenz Teilgebiete“ im Rahmen des Standortauswahlverfahrens war gesetzlich vorgeschrieben (Auftaktveranstaltung im Herbst 2020, drei Beratungstermine 2021). Die Teilnehmer*innen arbeiten eigenverantwortlich, d.h. die damit verbundenen Beteiligungsformate (zweitägige Onlineveranstaltungen) wurde nicht seitens einer Behörde, sondern durch eine Arbeitsgruppe aus Bürger*innen, Kommunalvertreter*innen, gesellschaftlichen Vertreter*innen und Wissenschaftler*innen ausgestaltet.⁴⁹

⁴⁷ <<https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/BVWP/bundesverkehrswegeplan-2030-oeffentlichkeitsbeteiligung.html>>; weitere Beispiele sind das „Dialogforum Schiene Nord“ und das „Dialogforum Hanau - Würzburg/Fulda“, welche die Deutsche Bahn zur Begleitung formeller Verfahren eingerichtet hat.

⁴⁸ U.a. Bürgerkonferenz „Streitfall Gendiagnostik“ (2001, Deutsches Hygiene-Museum, mit Förderung des BMBF), Bürgerkonferenz zur Stammzellenforschung (2004, Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, 2004), Bürgerkonferenz zur Hirnforschung (2005, Deutsches Hygiene-Museum, mit Förderung des BMBF); Bürgerkonferenz „Prioritätensetzung in der medizinischen Versorgung“ (2010, Universität Lübeck); Bürgerkonferenz „Verteilungsentscheidungen in der Gesundheitspolitik – Wer soll entscheiden, und wie?“ (2013, Universität Mainz).

⁴⁹ Ihr Auftrag bestand darin, eine Geschäftsordnung für die Fachkonferenz vorzubereiten, Arbeitsgruppen einzurichten, Vorschläge für die inhaltliche Strukturierung bzw. Programmwürfe für die drei Beratungstermine der Fachkonferenz zu erarbeiten.

3.2.2.3 *Inhaltlicher Fokus: Themen der Beteiligungsverfahren*

Das Spektrum von Themen, die für die Entstehung von „nachhaltigem Gemeinwohl“ relevant sein können, und die in staatlich initiierten Beteiligungsverfahren auf Bundesebene adressiert wurden, ist breit. Die meisten der im Rahmen dieser Recherche identifizierten Verfahren widmeten sich der Umweltpolitik (mit vielfältigen Unterthemen, u.a. der Entsorgung von Atommüll) und der Nachhaltigkeitspolitik (insgesamt 28 der von uns erfassten 53 Verfahren, wobei sich manche Formate mehr als einem Themenfeld zuordnen lassen⁵⁰). Eine zweite Gruppe von Themen (in jeweils 6-8 Verfahren behandelt) waren die Jugendpolitik, der Verbraucherschutz und die Demokratiep Politik. Etwas weniger Verfahren adressierten Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (5), Bildungspolitik (4), EU- und Außenpolitik (4), Forschungs- und Technikfolgenpolitik (3), Netzpolitik (2) oder Agrarpolitik (1).

Trends:

Eindeutige Thementrends sind hier nur schwer auszumachen. Auffällig ist allerdings, dass manche Themen, die sich unter dem Gesichtspunkt des nachhaltigen Gemeinwohls für Beteiligungsprozesse anbieten würden, unterrepräsentiert sind. Dazu zählen die Gesundheitspolitik (hier sind zumindest Schnittstellenthemen wie Bioethik und gesundheitlicher Verbraucherschutz abgedeckt) oder die Familienpolitik.

3.2.2.4 *Leistungsprofil/ Funktionen: Von Informieren bis Mitentscheiden lassen*

Es existiert eine Vielzahl von Systematiken zu den Funktionen, die ein spezifisches Beteiligungsverfahren erfüllen soll und mithin zum Grad von Mitbestimmung, den es den Beteiligten eröffnet. Gängige Modelle wie das der Beteiligungspyramide (z.B. Paust 2016), Beteiligungstreppe (z.B. Sturm 2013) oder Partizipationsleiter (z.B. Arnstein 1969) unterteilen die Beteiligungsfunktionen in informative, konsultative und kooperative Beteiligung; oder in Information, Anhörung, Dialog (offen), Mitsprache, Mitentscheidung und Entscheidung; oder aber in ein Kontinuum von Manipulation über Information, Beschwichtigung, Partnerschaft, Machtdelegation bis zur Bürger-Entscheidung. Die Anwendung dieser Systematiken erfordert jedoch eine vertiefte Kenntnis der Prozesse – denn wie grenzen sich beispielsweise „Mitsprache“ von „Mitentscheidung“ ab, und wie erkennt man, ob es um aufrichtige Information oder politische Beschwichtigung geht? Eine solche Tiefenkenntnis kann im Rahmen dieser Trendanalyse nicht erbracht werden.

Wir legen daher im Folgenden ein – punktuell ergänztes⁵¹ – Leistungsprofil zugrunde, mit dem Stiftung Mitarbeit und ÖGUT (2018) Bürgerbeteiligungsverfahren differenziert charakterisiert. Es liegt teilweise quer zu den oben genannten Kategorien und berücksichtigt, dass ein Verfahren mehr als eine Funktion erfüllen bzw. Leistung erbringen kann:

⁵⁰ In der Summe ergeben sich daher hier mehr als die empirisch identifizierten 51 Verfahren.

⁵¹ Ergänzt haben wir die Funktionen „Praktisch erproben“ und „(Mit-)Entscheiden lassen“ sowie die Konkretisierung, dass sich „gemeinsam planen und entwickeln“ auf die Entwicklung von Stellungnahmen und (Politik-) Empfehlungen beziehen kann.

Leistungsprofil	Form
Informieren	Informativ
Meinungen/ Reaktionen einholen	Konsultativ
Aktivieren und Diskussionen starten	
Gemeinsam planen und entwickeln (u.a. Stellungnahmen, Empfehlungen)	
Praktisch erproben (u.a. Planspiele, Anwendungen)	
Längerfristig zusammenarbeiten	
Konflikte bearbeiten	
Entscheidungen kontrollieren lassen	Kooperativ
(Mit-) Entscheiden lassen	

Abb. 35: Leistungsprofil informeller Beteiligung
Quelle: Stiftung Mitarbeit und ÖGUT (2018), ergänzt um eigene Punkte.

Der Grad der Mitbestimmung bzw. des Einflusses auf Ergebnisse eines politischen Prozesses steigt zwischen den gelisteten Funktionen tendenziell an – von „informativ“ über „konsultativ“ bis „kooperativ“. Allerdings kann diskutiert werden, ob „Information“ bereits überhaupt als eine Form der Beteiligung zu fassen ist. Zudem ist der beschriebene Anstieg nicht linear, da sich manche der Leistungen der Verfahren auch qualitativ unterscheiden. So ist „praktisch erproben“ nicht unbedingt in höherem Maße konsultativ als „gemeinsam planen und entwickeln“. Werden Bürger*innen mit Kontrollbefugnissen (z.B. Akteneinsichtsrecht, Rechenschaft) ausgestattet, so steigt ihr potenziellen Einfluss auf die Ergebnisse des politischen Prozesses. Am höchsten ist dieser Einfluss, wenn Bürger*innen eine Entscheidung (eigenständig oder gemeinsam mit Parlamentariern) treffen können; eine solcher ‚kooperative‘ Form der Bürgerbeteiligung ist bislang auf Bundesebene allerdings nicht vorgesehen.

Trends:

Eine klare Zuordnung, wie sich das Leistungsprofil von Bürgerbeteiligungsverfahren im Lauf der Zeit verändert hat, ist unseren Daten schwer zu entnehmen. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass viele der von uns erfassten Verfahren zwar *auch* einen informativen Charakter haben, „Informieren“ aber nicht ihr zentrales Ziel ist. Zumeist geht es eher um konsultative Einbindung – d.h. „Meinungen/ Reaktionen“ zu einem Thema, einem Programm, einer Strategie etc. einzuholen. Eine Vielzahl strebt auch das „Aktivieren und Starten von Diskussionen“ an. „Gemeinsam planen und entwickeln“, beispielsweise von Bewertungen, Plänen, Lösungsansätzen und Empfehlungen, ist weniger häufig das Verfahrensziel. Politikrelevante Dinge werden z.B. im Rahmen von Planspielen oder (Real-)„Laboren“ praktisch erprobt (z.B. „Mobilitätslabor 2020“, vgl. Kap. 6.1). „Längerfristige Zusammenarbeit“ mit Bürgerinnen und Bürgern (also nicht mit Stakeholdern oder Expert*innen), die über mehrere Jahre angelegt ist und so auch eine stärkere Vertrauensbasis schaffen kann, kommt auf Bundesebene nur selten vor; Ausnahmen finden sich im Themenfeld Endlagerung von Atommüll und Landwirtschaft.⁵² Eine Handvoll Verfahren dienen der „Bearbeitung von Konflikten“. Meist geht es dabei um Risikotechnologien – entweder im Kontext partizipativer Technikfolgenabschätzung (z.B. Nanotechnologie) oder im Kontext Atommüll-Lagerung. Bindende Beschlüsse werden in keinem der Verfahren angestrebt.

⁵² Im Bereich Endlagerung handelt es sich um das „Nationale Begleitgremium“ mit Expert*innen und Bürger*innen, im Bereich Landwirtschaft um das „Praktikernetzwerk“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums (Vgl. <https://www.nationales-begleitgremium.de/DE/WerWirSind/Gremium/gremium_node.html;jsessionid=BD4E6A483843D1A0EF44DD9E878B7DBD.intranet221> und <<https://www.bmel.de/DE/ministerium/organisation/praktikernetzwerk/praktikernetzwerk.html>>)

Das bereits oben erwähnte Nationale Begleitgremium (NBG) im Kontext der atomaren Endlagersuche unterscheidet sich von den meisten anderen Fällen insofern, als es die gesamte Liste von Funktionen umfasst. Dabei stehen u.a. Einflussmöglichkeiten zur Verfügung, die sonst kein anderes Beteiligungsverfahren aufweist: Unabhängig von den Wünschen des Bundesumweltministeriums, seiner nachgeordneten Behörden oder des Vorhabensträgers kann sich das Gremium „unabhängig und wissenschaftlich mit sämtlichen Fragestellungen das Standortauswahlverfahren betreffend befassen, die zuständigen Institutionen jederzeit befragen und Stellungnahmen abgeben. Es kann dem Deutschen Bundestag weitere Empfehlungen zum Standortauswahlverfahren geben“ (§ 8 Abs. 1 StandA). Darüber hinaus haben die NBG-Mitglieder Akteneinsichtsrecht in alle Unterlagen des Standortauswahlverfahrens des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, des Vorhabenträgers, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sowie der geologischen Dienste (§8 Abs. 3 StandA).

3.2.2.5 *Formate von Beteiligungsverfahren*

Im Folgenden werden einzelne, auf Bundesebene eingesetzte bzw. zum Einsatz auf Bundesebene diskutierte Formate der informellen Bürgerbeteiligung beschrieben. Die Bezeichnung der unterschiedlichen Formate („Bürgerdialoge“, „Bürgerforen“, „Bürgerräte“, „Bürgerpanel“ etc.) wird oft nicht einheitlich genutzt und klar voneinander abgegrenzt. So werden unter „Bürgerdialog“ beispielweise sowohl kurze (Online-)Formate bezeichnet, in denen sich selbst-selektierte oder durch intermediäre Organisationen ausgewählte Personengruppen mit Spitzenpolitiker*innen direkt zu politisch relevanten Themen austauschen können (z.B. Bürgerdialoge „Die Bundeskanzlerin im Gespräch“, „Hin.Gehört – Hubertus Heil im Dialog“), als auch mehrstufige längere Verfahren, in denen sich per Los ausgewählte Bürger*innen vertieft mit Fragestellungen befassen und Handlungsempfehlungen entwickeln (z.B. der vom Bundesumweltministerium 2015 durchgeführte „Bürgerdialog zum Klimaschutzplan 2050“).

Wir unterscheiden die Verfahrensformate daher im Folgenden nach Dauer, Anzahl und Rekrutierung von Teilnehmenden, Präsenz- vs. Online-Format sowie im Verfahren enthaltenen Prozessschritten.

- **Dauer:** Die Verfahren reichen von einmaligen, mehrstündigen Treffen bis hin zu mehrtägigen Veranstaltungen (en bloc oder über Wochen/ Monate gestreckt).
- **Anzahl der Teilnehmenden:** Wir finden Verfahren mit kleinen Gruppen à 10 oder 20 Personen, Veranstaltungen mit 100-200 Teilnehmenden, aber auch (z.B. Online-) Veranstaltungen mit rund 2.000 Menschen.
- **Art der Teilnehmenden-Rekrutierung:** Optionen sind allgemeine öffentliche Einladung (in der Folge: Selbstselektion), gezielte Ansprache über intermediäre Akteure wie Verbände und Zufallsauswahl (s. Bertelsmannstiftung und Allianz Vielfältige Demokratie 2017).
- **Präsenz- vs. Online-Format:** Beteiligungsverfahren können rein auf Präsenzveranstaltungen basieren, Online-Formate innerhalb des (oft mehrstufigen) Prozesses enthalten, oder ausschließlich aus Online-Beteiligungsmöglichkeiten bestehen (Online-Kommentierung, Online-Befragungen oder -Simulationen, Veranstaltungen per Video-Konferenz etc.).
- **Prozessschritte:** Zentral zur substanziellen Unterscheidung von Beteiligungsformaten sind die Prozessschritte, die die Verfahren umfassen. Diese hängen wiederum mit den o.g. Leistungsprofil von Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren bzw. der gewünschten Funktion zusammen (von Informieren über Reaktionen einholen und Aktivieren bis hin zu Anwendungen testen und Konflikte

bearbeiten). Dabei unterscheiden wir folgende Prozessschritte – die in Beteiligungsverfahren in unterschiedlichen Kombinationen enthalten sind:

- **Problemaufbereitung:** Den Teilnehmenden wird durch Expertinnen und Experten Wissen zum (Gemeinwohl-)Problem vermittelt, z.B. durch Vorträge, Anhörungen, Besichtigungen, Dokumente etc. (Bsp. Verbraucherkonferenz Nanotechnologie 2006). Expert*innen können dabei sowohl Vertreter*innen von Wissenschaft, als auch solche von Politik, Verwaltung, Verbänden oder betroffenen Gruppen umfassen. Die Inputs dienen dazu, den Informationsstand unter den Teilnehmenden zu erhöhen und auch anzugleichen. Ggf. entwickeln Teilnehmer*innen vertiefende Fragen, die sie in einer weiteren Runde nochmals an die Expert*innen zurückspielen (so bspw. bei Bürgerforen, vgl. Deutscher Bundestag 2009)
- **Problemdiskussion und -bewertung:** Die Teilnehmenden diskutieren Erkenntnisse zum gegebenen Problem, oft in moderierten Arbeitsgruppen. Darüber hinaus sind sie gefordert, eine Positionierung zum diskutierten Problem zu entwickeln. Dies ist z.B. in Formaten der partizipativen Technikfolgenbewertung zentral. Methodisch werden entsprechende Diskussionen meist zunächst in Kleingruppen geführt.
- **Entwicklung eigener Lösungsansätze und Empfehlungen:** Manche Beteiligungsprozesse befassen sich weniger mit Problemen an sich als mit Lösungsansätzen für diese. Die Teilnehmenden entwickeln Handlungsansätze und Empfehlungen an die Politik. Das Ergebnis kann von einer kurzen Liste von Empfehlungen bis hin zu einem umfangreichen Bürgergutachten reichen. Kommen keine konsensualen Empfehlungen zustande, werden in manchen Verfahren abweichende Voten einzelner Mitglieder(gruppen) ermöglicht.
- **Kommentierung bereits entwickelter Lösungsansätze:** Teilweise steht nicht die Entwicklung eigener, sondern die Kommentierung von an anderer Stelle entwickelter Politikvorschläge im Zentrum. Dabei kann es sich beispielsweise um Politikvorschläge handeln, die zuvor in Bürger-Workshops erarbeitet wurden und nun nochmal an einen breiteren Kreis von Personen vorgelegt werden; oder es geht um einen von den Behörden erstellten Entwurf. Eine schriftliche Kommentierung wird dabei i.d.R. über ein Online-Verfahren ermöglicht.
- **Erproben:** Manche Beteiligungsformate umfassen Phasen, in denen sich die Teilnehmenden im Rahmen von Fokusgruppen, Simulationen, Planspielen, Befragungen oder Testphasen etc. zu Politikvorschlägen und deren Wunsch- und Machbarkeit bzw. praktischen Ausgestaltung äußern. (Bsp. Studie „Nachhaltiger Konsum und Teilhabe“, Studie „Lebensdauerlabel für Elektroprodukte“)
- **Ergebnisübermittlung und -präsentation:** Teilnehmende stellen die Ergebnisse der Beteiligung (Empfehlungen, Gutachten) Akteuren aus Politik und Verwaltung, weiteren Stakeholdern oder der Öffentlichkeit vor (Bsp. Jugend-Audits).
- **Politischer Follow-up:** In manchen Prozessen berichten die politischen Adressaten der entwickelten Empfehlungen bzw. der Kommentierung von Empfehlungen, welche Empfehlungen im weiteren Prozess wie aufgegriffen wurden (Bsp. Jugenddialog zur COP 23 „Unser Klima! Unsere Zukunft!“).

Zur Ausgestaltung dieser Prozessschritte setzen die Veranstalter*innen eine Vielzahl von Methoden und Verfahrensdesigns sowie unterstützende (z.B. Abstimmungs-, Kommentierungs-) Tools ein (IFOK und FÖV 2019; BMVI 2014; Bertelsmann Stiftung et al. 2010). Die Methoden sind nicht standardisiert und oft nicht klar voneinander abgegrenzt. In der Regel werden für die Durchführung externe Dienstleister (d.h. professionelle Dialogagenturen) beauftragt.

Trends:

Nicht zu allen der oben aufgeführten Aspekte lassen sich klare Trends beobachten. So variiert die **Veranstaltungsdauer** vor allem nach der Funktion (Leistungsprofil) eines Beteiligungsprozesses und, wie oben ausgeführt, lassen sich anhand der von uns identifizierten Fälle hierzu keine eindeutigen Entwicklungen beobachten.

Dasselbe gilt in Bezug auf die **Anzahl von Teilnehmenden**. Hier kann lediglich festgestellt werden, dass digitale Formate, die (v.a. Corona-bedingt) seit 2020 verstärkt durchgeführt werden, eine größere Teilnehmendenzahl erlauben.

Im Hinblick auf die **Art der Teilnehmenden-Rekrutierung**: gilt, dass Bürgerinnen und Bürger schon früh mithilfe von geschichteten Zufallsstichproben (z.B. über Telefonbuch oder Melderegister ausgesuchter Gemeinden) in Beteiligungsverfahren rekrutiert wurden, die hinsichtlich soziodemographischer Kriterien möglichst repräsentativ sein sollen. Dieses Verfahren wurde in den vergangenen Jahren weiter verfeinert und breiter eingesetzt.⁵³ Auch bei bundesweiten Beteiligungsprozessen werden dabei Bürger*innen in der Regel innerhalb vorab ausgewählter bzw. ausgeloster Kommunen und Regionen ausgelost (z.B. Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“⁵⁴). Die Kosten eines solchen Verfahrens steigen, wenn weniger beteiligungs-affine Gruppen für die Stichprobe mehrfach nachrekrutiert werden müssen.⁵⁵ Eine Incentivierung – z.B. Kostenerstattung für Anreise – erfolgt eher selten und i.d.R. nur im Kontext von Präsenzveranstaltungen.⁵⁶

Eine gezielte Auswahl über intermediäre Organisationen erfolgt u.a. dann, wenn Verfahren zeitnah durchgeführt werden⁵⁷ (z.B. Bürgerdialoge mit der Kanzlerin zu Corona mit unterschiedlichen gesellschaftlichen bzw. Berufsgruppen).⁵⁸ Die jeweiligen Multiplikatoren-Organisationen hängen vom Thema der Beteiligung ab bzw. ggf. spezifischen Zielgruppen.

Es gibt und gab immer aber auch offene Beteiligungsprozesse. In dem Maße, in dem digitalen Veranstaltungen der Bürgerbeteiligung durchgeführt werden, wird zunehmend auf die Eigeninitiative der Bürger*innen gesetzt. Online-Beteiligungsformate erreichen oftmals nur Bürger*innen, die aus eigener Energie heraus Beteiligungsprozesse suchen und nutzen.

Was den Aspekt von **Präsenz- vs. Online-Format** betrifft, so ist ein Trend hin zur Kombination von Präsenzveranstaltungen und Online-Dialogformaten zu beobachten. Oft werden analoge Präsenzveranstaltungen parallel in verschiedenen Städten Deutschlands durchgeführt, ihre Teilnehmenden werden vorab per Zufallsauswahl bestimmt. Online-Formate sind oft offen für alle Interessent*innen und es können Teilnehmende aus der gesamten Bundesrepublik teilnehmen. Teilweise ist aber auch bei Online-Formaten der Teilnehmendenkreis beschränkt, zum Beispiel auf eine soziodemographisch geschichtete Zufallsauswahl von Bürger*innen, auf junge Erwachsene oder

⁵³ Interviewinformation.

⁵⁴ <<https://deutschlands-rolle.buergerrat.de/losverfahren/so-funktionierte-das-losverfahren/>>.

⁵⁵ Interviewinformation.

⁵⁶ Interviewinformation.

⁵⁷ Interviewinformation.

⁵⁸ Z.B. mit Familien: <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/buergerdialog-familien-1847108>>.

Bewohner*innen bestimmter Städte oder Regionen.⁵⁹ Die Anzahl von Online-Formaten hat im Lauf der letzten Jahre stark zugenommen, insbesondere unter den Bedingungen der Corona-Pandemie 2020/2021. Vorteil der Online-Dialoge ist, dass bestimmte Hürden für die Teilnahme von Bürger*innen sinken – Teilnahmeobergrenzen, die sich aus Veranstaltungsräumen ergeben, der Zeit- und ggf. Kostenaufwand für die Anreise etc.. Allerdings können Online-Veranstaltungen die Einbindung von digital weniger affinen Gruppen erschweren (dazu zählen u.a. ältere Menschen, Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss, Menschen aus kleineren Haushalten, kleineren Städten und Ostdeutschland, Nicht-Berufstätige und Frauen, vgl. Digital-Index, Initiative D21 2020). Sie eignen sich zudem für bestimmte Formen der Interaktion weniger gut (wie kreative Prozesse zur Entwicklung von Empfehlungen oder Maßnahmenvorschlägen).

In Bezug auf die oben ausgeführten **Prozessschritte** ist es, analog zu den mit einer Beteiligung verknüpften Funktionen (Leistungsprofil), schwierig, Trends zu identifizieren. Eher selten wird der Schritt der Problemaufbereitung eingesetzt, der beispielsweise Konsenskonferenzen prägt.⁶⁰ Allerdings wurden vollumfängliche Konsenskonferenzen mit Bürger*innen in Deutschland bisher nicht durch Bundesbehörden initiiert (eher durch Bildungseinrichtungen), es finden sich lediglich Elemente davon in einzelnen der erfassten bundesweiten Verfahren. Neu (und immer noch selten) sind dabei Elemente des Erprobens und des Follow-ups seitens der Politik. Teils dienen sie nicht primär dem Einholen von Meinungen der Bürger*innen, sondern der Erforschung ihrer Gewohnheiten und Praktiken, um Regularien möglichst wirksam ausgestalten zu können. Eine Ergebnisübermittlung und -präsentation durch die Teilnehmenden hingegen scheint sich bei größeren Verfahren, die der Entwicklung von Empfehlungen dienen, tendenziell durchzusetzen. Zu beobachten sind aber auch zunehmend Dialogveranstaltungen mit hochrangigen Politiker*innen (Kanzlerin, Bundespräsident, Bundesminister*innen), die aber eher werbenden bzw. vermittelnden Charakter haben als dass sie tatsächlich auf eine systematische Aufnahme von Bürger*innen-Meinungen in der Politikentwicklung abzielen.

3.2.2.6 Akteure: Wer beteiligt sich?

Wie oben beschrieben (Kap. 3.2.1.3) wird ein Teil der informellen Beteiligungsverfahren mit geschichteten Zufallsstichproben von Bürger*innen durchgeführt. Ziel ist dann, die Personen, die zum Verfahren eingeladen werden, im Hinblick auf soziodemographische Merkmale so auszusuchen, dass sie den Durchschnitt der bundesrepublikanischen Bevölkerung widerspiegeln. Dies bezieht sich u.a. auf die Akteursmerkmale Geschlecht, Alter, Tätigkeitsbereich, Bildung, Haushaltskonstellation (z.B. Familien), geographische Kriterien (z.B. Ost-/Westdeutschland) und Migrationserfahrung.

Von den eingeladenen Personen nimmt tendenziell jedoch eine größere Anzahl an beteiligungsaffinen Gruppen teil: Männer, höhere Bildungsabschlüsse und Einkommen, höhere Altersgruppen, kein Migrationshintergrund.⁶¹ Teilweise wird versucht, diese Verzerrungen durch Nachrekrutierung auszugleichen; ein vollumfänglicher Ausgleich scheitert aber oft am hohen Kostenaufwand.

Bei Verfahren, zu denen öffentlich allgemein eingeladen wird, existieren keine Daten zu den Akteursmerkmalen der Beteiligten. Es kann davon ausgegangen werden, dass hier die üblichen soziodemographischen Verzerrungen vorherrschen (also überproportional viele Männer, Personen mit

⁵⁹ Letzteres ist beispielsweise beim „Mobilitätslabor 2020“ (BMU; vgl. Kap. 6.1) der Fall, dessen beide Bürgerforen zunächst als Präsenzveranstaltung im Landkreis Osnabrück und in Dortmund geplant waren. Diese wurden wegen der Einschränkungen durch Corona schließlich als Online-Veranstaltungen ausgerichtet.

⁶⁰ Bei Konsenskonferenzen werden Perspektiven informierter Laien in die Beurteilung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen einbezogen, <<https://www.bipar.de/konsenskonferenz/>>.

⁶¹ Interviewinformation; vgl. auch Fischer et al. (2021).

höheren Bildungsabschlüssen etc., s.o.). Zu den Motiven der Akteure, an den Beteiligungsverfahren teilzunehmen, liegen keine übergreifenden Daten vor.

3.2.3 Kommunale Beteiligungsprozesse (mit Fokus auf informelle Beteiligung)

Der folgenden Analyse von Trends im Bereich informeller Beteiligung auf kommunaler Ebene liegen eigens erhobene Daten zugrunde, die Aussagen über Trendentwicklungen in Kommunen NRW erlauben. Dazu wurden

1. 46 Computer-gestützte, strukturierte Telefoninterviews mit Ansprechpartner*innen aus den Kommunalverwaltungen von 46 per Zufall ausgewählten Kommunen und
2. eine teilautomatisierte Auswertung der Kommunalwebsites von 42 zufällig ausgewählten Städten und Gemeinden in NRW mithilfe eines sog. „Webcrawler-Frameworks“ durchgeführt.⁶²

Diese Daten geben Auskunft über informelle, dialogorientierte Beteiligungsverfahren, die einzelne Bürger*innen (und nicht nur organisierte Zivilgesellschaft) involvieren, durch Kommunalverwaltungen initiiert sind⁶³ und schwerpunktmäßig analog (d.h. nicht rein online-basiert) stattfinden. Aufgrund der Ähnlichkeit des Forschungsdesigns inklusive der digital gestützten Erhebungsmethoden lassen sich außerdem Vergleiche mit der von Remer (2020) durchgeführten Studie ziehen, die eine umfassende Erhebung informeller Beteiligung auf kommunaler Ebene für Baden-Württemberg darstellt.

Die Beschränkung der Datenerhebung zu informellen Beteiligungsverfahren auf die Kommunen eines einzelnen Bundeslandes ist in Anlehnung an Remer (2020) methodisch dadurch begründet, dass so eine Reihe von Kontextfaktoren konstant gehalten werden kann. Dies betrifft etwa die rechtlichen Rahmenbedingungen, v.a. die Gemeindeordnung, den Zeitpunkt der Kommunalwahlen und vergleichbare Strukturen, was die Gemeinde als Siedlung und Zusammenschluss von Siedlungen betrifft (Remer 2020). Das Land NRW wurde hierbei v.a. mit Blick auf seine in der Praxis vielfach zugeschriebene Vorreiterrolle im Bereich der Beteiligung ausgewählt. Sollte in diesem Fall eine Herstellung der erwarteten Bedingungen einer Gemeinwohlproduktion durch Beteiligung (z.B. Inklusivität und Perspektivwechsel der Beteiligten) nicht erreicht werden können, ist umso mehr Skepsis hinsichtlich anderer Beteiligungsverfahren angebracht. Gleichzeitig eignet sich die breit angelegte Untersuchung von Trends der informellen Bürgerbeteiligung in NRW in besonderer Weise für die Einordnung der geplanten Fallstudie zu dieser Beteiligungsform, die die Durchführung eines informellen, dialogorientierten Beteiligungsformats in Zusammenarbeit mit der Stadt Münster vorsieht.

Trotz dieser Fokussierung nimmt die vergleichende Untersuchung zufällig ausgewählter Kommunen in NRW und Baden-Württemberg auf ihre Beteiligungspraxis hin Rücksicht auf strukturelle Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen, die Einfluss darauf nehmen können, auf welche Art und in welchem Umfang informelle Beteiligung stattfindet. Die Analyse der mittels des Webcrawler-Frameworks für NRW erhobenen Daten unterscheidet deshalb (nach Einwohnerzahl) zwischen Klein-, Mittel- und Großstädten. Remer (2020) hat darüber hinaus Regressionen durchgeführt und mithilfe dieser

⁶² Eine ausführliche Darstellung des methodischen Vorgehens mit Blick auf die durchgeführten Telefoninterviews und das entwickelte „Webcrawler-Framework“ sind im Anhang zu finden.

⁶³ Hier besteht ein Unterschied zu der Studie von Remer (2020), die als Vergleichsstudie herangezogen werden soll. Remer (2020) bezieht in seine Untersuchung nicht nur von Kommunalverwaltungen initiierte Verfahren informeller Beteiligung ein, sondern auch Verfahren, die durch andere Akteure, etwa Parteien oder Vereine initiiert sind. Von Kommunalverwaltungen initiierte Verfahren machen dort aber knapp zwei Drittel aller Verfahren aus (s.o. Kap. 1.1.1.1).

folgende strukturelle Faktoren identifiziert, die die Beteiligungspraxis in Kommunen in Baden-Württemberg beeinflussen:

- Den mit Blick auf strukturelle Faktoren stärksten Effekt haben nach Remer (2020) personelle Kapazitäten der Kommunalverwaltung. Je größer diese sind, desto höher ist die Zahl der Beteiligungsereignisse. Ein Einfluss auf die Intensität der Beteiligung (d.h. den Grad der Dialogorientierung der Beteiligung von wenig bis stark dialogorientiert) zeige sich jedoch nicht (Remer 2020).
- Nur etwa halb so stark wirken zwei weitere strukturelle Faktoren: Zum einen steigt die Anzahl der Beteiligungsereignisse mit der flächenmäßigen Größe der Kommune. Allerdings ist die Anzahl der Beteiligungsereignisse pro 1000 Einwohner geringer in großen, verdichteten Ballungszentren, d.h. bereinigt um die Bevölkerungsgröße finden besonders viele Beteiligungsereignisse in ländlichen Kommunen statt. Remer vermutet hinter diesem Zusammenhang einen Sättigungseffekt, der durch den Aufwand der Durchführung von Beteiligungsereignissen eintreten könnte (Remer 2020). Mit zunehmender Zahl an Beteiligungsverfahren in einer Kommune sinkt demnach die Wahrscheinlichkeit für die Initiierung weiterer bzw. neuer Beteiligungsverfahren. Zum anderen zeigt Remer (2020), dass mit der Zahl der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppen die Zahl und Intensität informeller Beteiligungsereignisse steigt.
- Keine Hinweise zeigen sich dafür, dass sozialökonomische Faktoren die Beteiligungspraxis verzerren. Die Annahme, dass Kommunen eine ausgeprägtere Beteiligungspraxis haben, in denen Bürger*innen über höhere Bildungsabschlüsse und größeren Wohlstand verfügen, habe sich nicht bestätigt (Remer 2020).

3.2.3.1 Trendentwicklungen mit Blick auf die Zahl der Beteiligungsverfahren

Der Überblick zu Trendentwicklungen im Bereich der Beteiligung hat bereits gezeigt, dass es im Verlauf der letzten Jahre eine Zunahme an Verfahren informeller Beteiligung⁶⁴ gegeben hat. Ein signifikanter Anstieg zeigt sich insbesondere im letzten Jahrzehnt – ein Trend, der sich trotz einiger Auf- und Abwärtsbewegungen verstetigt hat.

Diese Zunahme betrifft in NRW sowohl Groß- als auch Klein- und Mittelstädte (vgl. Abb. 36). Im Jahr 2019, dem Jahr im Untersuchungszeitraum zwischen 1990 und 2020 mit den meisten informellen Beteiligungsverfahren, konnten mithilfe des Webcrawler-Frameworks 59 Verfahren für 4 Großstädte, 27 Verfahren für 12 Mittelstädte und 27 Verfahren für 26 Kleinstädte in NRW identifiziert werden. Eine schiefe Verteilung der Zahl der Beteiligungsverfahren bzw. -ereignisse⁶⁵ weist ebenfalls die Studie für Baden-Württemberg auf. Remer (2020) verweist dabei auf die Existenz sehr vieler kleiner Kommunen in Baden-Württemberg, in denen auch wenig Beteiligungsverfahren stattfinden. Deutlich wird die Trendentwicklung hin zu mehr informeller Beteiligung auch bei einem Blick auf die durchschnittliche Verfahrenszahl der in der eigenen digitalen Erhebung betrachteten Kommunen im Zeitverlauf:

⁶⁴ Das einzelne „Beteiligungsverfahren“ stellt im Rahmen des Webcrawler-Frameworks die zentrale Untersuchungseinheit dar. Gezählt wurde für jedes Jahr, zu welchen Themen, Problemen oder Projekten Beteiligungsverfahren stattgefunden haben. Ein Beteiligungsverfahren widmet sich also einem bestimmten Thema oder Problem und kann aus mehreren Treffen oder Sitzungen stehen.

⁶⁵ Untersuchungseinheit in der Baden-Württemberg-Studie ist das einzelne Beteiligungsereignis, d.h. die einzelne Beteiligungsveranstaltung (oder analog zu Fußnote 57: das einzelne Treffen) (Remer 2020).

Während durchschnittlich in einer Kommune in NRW im Jahr 2000 nur 0,19 informelle Verfahren stattgefunden haben, waren es im Jahr 2010 bereits 0,36 und 2019 2,69 Verfahren.⁶⁶

Die durchschnittliche Verfahrenszahl im Zeitverlauf und die signifikante Zahl an Kommunen, in denen bisher keine informellen Beteiligungsverfahren stattgefunden haben, deuten darauf hin, dass informelle Beteiligung selbst und auch der Trend, dieses Format mehr und mehr zu nutzen, noch relativ jung ist. Für die 42 untersuchten Kommunen in NRW ergibt sich ein Anteil von 11,2%, in denen bisher keine informelle Beteiligung stattgefunden hat. In der Baden-Württemberg-Studie ist dieser Anteil mit 30,08% deutlich höher: In 250 von 831 untersuchten Baden-Württembergischen Kommunen wurden keine informellen Beteiligungsereignisse identifiziert (Remer 2020). Auffällig ist auch, dass für die 26 untersuchten Kleinstädte NRWs informelle Beteiligungsverfahren erst ab dem Jahr 2002 gefunden werden konnten, in den untersuchten Mittelstädten aber schon ab 1991, in den Großstädten ab 1997.

Die durchgeführten Telefoninterviews stützen die geschilderten Ergebnisse der teilautomatisierten Erhebungen für NRW und Baden-Württemberg zur Entwicklung der Verfahrenszahlen: 54,5% der befragten Mitarbeiter*innen aus 46 Kommunen NRWs beschreiben eine Zunahme der Zahl informeller Beteiligungsverfahren im Verlauf der letzten 10 Jahre, 34,1% berichten von einer stabilen, 9,1% von einer schwankenden Verfahrenszahl; keine der befragten Personen gibt an, dass die Verfahrenszahl gesunken ist. Darüber hinaus haben 36% der Befragten angegeben, dass auch die Dauer der Beteiligungsverfahren tendenziell zugenommen hat. Eine kommunale Strategie oder Leitlinie zu informeller Beteiligung ist dagegen bisher in nur 17,4% der befragten Kommunen verankert. In zwei der in den Telefoninterviews befragten 46 Kommunen hat bisher keine informelle Beteiligung stattgefunden.

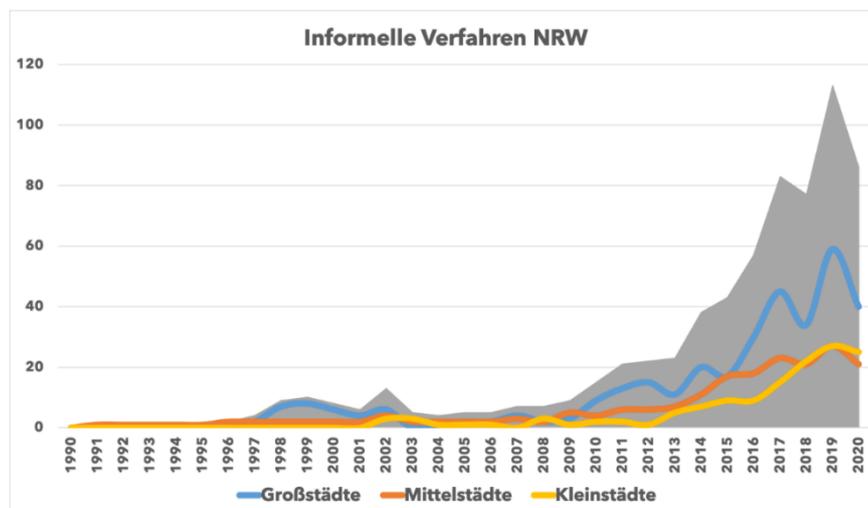


Abb. 36: Zahl kommunaler, informeller Beteiligungsverfahren in NRW im Zeitverlauf (eigene Darstellung auf Grundlage des Webcrawler-Frameworks)

Die drei meistbestätigten Gründe für Zunahme der Verfahrenszahl in den Telefoninterviews sind (mit einer Zustimmung von je 90% und mehr der Befragten) ein stärkeres Bewusstsein für die möglichen positiven Beiträge von Bürger*innenbeteiligung innerhalb der Kommune und positive Erfahrungen mit Bürger*innenbeteiligung sowie die Anpassung an einen gesamtgesellschaftlichen Trend. Eine wesentliche Rolle für den Anstoß von Beteiligungsprozessen spielt neben dem Ziel, die demokratische Mitwirkung von Bürger*innen zu fördern und der Existenz von Förderprogrammen und externen Richtlinien seitens der Kommunalverwaltungen v.a. das Ziel, die Akzeptanz politischer Maßnahmen in

⁶⁶ Mit Blick auf die angegebenen Häufigkeiten ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Zuge der Digitalisierung informelle Beteiligungsverfahren heute ggf. auch häufiger auf Kommunalwebsites nachgehalten werden als vor 20 Jahren. Dies könnte einen Effekt auf die Verteilung der online identifizierten Verfahren im Zeitverlauf haben.

der Bürger*innenschaft zu erhöhen (90% Zustimmung unter den Befragten). Eine entsprechend große Rolle spielen die genannten Gründe für den Anstoß von Beteiligungsprozessen auch bei der Zielsetzung informeller Beteiligungsverfahren, die meist durch die Kommunalverwaltungen selbst vorgenommen wird (75% der in den Telefoninterviews befragten Personen bejahen dies als gängige Praxis).⁶⁷

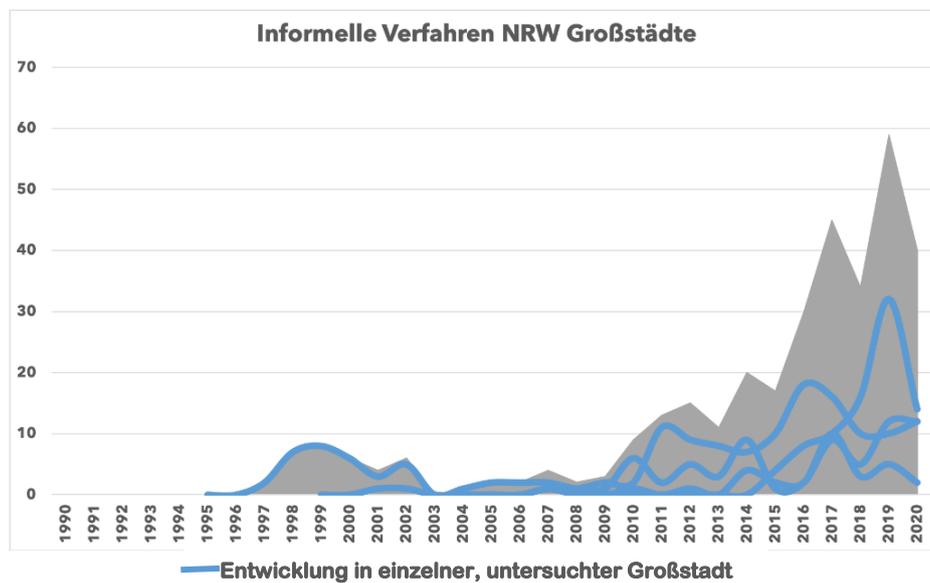


Abb. 37: Zahl informeller Beteiligungsverfahren in Großstädten NRW im Zeitverlauf (eigene Darstellung auf Grundlage des Webcrawler-Frameworks)

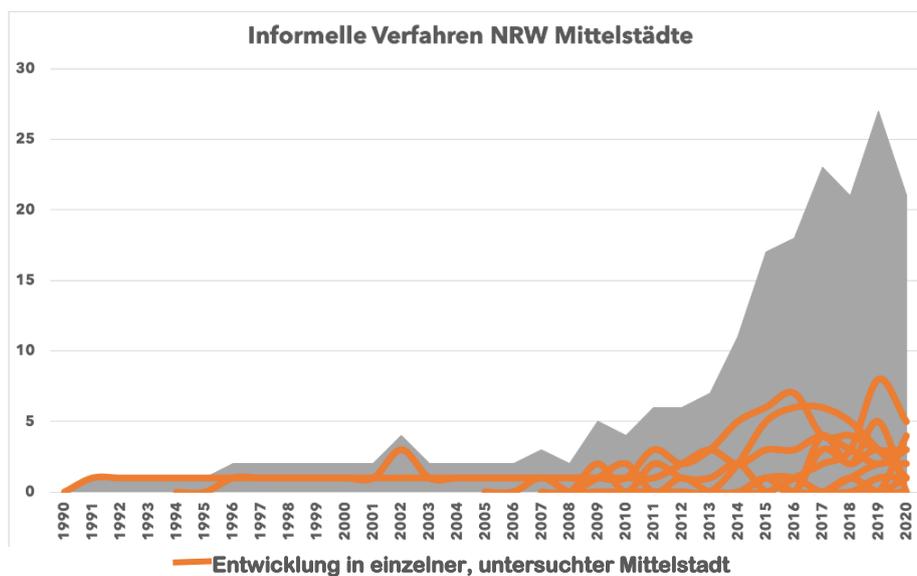


Abb. 38: Zahl informeller Beteiligungsverfahren in Mittelstädten NRW im Zeitverlauf (eigene Darstellung auf Grundlage des Webcrawler-Frameworks)

⁶⁷ Die Förderung von Transparenz und demokratischer Legitimation politischer Maßnahmen wurde von den befragten Verwaltungsmitarbeitenden aller 44 Kommunen, in denen bereits informelle Beteiligung stattgefunden hat, als Ziel informeller Beteiligung bestätigt. Fast ebenso hohe Zustimmung als Ziel informeller Beteiligung erhielt die Konfliktlösung bzw. Konfliktvermeidung und Förderung der Akzeptanz politischer Maßnahmen. Eine große Rolle als Ziel informeller Beteiligung spielt außerdem (mit 77,3% Zustimmung) die Erhöhung der Qualität politischer Maßnahmen durch die Konsultation von Bürger*innen sowie das Ziel, demokratische Kompetenzen bzw. das politische Engagement von Bürger*innen zu stärken (65,9% Zustimmung unter den Befragten).

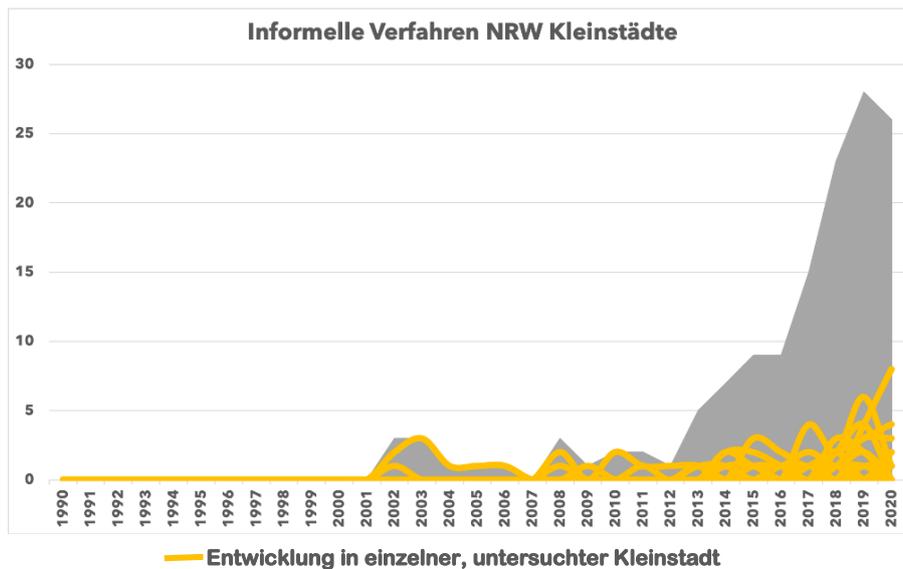


Abb. 39: Zahl informeller Beteiligungsverfahren in Kleinstädten NRW im Zeitverlauf (eigene Darstellung auf Grundlage des Webcrawler-Frameworks)

3.2.3.2 Themen informeller Beteiligung

Themen, die in Beteiligungsverfahren der durch das Webcrawler-Framework untersuchten 42 Kommunen NRW im Zeitverlauf insgesamt am stärksten vertreten sind, sind

- Stadtteil- oder Ortsteilentwicklung (30% aller identifizierten Beteiligungsverfahren)
- Stadt- oder Gemeindeentwicklung (13% aller identifizierten Beteiligungsverfahren) und
- Soziales, Integration und Migration (10% aller identifizierten Beteiligungsverfahren).

Während die Themenbereiche Digitalisierung, Gesundheit, Wirtschaft, Wohnen, Kultur, Europa/Internationales und Haushalt/Finanzen jeweils nur 3% oder weniger Beteiligungsverfahren auszeichnen, wurden in 4% der Fälle zudem Beteiligung und Demokratie selbst sowie Sport-/Freizeitthemen thematisiert. 6% der identifizierten Beteiligungsverfahren behandelten Themen rund um Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsfragen. Eine Zunahme an Verfahren gab es v.a. in den Bereichen Beteiligung/Demokratie, Umwelt/Klima/Nachhaltigkeit, Soziales/Integration/Migration und Kinder/Bildung/Jugend, wenngleich der Anteil dieser Themen vergleichsweise niedrig ist.

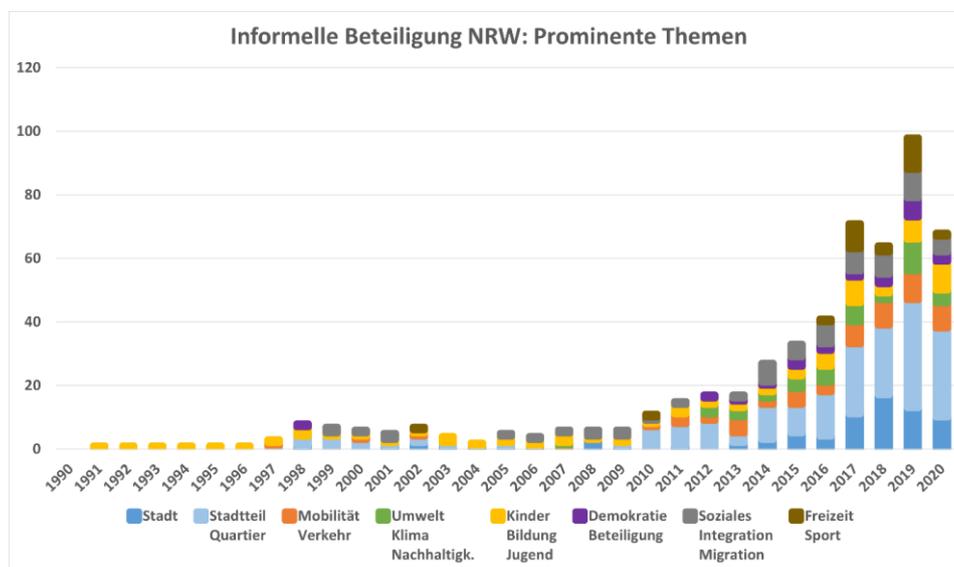


Abb. 40: Prominente Themen informeller Beteiligung in Kommunen NRW im Zeitverlauf (eigene Darstellung auf Grundlage des Webcrawler-Frameworks)

Diese Beobachtungen sind zumindest teilweise gedeckt durch die Ergebnisse aus den durchgeführten Telefoninterviews. Häufig genannte Themen sind hier ebenfalls im Bereich der Stadt- oder Ortsteilentwicklung sowie die Stadt- und Gemeindeentwicklung einzuordnen; darüber hinaus werden aber auch Mobilität/Verkehr und Umwelt/Klima/Nachhaltigkeit sowie Freizeit und Sport als häufig behandelte Themen genannt. Die relativ häufige Nennung von „Bauleitplanungen“ zeigt aber auch die Problematik einer trennscharfen Unterscheidung zwischen formellen und informellen Beteiligungsverfahren.

Eine Vielzahl unterschiedlicher behandelter Themen lässt sich auch für kommunale Beteiligung in Baden-Württemberg feststellen. Die häufigste Themenkategorie hier ist Infrastruktur (darunter viele Bauprojekte). Stark vertreten sind mit 15% aller beobachteten Fälle auch Beteiligungsprozesse im Bereich Jugend, Soziales und Sport. Knapp 3% der Beteiligungsereignisse (ein Anteil, der sich mit der Webcrawler-Studie für NRW fast deckt) finden zum Thema Bürgerbeteiligung selbst statt. Remer beschreibt allerdings auch, dass sich für eine große Zahl an Beteiligungsereignissen (17%) keine spezifische Themenkategorie festlegen lässt. Die Beobachtung, dass sehr viele Beteiligungsverfahren zu mehreren, zusammenhängenden Themen stattfinden, lässt sich auch für informelle Beteiligung auf kommunaler Ebene in NRW bestätigen. Auch bei den oben genannten Themen der Stadt-/ Gemeinde- oder Stadtteil-/ Ortsteilentwicklung ist davon auszugehen, dass dort zahlreiche Subthemen verhandelt werden. Es geht hier zumeist um multivariate und komplexe Problemstellungen oder Projekte.

3.2.3.3 Trendentwicklungen mit Blick auf Formate und Methoden: Wie deliberativ sind informelle Beteiligungsverfahren?

Informelle Beteiligung umfasst eine Vielzahl an Methoden und Formaten, die zum Teil mehr, zum Teil weniger dialogorientiert sind, d.h. Teilnehmende auf unterschiedliche Weise und unterschiedlich stark involvieren. Der Grad der Dialogorientierung soll hier als Maß genommen werden, um die Vielzahl der Methoden informeller Beteiligung zu kategorisieren.⁶⁸ Ein ähnliches Vorgehen findet sich auch bei Remer (2020), der auf diesem Weg ein Maß für die Beteiligungsintensität anzielt.

Im Rahmen der mithilfe des Webcrawler-Frameworks durchgeführten Analyse für Kommunen in NRW werden folgende Methoden-Kategorien unterschieden:

1. Informieren (z.B. vorrangig informative Veranstaltungen oder Ortsbegehungen)
2. Befragen (z.B. Bürger- oder Haushaltsbefragungen/-panel)
3. Diskutieren (z.B. Bürgerforen, Diskussionsabende)
4. Ausarbeiten (z.B. Workshops, Bürgerwerkstätten, Arbeitskreise)

Die Verteilung der erhobenen Methoden auf diese Kategorien im Zeitverlauf zeigen einen starken Zuwachs an Methoden in den Bereichen „Diskutieren“ und „Ausarbeiten“, die Teilnehmer*innen stärker involvieren bzw. dialogintensiver sind als Methoden in den Bereichen „Informieren“ und „Befragen“ (vgl. Abb. 38). Der geringe Anteil an Beteiligungsverfahren, bei denen es sich um Informationsformate handelt, hängt hier möglicherweise aber auch damit zusammen, dass die Zahl der beim Webcrawling verwendeten Suchwörter in den Bereichen „Befragen“, „Diskutieren“ und „Ausarbeiten“ deutlich höher ist.⁶⁹

Für die Beteiligungspraxis in Kommunen Baden-Württembergs zeigt Remer (2020), dass Informationsveranstaltungen ca. ein Drittel aller identifizierten Beteiligungsereignisse ausmachen und

⁶⁸ Diese Kategorisierung weist Überschneidungen mit dem in Kap. 3.2.2.3 zugrunde gelegten Leistungsprofil auf. Letzteres ist jedoch v.a. an dem Ausmaß und der Art der Einflussnahme auf politische Prozesse orientiert und nicht primär an der methodischen Ausrichtung und dem Grad der Dialogorientiertheit von Beteiligungsverfahren.

⁶⁹ Vgl. die Erläuterung der methodischen Entscheidungen im Hinblick auf die Liste der Suchwörter in Kap. 6.2 unter „Schritt 1: Crawling“.

damit mit Abstand am häufigsten vorkommen. Allerdings sind diese, so Remer (2020) oft Teil größerer Beteiligungsprojekte, die funktional differenziert seien. Die zweitgrößte Kategorie mit 12% aller Beteiligungsereignisse machen in der Baden-Württemberg-Studie Werkstatt- bzw. Workshop-Veranstaltungen aus, 10% aller Beteiligungsereignisse seien Umfragen und Befragungen. In der Beteiligungspraxis in Baden-Württemberg würden sich insgesamt wenig dialogorientierte und dialogintensive Formen die Waage halten (Remer 2020). Der absolute Beteiligungsumfang und die Beteiligungsintensität stünden dabei in positivem Zusammenhang mit der Größe der Kommune (Remer 2020).

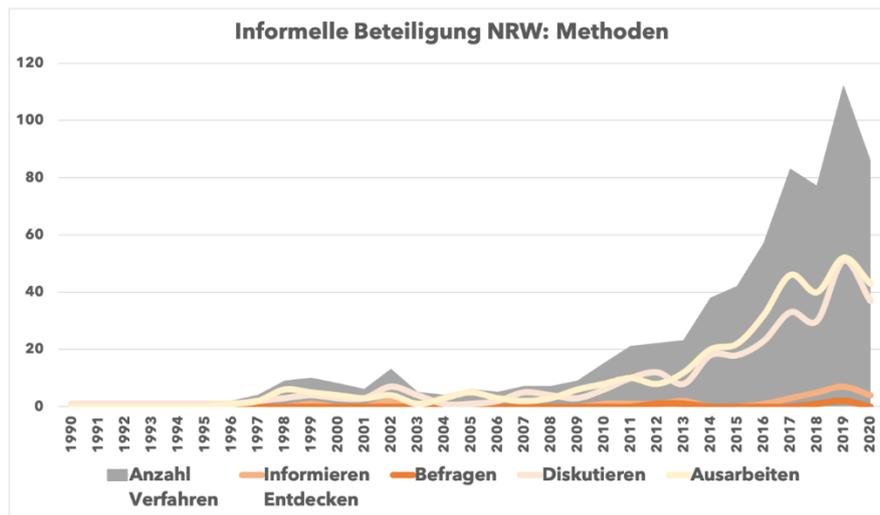


Abb. 41: Methoden informeller Beteiligung in Kommunen NRW im Zeitverlauf (eigene Darstellung auf Grundlage des Webcrawler-Frameworks)

Der im Webcrawler-Framwork für NRW erfasste Trend hin zu stärker interaktiven und damit dialogorientierten Methoden bestätigt sich auch im Rahmen der durchgeführten Telefoninterviews. Daneben berichten die befragten Personen von einer stärkeren Nutzung von Online-Formaten, um auch Personengruppen zu erreichen, die analoge Veranstaltungen eher weniger wahrnehmen (können) sowie von einer stärkeren Bereitschaft, neue und vielfältigere Methoden anzuwenden. Die Auswahl der Methoden ist dabei v.a. an den Themen der Beteiligung und bisherigen Erfahrungen mit der Anwendung von Methoden ausgerichtet, orientiert sich aber auch an Arbeitsaufwand und erwarteter Wirkung sowie Empfehlungen externer Berater und von Planungsbüros.

3.2.3.4 Wer beteiligt sich?

Gängig im Bereich informeller Beteiligung sind insbesondere die Einladung interessierter und die Einladung von durch eine Problematik oder Fragestellung betroffenen Personen. Folgende Verteilung ergibt sich für die in Baden-Württemberg untersuchten informellen Beteiligungsverfahren (hier sind allerdings nicht nur durch Kommunalverwaltungen, sondern auch durch andere Akteure initiierte Verfahren berücksichtigt):

- 70% der identifizierten Beteiligungsereignisse richten sich unspezifisch an die allgemeine Öffentlichkeit,
- 20% an räumlich oder sachlich betroffene Gruppen und
- 10% an sozialstrukturell eingrenzbar Gruppen wie Jugendliche, Schüler oder Senioren.

Was die Resonanz auf die Einladung zu Beteiligungsverfahren durch Kommunalverwaltungen in NRW betrifft, geben knapp zwei Drittel der in den Telefoninterviews befragten Personen eine „mittlere Resonanz“ an; 20,5% der Befragten bestätigen eine „geringe Resonanz“ in der Bürgerschaft, knapp 7% eine „hohe Resonanz“. Tendenziell scheint die Resonanz jedoch eher zuzunehmen: 45,5% der

Befragten geben an, dass die Resonanz in den vergangenen 10 Jahren gestiegen ist, 34,4% sehen hier keine Veränderungen, 9,1% bestätigen eine abnehmende Resonanz in der Bevölkerung.

Unabhängig von der Art der Einladung und allgemeinen Trends mit Blick auf die Resonanz sind in Verfahren informeller Beteiligung verschiedene Gruppen unterschiedlich stark repräsentiert. Dies bestätigen gut 60% der in den Telefoninterviews befragten Personen.

- Während besonders ältere Menschen, gebildete Gruppen, sozial Wohlhabendere und Männer, aber auch Gewerbetreibende, Klima- und Nachhaltigkeitsinteressierte sowie politisch engagierte Personen als tendenziell überrepräsentierte Gruppen genannt wurden,
- gelten Jüngere, sozial Benachteiligte, Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen sowie Personen mit Migrationshintergrund oder Sprachdefiziten und teilweise auch Familien, Berufstätige oder Studierende als eher unterrepräsentiert.

Vermutete Gründe dafür, dass bestimmte Gruppen unterrepräsentiert sind, sind ein mangelndes Interesse oder mangelnde Betroffenheit mit Blick auf das Thema des Beteiligungsverfahrens, eine als gering erwartete Wirksamkeit der Beteiligung, ein mangelndes Interesse an dieser Form der Beteiligung, aber auch mangelnde Zeit zur Teilnahme (z.B. angesichts zu leistender Sorge- und/oder Erwerbsarbeit). Die beschriebenen Ungleichheiten in der Repräsentation verschiedener Bevölkerungsgruppen scheint relativ stabil zu sein – zumindest geben 70% der in den Telefoninterviews befragten Personen an, dass sich die Teilnehmer*innen-Struktur im Verlauf der vergangenen 10 Jahre nicht geändert hat.

3.2.3.5 Zusammenfassung der Entwicklungen im Bereich informeller Beteiligung auf kommunaler Ebene

Einfluss struktureller Faktoren auf die Beteiligungspraxis (vgl. dazu Remer 2020): Mit zunehmenden Kapazitäten in Kommunalverwaltungen steigt tendenziell auch die Zahl der Beteiligungsereignisse. Ein ähnlicher, aber schwächerer Effekt lässt sich für die flächenmäßige Größe der jeweiligen Kommune und die Zahl der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppen feststellen. Mit letzterer nimmt tendenziell auch die Intensität informeller Beteiligungsereignisse zu. Hinweise für einen Einfluss sozialökonomischer Faktoren auf die Zahl der Beteiligungsereignisse gibt es nicht.

Trends mit Blick auf die Zahl informeller Beteiligungsverfahren: Für die betrachteten Kommunen in NRW lässt sich insbesondere ab 2010 eine deutliche Zunahme der Zahl informeller Beteiligungsverfahren betrachtet. Trotz einiger Auf- und Abwärtsbewegungen hat sich dieser Trend sowohl in Groß- als auch in Mittel- und Kleinstädten verstetigt. Gleichzeitig gibt es einen signifikanten Anteil an Kommunen (11% aller betrachteten Kommunen in NRW und 30% aller betrachteten Kommunen in Baden-Württemberg), in denen bisher noch keine Beteiligungsverfahren stattgefunden haben.

Trends mit Blick auf die Themen informeller Beteiligung: Für NRW sowie für Baden-Württemberg lässt sich eine große Bandbreite an Themen feststellen, die im Rahmen von informeller Beteiligung behandelt werden. Eine Zunahme an Verfahren gab es in NRW v.a. in den Bereichen Beteiligung/Demokratie, Umwelt/Klima/Nachhaltigkeit, Soziales/Integration/Migration und Kinder/Bildung/Jugend, deren Anteil an den insgesamt vertretenen Themen allerdings vergleichsweise niedrig ist. Häufige Themen informeller Beteiligung in NRW sind insbesondere Stadtteil-/ Ortsteilentwicklung sowie Stadt-/Gemeindeentwicklung. In Baden-Württemberg findet ein relativ großer Anteil der Beteiligungsverfahren zu Themen rund um Infrastruktur sowie Jugend, Soziales und Sport statt. Insgesamt zeigt sich, dass viele Beteiligungsverfahren mehrere Themenbereiche umfassen; eine Zuordnung zu einem spezifischen Thema ist daher oft schwierig.

Trends mit Blick auf Formate und Methoden informeller Beteiligung: Für informelle Beteiligungsverfahren in Kommunen NRW lässt sich ein deutlicher Zuwachs an dialogintensiveren Methoden feststellen. Remer (2020) zufolge halten sich in Baden-Württemberg wenig dialogorientierte und dialogintensivere Formen insgesamt die Waage. Auch für die Beteiligungsintensität (sowie auch für den absoluten Beteiligungsumfang) beschreibt Remer einen positiven Zusammenhang mit der Größe der Kommune.

*Trends mit Blick auf die Teilnehmer*innen-Struktur:* Insgesamt schätzen Befragte die Resonanz auf Einladungen der Kommunalverwaltungen NRW zu informellen Beteiligungsverfahren mittel bis gering ein. Allerdings zeigt sich tendenziell eine Zunahme in Bezug auf die Resonanz. Nach wie vor sind jedoch verschiedene Gruppen unterschiedlich stark repräsentiert. Besonders Jüngere, sozial Benachteiligte, Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, daneben aber auch Personen mit Migrationshintergrund oder Sprachdefiziten, Familien, Berufstätige und Studierende gelten als eher unterrepräsentiert.

4 Fazit und Ausblick

Mit der gebündelten Darstellung von Trendentwicklungen in den verschiedenen Bereichen von Engagement und Beteiligung in Deutschland bietet das vorliegende Arbeitspapier einen breiten Überblick über zivilgesellschaftliche Aktivitäten und zugleich neue Erkenntnisgewinne, v.a. in den Bereichen informeller Beteiligung, die bisher kaum systematisch untersucht sind.

Insgesamt wird deutlich, dass der Anteil freiwillig Engagierter in der deutschen Bevölkerung und auch die Zahl der Beteiligungsereignisse und Beteiligten (in fast allen Bereichen der Beteiligung) zugenommen haben. Etwa zwei Fünftel der deutschen Wohnbevölkerung sind freiwillig engagiert – mit steigender Tendenz (Simonson et al. 2017). Wichtiges Motiv für Engagement ist dabei die Möglichkeit, sich in die Gesellschaft einzubringen und diese aktiv mitzugestalten. Im Bereich der Beteiligung sinkt zwar die Beteiligung an Wahlen und sind seit den 1990er Jahren die Möglichkeiten der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungs- und Zulassungsverfahren eingeschränkt worden; die Beteiligung(smöglichkeiten) im Rahmen von Bürger- und Volksbegehren sowie informeller Beteiligung hat (bzw. haben) aber deutlich zugenommen. Dies gilt v.a. für informelle Beteiligung auf kommunaler Ebene. Diese hat nicht nur quantitativ zugenommen, sondern wurden auch qualitativ weiterentwickelt, insofern auch die Dialogintensität der Beteiligungsverfahren zugenommen hat.

Während traditionelle, formalisierte Engagement- und Beteiligungsformen dabei immer noch dominieren, gewinnen flexible, weniger formalisierte Engagement- und Beteiligungsformen zunehmend an Bedeutung. Im Bereich *politischer Beteiligung* findet immer häufiger auch eine Verbindung formeller und informeller Formate statt. *Informelles und selbstorganisiertes Engagement* scheint besonders für jene Bevölkerungsgruppen attraktiv, die bisher unterdurchschnittlich engagiert waren. Dies betrifft v.a. junge Menschen, Frauen und Erwerbslose. Auch Menschen mit hohem Bildungsabschluss engagieren sich aber überdurchschnittlich oft auf diese Weise. Dies hängt möglicherweise damit zusammen, dass informelles, selbstorganisiertes Engagement einerseits unverbindlich und kurzfristig möglich ist, andererseits aber höhere Anforderungen an persönliche Fähigkeiten und Kenntnisse erfordern könnte, insofern ein unterstützender, organisationaler Rahmen fehlt.

Themenbereiche, für die sich (zwischen 1999 und 2014) eine besonders starke Zunahme des Engagements feststellen lässt, sind Bildung, Gesundheit und Soziales. Ein Wachstumstrend lässt sich, sowohl für die Bereiche des Engagements als auch für die Bereiche der Beteiligung, ebenfalls für nachhaltigkeits- und umweltbezogene Themen feststellen. Gleichwohl bewegt sich dieser Wachstumstrend v.a. hinsichtlich des freiwilligen Engagements und der informellen Beteiligung noch auf relativ geringem Niveau. Insgesamt zeigt sich eine große Bandbreite an Inhalten von Engagement und Beteiligung sowie vielfach Überschneidungen verschiedener Themenbereiche.

Strukturelle Ungleichheiten mit Blick auf die Frage, wer sich engagiert bzw. beteiligt und damit Gesellschaft mitgestaltet, haben sich über die Jahre verfestigt und nehmen tendenziell sogar zu anstatt ab. Wer sich überdurchschnittlich stark oder wenig engagiert oder beteiligt, hängt dabei v.a. mit sozioökonomischen Faktoren wie Bildung und Einkommen zusammen. Daneben schlagen sich auch alters- und geschlechtsspezifische sowie räumliche oder regionale Unterschiede nieder.

Die diesem Projekt zugrunde liegende Forschungsfrage nach dem Potenzial von Engagement und Beteiligung, das Gemeinwohl zu fördern, gewinnt besonders vor dem Hintergrund der sich verfestigenden ungleichen Repräsentation verschiedener Bevölkerungsgruppen in den Bereichen von Engagement und Beteiligung noch einmal an Brisanz: Die ungleiche Repräsentation stellt möglicherweise eine besondere Herausforderung für die Gemeinwohlförderung durch Engagement

und Beteiligung dar. Gleichzeitig spiegeln die aufgezeigten Trendentwicklungen nicht nur eine zunehmende Bedeutung, d.h. „Nutzung“ von Engagement und Beteiligung, sondern auch eine große Dynamik der Engagement- und Beteiligungsstrukturen wider.

Die Trendanalyse liefert mit diesen Erkenntnissen eine wichtige empirische Grundlage für die fünf **Fallstudien**, die in der folgenden Projektphase das Gemeinwohlpotenzial verschiedener Engagement- und Beteiligungsformen untersuchen sollen und ermöglicht eine kriteriengeleitete Fallstudienauswahl. Untersucht werden

1. verbandliches Engagement,
2. informelles, selbstorganisiertes Engagement in
 - a. kritisch-kreativen Milieus und
 - b. traditionellen Milieus sowie
3. informelle, staatlich initiierte Beteiligung auf
 - a. nationaler und
 - b. kommunaler Ebene.

Verbände stehen dabei für eine traditionelle, stark formalisierte Engagementform, in der zwar nur noch wenige Menschen ihre zeitintensivste freiwillige Tätigkeit verbringen, die allerdings immer noch sehr hohe Mitgliedszahlen aufweist.⁷⁰ Zudem bringen Verbände unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zusammen (Ostdeutsche und Westdeutsche, Erwerbstätige und Erwerbslose engagieren sich gleichermaßen in Verbänden und Bildungsunterschiede schlagen sich vergleichsweise wenig nieder), wenngleich Ältere und Männer sich überdurchschnittlich oft in Verbänden engagieren.

Selbstorganisiertes, informelles Engagement ist im Gegensatz dazu deutlich flexibler, wird v.a. von Gruppen genutzt, die sich im Allgemeinen unterdurchschnittlich engagieren (dies betrifft v.a. junge Menschen, Frauen und Erwerbslose)⁷¹ und gewinnt gegenüber traditionellen Engagementformen quantitativ an Bedeutung. Die Motivation, Gesellschaft mitzugestalten, scheint bei dieser Engagementform außerdem eine besondere Rolle zu spielen.⁷² Kritisch-kreative Milieus weisen im Umweltbereich über alle individuellen Engagementformen hinweg überdurchschnittliche Werte auf. Traditionelle Milieus interessierten sich in der Vergangenheit v.a. für bürgerschaftlich organisierte Projekte, sind aber zunehmend für eine Vielzahl von Engagementformen offen.

Informelle Beteiligung ist eine Beteiligungsform, die ebenfalls gegenüber traditionellen Möglichkeiten politischer Einflussnahme quantitativ an Bedeutung gewonnen hat. Formen formeller Beteiligung werden zudem zunehmend mit Elementen informeller Beteiligung verbunden und informelle Beteiligung immer stärker auch institutionell verankert. Informelle Beteiligung hat dabei nicht nur informativen, sondern meist zumindest konsultativen Charakter. (U.a.) hinsichtlich der Zielsetzung informeller Beteiligung zeigen sich aber Unterschiede zwischen Verfahren auf Bundes- und kommunaler Ebene. Eine Herausforderung auf nationaler sowie kommunaler Ebene bleibt das Problem ungleicher Beteiligung, das sich v.a. bei offener Einladung zu Beteiligungsverfahren zeigt.

Mit diesem Profil sind die oben geschilderten, zentralen Trendentwicklungen in den zu untersuchenden Engagement- und Beteiligungsformen der Fallstudien abgebildet.

⁷⁰ Die fünf größten Umweltverbände, die sechs Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die drei größten Sozialverbände und sechs Einzelgewerkschaften des DGB bringen zusammen mehr als 14,9 Millionen Mitglieder auf (Petschow et al. im Ersch.).

⁷¹ Allerdings engagieren sich auch Personen mit hohem Bildungsabschluss überdurchschnittlich häufig in individuell organisiertem Engagement.

⁷² Individuell organisiertes Engagement nimmt v.a. in den Themenbereichen zu, bei denen das Mitgestaltungsmotiv besonders ausgeprägt ist.

5 Literatur

Alscher, M. und Priller, E. (2016). Zivilgesellschaftliches Engagement. In: Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.). Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Arnstein, S. R. (1969). A Ladder of Citizen Participation. In: JAIP Journal 35(4), 216–224.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2010). Bürger beteiligen! Strategien, Praxistipps und Erfolgsfaktoren für eine neue Beteiligungskultur in Behörden. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung und Allianz Vielfältige Demokratie (Hg.) (2017). Bürgerbeteiligung mit Zufallsauswahl. Das Zufallsprinzip als Garant einer vielfältigen demokratischen Beteiligung: ein Leitfaden für die Praxis. Berlin und Gütersloh. [online] <https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Buergerbeteiligung_mit_Zufallsauswahl_final.pdf> [10.03.2021].

BfS (2017). Atlas Asse: Informationen über die Schachanlage Asse II (2009 — 2016). Remlingen: BfS.

Blinkert, B. und Klie, T. (2015). Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Europa. [online] <http://fifas.de/all/pdf/Blinkert_Klie_Zivilgesellschaftliches_Engagement_in_Deutschland_und_Europa.pdf> [10.03.2021].

BMFSJ (2012). Erster Engagementbericht – Für eine Kultur der Mitverantwortung. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland – Schwerpunkt: Engagement von Unternehmen. Berlin: BMFSJ. [online] <<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93678/b9388038c7a0cfb3441f5c2cae98c40d/erster-engagementbericht-bericht-der-bundesregierung-data.pdf>> [11.03.2021].

Dass. (2016). Zweiter Engagementbericht 2016. Demographischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Zentrale Ergebnisse. Berlin: BMFSFJ. [online] <<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115588/53875422c913358b78f183996cb43eaf/zweiter-engagementbericht-2016-engagementmonitor-2016-data.pdf>> [10.03.2021].

Dass. (2017). Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung.“ Berlin: BMFSFJ. [online] <<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115658/1080633f687d3f9c462a0432401c09d7/zweiter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>> [10.03.2021].

Dass. (2020): Dritter Engagementbericht. Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter. Zentrale Ergebnisse. [online] <<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/156432/c022434af92b1044dbf45647556b834d/dritter-engagementbericht-zentrale-ergebnisse-monitor-data.pdf>> [10.03.2021].

BMU/UBA (2008). Umweltbewusstsein in Deutschland 2008. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: BMU/UBA.

Dies. (2010). Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: BMU/UBA.

Dies. (2014). Umweltbewusstsein in Deutschland 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin: BMU/UBA.

BMVI (2014). Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung – Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Berlin: BMVI.

BMWi (2014). Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014. Berlin: BMWi. [online] <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2014.pdf?__blob=publicationFile&v=3> [10.03.2021].

Dass. (2020). Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020. Berlin: BMWi. [online] <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Neue-Laender/jahresbericht-zum-stand-der-deutschen-einheit-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=14> [11.03.2021].

Brenke, K. (2015). Wachsende Bedeutung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In: DIW Wochenbericht, 82(5), 75–86.

Bundesregierung (2018): Lebensdauerlabel für Elektroprodukte – Untersuchung zur Wirkung einer Lebensdauerangabe für Elektroprodukte auf die Kaufentscheidung. Projektgruppe wirksam regieren im Bundeskanzleramt im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Berlin.

Deutscher Bundestag (2009). Bürgerforen in Deutschland. Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags. Berlin.

DZA (2020). Forschungsdatenzentrum. Deutscher Freiwilligensurvey. [online] <<https://www.dza.de/forschung/fdz/fws>> [11.03.2021].

ENGAGE (2020). Engagement für Nachhaltiges Gemeinwohl – Begriffstheoretische Einordnung und Grundlagen einer Operationalisierung. Arbeitspapier 1 des Forschungsprojektes „ENGAGE – Engagement für nachhaltiges Gemeinwohl“. [online] <https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/nachhaltigkeit/website_engage_01ug1911_ap1_arbeitspapier.pdf> [11.03.2021].

Evers, A. et al. (2015). Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik. In: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.). Engagement. Aus Politik und Zeitgeschichte, 65(14-15). [online] <<https://www.bpb.de/apuz/203531/die-vielfalt-des-engagements?p=all>> [15.04.2020].

Fischer, C. et al. (2021): Nachhaltiger Konsum im Dialog. Bürgerbeteiligung und soziale Teilhabe im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Programms für Nachhaltigen Konsum: neue Impulse für das bürgerschaftliche Engagement. UBA-Texte xx/2021.

Hajer, Maarten A. (2006). Doing discourse analysis: coalitions, practices, meaning. In: M. Van Den Brink und T. Metze (Hg.). Words matter in policy and planning: Discourse theory and method in the social sciences. Utrecht: Labor Grafimedia, 65-74.

Hameister, N. et al. (2017). Zeitlicher Umfang, Häufigkeit und biografische Dauer des freiwilligen Engagements. In: Simonson et al. (Hg.). Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS, 333-354.

Horelt, M.-A. und Ewen, C. (2020). Chancen und Grenzen von informeller Bürgerbeteiligung, In: Hentschel, A. et al. (Hg.): Mensch-Technik-Umwelt: Verantwortung für eine sozialverträgliche Zukunft. Baden-Baden: Nomos, 697-716.

IFOK und FÖV (Hg.) (2019). Gute Bürgerbeteiligung – Leitlinien für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Berlin: BMU.

IJAB (2020). Jugend Barcamp - Leitfaden für ein offenes Veranstaltungsformat. IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. Initiiert und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

Kantar Public (2018). Wissenschaftliche Analyse des Bürgerdialogs der Bundesregierung zur Zukunft Europas – Endbericht. Berlin: Kantar Public. [online] <<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975246/1548726/b1ec8de936dcc8cf9c7183e871ac8503/2018-11-15-kantar-bericht-buergerdialog-data.pdf?download=1>> [11.03.2021].

Krimmer, H. (2019). Datenreport Zivilgesellschaft. 1. Auflage 2019. Wiesbaden: Springer VS.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (lpb): Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. [online] <<https://www.lpb-bw.de/beteiligung#c62108>> [25.03.2021].

Lüttringhaus, M. (2012). Voraussetzungen für Aktivierung und Partizipation. In: M. Lüttringhaus und H. Richers (Hg.): Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. 3. Auflage. Bonn: Stiftung Mitarbeit, 66-72.

Mahne, K. und Motel-Klingbeil, A. (2010). Familiäre Generationenbeziehungen. In: A. Motel-Klingbeil et al. (Hg.) Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS). Stuttgart: Kohlhammer, 188-214.

Nanz, P. und Fritsche, M. (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 1200). Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Naumann, D. und Romeu Gordo, L. (2010). Gesellschaftliche Partizipation: Erwerbstätigkeit, Ehrenamt und Bildung. In: A. Motel-Klingbeil et al. (Hg.) Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS). Stuttgart: Kohlhammer, 118–141.

Niederberger, M. und Dreijack, S. (2018). Inklusive Teilnahme zwischen Fiktion und Realität? Eine Diskussion des Potenzials von On- und Offline-Partizipation am Beispiel des Bürgerdialogs Zukunftsthemen. In: M. Oswald und M. Johann M. (Hg.). Strategische Politische Kommunikation im digitalen Wandel. Wiesbaden: Springer VS.

OECD (2020). Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions. Catching the Deliberative Wave. OECD, Paris.

Ollig, M. (2021). Die Bundesregierung stärkt die frühe Beteiligung Betroffener bei der Gesetzgebung und politischen Initiativen, Jahrbuch bipar, i.E.

Olk, Th. und Hartnuß, B. (2011). Bürgerschaftliches Engagement. In: Dies. (Hg.). Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 145-162.

Paust, A. (2016). Grundlagen der Bürgerbeteiligung – Materialsammlung für die Allianz Vielfältige Demokratie. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. [online] <https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Materialsammlung_Buerger_beteiligung.pdf> [11.03.2021].

Petschow, U. et al. (im Ersch.): Kontexte, Logiken, Zukünfte: Kooperationsperspektiven zwischen umwelt-, gewerkschafts- und sozialpolitischen Akteuren. Im Auftrag des Umweltbundesamtes.

Rehmet, F. (2018). Volksbegehrensbericht 2019. Berlin: Mehr Demokratie e.V. [online] <https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Volksbegehrensbericht_2019.pdf> [11.03.2021].

- Rehmet, F. et al. (2018). Bürgerbegehrensbericht 2018. Berlin: Mehr Demokratie e.V. [online] <https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2018-12-04_BB-Bericht2018.pdf> [11.03.2021].
- Remer, U. (2020). Partizipative und deliberative Demokratie auf lokaler Ebene. Eine Vermessung der Beteiligungslandschaft Baden-Württembergs (Politik gestalten – Kommunikation, Deliberation und Partizipation bei politisch relevanten Projekten). Wiesbaden: Springer VS.
- Schäfer A. (2016). Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Deutschland. In: T. Mörschel (Hg.). Wahlen und Demokratie. Reformoptionen des deutschen Wahlrechts. Baden-Baden: Nomos, 31-75.
- Ders. (2013). Wahlbeteiligung und Nichtwähler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 48/49, 39-46.
- Simonson, J. und Vogel, C. (2017). Organisationale Struktur des freiwilligen Engagements und Verbesserungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen. In: Simonson et al. (Hg.). Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS, 523-548.
- Simonson, J. und Hameister, N. (2017). Sozioökonomischer Status und freiwilliges Engagement. In: Simonson et al. (Hg.). Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS, 439-464.
- Simonson, J. et al. (2017). Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS.
- Statistisches Bundesamt (2015). Bildungsstand der Bevölkerung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. [online] <https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_00027391/5210002157004.pdf> [11.03.2021].
- Stiftung Mitarbeit und ÖGUT (Hg.) (2018). Bürgerbeteiligung in der Praxis – Ein Methodenhandbuch. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit.
- Sturm, H. (2013). Bürgerbeteiligung zu komplexen Themen – Auch im Bereich Umwelt und Medizin. In: UMID 2/2013, 60-66.
- TAB (2020): Sichtweisen und Wertvorstellungen zu wissenschaftlich-technischen Entwicklungen – Diskurs und Dialog in der Arbeit des TAB. In: TAB-Brief Nr. 51, 27-29.
- Thewes, C. et al. (2014). Bürgerbeteiligung bei umweltrelevanten Großprojekten. Der Beteiligungs-Bias als methodisches Instrument zur Bewertung von Beteiligungsverfahren. Potsdam: Universität Potsdam.
- Vogel, C. et al. (2017). Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität. In: Simonson, J. et al. (Hg.). Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS, 91-152.
- Vetter, A. und Remer-Bollow, U. (2017). Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung (Grundwissen Politik). Wiesbaden: Springer VS.
- Wetzel, M. und Simonson, J. (2017). Engagiert bis ins hohe Alter? Organisationsgebundenes ehrenamtliches Engagement in der zweiten Lebenshälfte. In: K. Mahne et al. (Hg.). Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS). Wiesbaden: Springer VS, 81-95.
- Wolff, F. (2004). Staatlichkeit im Wandel – Aspekte kooperativer Umweltpolitik. München: Ökom.
- Wurm, S. et al. (2010). Gesundheit. In: A. Motel-Klingebiel et al. (Hg.). Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS). Stuttgart: Kohlhammer, 90-117.

Zimmer, A. und Hallmann, T. (Hg.) (2016). Nonprofit-Organisationen vor neuen Herausforderungen. Wiesbaden: Springer VS.

Zschesche, M. (2015). Öffentlichkeitsbeteiligung in umweltrelevanten Zulassungsverfahren, Status quo und Perspektiven (Braunschweigische Rechtswissenschaftliche Studien). Berlin: BWV Verlag.

Zschesche, M. und Pauleweit, K. (2021). Monitoringreport 2018 – Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturprojekten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: UfU. [online] <https://www.ufu.de/wp-content/uploads/2020/04/2018_Monitoringreport.pdf> [11.03.2021].

6 Anhang

6.1 Informelle, nationale Beteiligungsprozesse: Beispiele für Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren, die durch Bundesbehörden initiiert wurden (seit 2000)

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
2002-2008	BfS	Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramm: Das BfS organisierte die öffentliche Begleitung wissenschaftlicher Untersuchungen zu Auswirkungen des Mobilfunks auf Menschen und die Umwelt durch Bürger*innen, Nichtregierungsorganisationen, Bürger*inneninitiativen und Ärztegruppen (Runder Tisch als unabhängiges Beratungs- und Diskussionsgremium zur Transparenz der Forschungsergebnisse und zur Beteiligung der Öffentlichkeit; Kommentierungen der Öffentlichkeit zu konkreten Aspekten des Vorhabens).	Gesundheitsrisiken		Informell Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Anwendungen testen) Präsenz- und Onlineformat	https://www.bfr.bund.de/de/presseinformation/2013/20/buerger_beteiligen___akzeptanz_foerdern-187472.html http://www.emf-forschungsprogramm.de/
2006	BfR	Verbraucherkonferenz Nanotechnologie: Die „Verbraucherkonferenz zur Wahrnehmung der Nanotechnologie in den Bereichen Lebensmittel, Kosmetika und Textilien“, die das Bundesamt für Risikokommunikation (BfR) durchführte, war an das Modell der Konsensuskonferenz angelehnt. Die Bürger*innengruppe „setzte sich an zwei Wochenenden intensiv mit der Nanotechnologie auseinander, erarbeitete zu den verschiedenen verbraucherrelevanten Aspekten dieser Technologie Fragen und wählte	Gesundheitlicher Verbraucherschutz	16 Bürger*innen unterschiedlichen Alters und beruflicher Tätigkeit, die aus einer Gruppe von 6.000 zufällig ausgesuchten Personen nach soziodemografischen Kriterien ausgelost wurden.	Informell Konsultativ (partizipative Technikfolgenabschätzung: Informieren; Aktivieren und Diskussionen starten; Meinungen einholen; Konflikte bearbeiten) Präsenzformat	Epp et al. (2013)

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		Expert*innen aus Wissenschaft, Verbänden, staatlichen Institutionen und der Industrie zur Beantwortung aus. Im Anschluss daran fand die Abschlussveranstaltung statt, in deren Rahmen sich die geladenen Sachverständigen den Fragen der Verbrauchergruppe zum Einsatz der Nanotechnologie in Lebensmitteln, Kosmetika und Textilien stellten. In einer geschlossenen Beratung verfasste die Verbraucher*innengruppe anschließend ihr Votum zur Nanotechnologie, das im November 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt und den Vertretern von staatlichen Institutionen, Politik und Verbänden überreicht wurde.“				
2008	Bundes- regierung	Europäische Bürger*innenforen zum Thema „Die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas“ wurden in neun deutschen Städten durchgeführt (in einem von der EU-Kommission und dem Europäischem Parlament initiiertem Prozess). Die Teilnehmenden haben ein eigenes Programm zur Sozialen Marktwirtschaft entworfen. Am Anfang und Ende einer interaktiven, zehnwöchigen Online-Phase stand je eine Präsenzveranstaltung. Anschließend wurde eine Umfrage durchgeführt, um zu prüfen, ob die erarbeiteten Handlungsempfehlungen mit den Vorstellungen der Gesamtbevölkerung übereinstimmen.	Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Soziale Marktwirtschaft	350 zufällig ausgewählte Bürger*innen	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln) Kombiniertes Präsenz- und Onlineformat	Deutscher Bundestag (2009)

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
2008 - heute	Bundesamt für Strahlenschutz (heute: Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH / BGE)	<p>Asse II Begleitprozess: Das Atommülllager Asse II wird durch Rückholung der strahlenden Abfälle saniert. Daran ist die Bevölkerung der betroffenen Region durch die Asse-2-Begleitgruppe („A2B“) beteiligt.</p> <p>Die A2B wurde auf gemeinsamen Beschluss des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums und des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt- und Klimaschutz im November 2007 geschaffen. Sie arbeitet ehrenamtlich, wobei das Bundesumweltministerium Finanzmittel für ein Sekretariat und Öffentlichkeitsarbeit bereitstellt.</p> <p>Die A2B wird durch die „Arbeitsgruppe Optionen – Rückholung“ (AGO; ursprünglich „Arbeitsgruppe Optionenvergleich“) bei fachlich-technischen Fragestellungen beraten. Die Arbeiten der aktuell 5 Expert*innen werden durch das Bundesumweltministerium finanziert.</p> <p>Beide Gruppen gelten als neuartige, informelle Instrumente der Beteiligung.</p>	Umweltpolitik (Entsorgung nuklearen Mülls)	Die Asse-2-Begleitgruppe besteht aus Vertreter*innen des Kreistags, Bürgermeister*innen der Anrainerkommunen, Vertreter*innen von Umweltverbänden, Bürger*inneninitiativen und regionaler Bevölkerung	Informell Konsultativ (längerfristig zusammenarbeiten; Meinungen einholen; Konflikte bearbeiten) Präsenzformat	BfS (2017) https://www.asse-2-begleitgruppe.de/begleitprozess/ https://www.ag-schacht-konrad.de/asse-ii/asse-ii-aktuell/asse-begleitprozess-wer-ist-die-neue-ago-161/
12/2008 - 03/2009	Bundesregierung	<p>Nationale Bürgerkonferenz zur Zukunft Europas: Die Bürgerkonferenz war Teil eines europäischen Prozesses und bestand aus einem mehrstufigen Verfahren:</p> <p>Über Internetforen konnten sich EU-Bürger*innen zur Frage „Wie kann die EU</p>	Demokratiepolitik, Europapolitik	Bürger*innen, die an den nationalen Konsultationen teilnahmen, wurden nach demographischen Kriterien zufällig ausgewählt.	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten;	https://www.beteiligungskompass.org/article/show/112

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		<p>unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft in einer globalisierten Welt gestalten?“ äußern und Handlungsoptionen für die EU vorschlagen. Aus den erarbeiteten Vorschlägen wurden zehn ausgewählt und in nationale Konsultationen eingespeist.</p> <p>Bei den nationalen Konsultationen (die jeweils ein Wochenende dauerten) wurden die Vorschläge in einer Präsenz-Diskussionsveranstaltung besprochen, u.a. mit den nationalen Europaabgeordneten bzw. -kandidat*innen.</p> <p>Nach den nationalen Konsultationen wurden alle Vorschläge veröffentlicht und konnten von der allgemeinen Öffentlichkeit kommentiert werden.</p> <p>Die Teilnehmenden der nationalen Konsultationen wählten 15 gesamteuropäische Handlungsempfehlungen aus, die beim Europäischen Bürger*innengipfel (05/2009) in Brüssel durch 150 Teilnehmer*innen per Zufallsauswahl aus den nationalen Veranstaltungen rekrutiert wurden.</p>		Bürger*innen, die am abschließenden Europäischen Bürgergipfel teilnahmen, wurden per Zufallsauswahl aus den nationalen Veranstaltungen rekrutiert.	Gemeinsam planen und entwickeln) Online- und Präsenzformate	
Ab 2009	BSt	<p>„jungbewegt – Für Engagement und Demokratie“ lautet der Titel eines Projektes zur Förderung des Engagements, der Partizipation und Demokratiebildung in Schulen, Kitas sowie Jugendeinrichtungen. Es verfolgte das übergeordnete Ziel, eine Stärkung des Gemeinwohls der Gesellschaft durch frühzeitliches Engagement zu erreichen.</p>	Demokratiepolitik, Bildungspolitik, Jugendpolitik	Adressiert alle Bürger*innen zwischen 2 und 22 Jahren (Selbstselektion)	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten)	BSt (2021)

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
2010	BMU	Umweltdialog zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie , welcher auf der Webseite „Mitreden-U“ umgesetzt wurde. Auf Basis der dort gesammelten Vorschläge wurden zudem Präsenzveranstaltungen zu ausgewählten Themen durchgeführt.	Umweltpolitik, Nachhaltigkeitspolitik	Rund 1.500 Menschen; alle Interessierten; Teilnahme per Internet	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten) Onlineformat	
04-05/ 2011	BMVBS	Bürger*innenkonferenz „Mobil mit Wasserstoff“ : Die Bürger*innenkonferenz wurde im Rahmen des sozialwissenschaftlichen Projekts „HyTrust – auf dem Weg in die Wasserstoffgesellschaft“ zur Erforschung der Akzeptanz der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie in Deutschland vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen im Auftrag des BMVBS durchgeführt.	Umweltpolitik (Klimaschutz), Verkehrspolitik, Innovationspolitik	Zufällig ausgewählte Bürger*innen aus dem Raum Berlin- Brandenburg; 18 Bürger*innen aus unterschiedlichen Altersgruppen und Tätigkeitsfeldern	Informell Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln) Präsenzformat	Welke et. al. (2011)
2011	Deutscher Bundestag	Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ : Interessierte Bürger*innen begleiteten mittels der von „Liquid Democracy e.V.“ entwickelten Software „Adhocracy“ als »18. Sachverständige(r)« die Arbeit der offiziell vom Bundestag ernannten 17 Sachverständigen der Enquete-Kommission.	Demokratiepolitik, Netzp politik	Heterogene Gruppe aus 17 Abgeordnete & 17 Sachverständige (IT- Unternehmer*innen, Programmierer*innen, Journalist*innen, Künstler*innen und Historiker*innen, Jurist*innen, Lehrer*innen, Wissenschaftler*innen, Blogger*innen, Ingenieur*innen, Gewerkschafter*innen & Verbandsvertreter*innen); zwischen 34-71 Jahre;	Informell Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten) Präsenz- und Onlineformat	Deutscher Bundestag (2013) https://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Arbeitsbericht-ab173.pdf

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
				9 Frauen und 25 Männer;		
2011-2013	BMBF	Bürgerdialog Zukunftsthemen: Hierbei handelte es sich um einen auf vier Jahre angelegten Diskussionsprozess zu den Chancen und Risiken von a) High Tech Medizin, b) Energietechnologien und c) Demografischer Wandel. Dieser wurde jeweils mit Online-Diskussionen, „Bürgerwerkstätten“ und „Bürgerkonferenzen“ in unterschiedlichen Städten durchgeführt. Ergebnisse wurden in Bürgerreporten festgehalten und der Politik übergeben.	Forschungs-/ Innovationspolitik	Online-Dialoge für alle interessierten Bürger*innen	Informell Konsultativ/ kooperativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln) Präsenz- und Onlineformat	u.a. Niederberger und Dreieck (2018) Schneider et. al. (2013)
2011 – 2013	BMVBS	Fachdialog zur Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung (MKS): Neben dem Fachdialog mit Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft wurde auch ein Praxisdialog für interessierte Bürger*innen in Berlin durchgeführt. Ergebnisse aus den Fachdialogen wurden von Nutzer*innen diskutiert und bewertet. Zudem fanden vier dezentrale Bürger*innendialoge in Passau, Frankfurt a. Main, Stade und Dresden statt. Hier wurden Ideen zur für eine nachhaltige Mobilität erarbeitet und diskutiert. Diese wurden anschließend an das Bundesministerium weitergeleitet.	Verkehrspolitik / Nachhaltigkeitspolitik	Unterschiedliche Dialogformate für Expert*innen und Bürger*innen (2012 nahmen ca. 336 Personen an den verschiedensten Dialogformaten teil)	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln) Präsenzformate	https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/MKS/mks-dokumentation-fachdialog.pdf?__blob=publicationFile
2015-2021	BKAmt, Statist. Bundes- amt	Lebenslagenbefragungen & Workshops: Im Auftrag der Bundesregierung befragt das Statistische Bundesamt seit 2015 in zweijährigem Abstand Bürger*innen dazu, wie zufrieden sie mit den behördlichen Dienstleistungen in Deutschland sind. Für die Untersuchung	Demokratiepolitik/ Bessere Rechtssetzung	2021: Befragung von über 6.000 Bürger*innen (Zufallsauswahl)	Konsultativ (Befragung: Meinungen/ Reaktionen einholen; Workshops:	https://www.destatis.de/DE/TheMen/Staat/Buerokratiekosten/Lebenslagen/lebenslagenbefragung.html

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		<p>wurden Kontakte mit Behörden anhand besonderer „Lebenslagen“ zusammengefasst, wie der Geburt eines Kindes, dem Tod einer nahe-stehenden Person oder Arbeitslosigkeit.</p> <p>Nach Auswertung der Ergebnisse fanden Workshops mit Expert*innen und Praktiker*innen teil, in deren Rahmen Verbesserungsvorschläge erarbeitet wurden. Im Kontext der Lebenslagenbefragung 2019 wurden zehn Workshops durchgeführt, u.a. zur Überarbeitung von Regularien des Sozialgesetzbuchs (SGB) I und II und des Wohngelds.⁷³</p>			<p>Gemeinsam planen und entwickeln)</p> <p>Workshops: Präsenzformat</p>	<p>https://www.amtlich-einfach.de/DE/Home/home_node.html</p> <p>Bundesregierung (2018)</p>
2015-2020	BMJV, IJAB	WebDays: Die jährlich stattfindenden, dreitägigen Jugendkonferenzen adressierten in den Jahren 2015 bis 2020 jugendliche Verbraucher*innen und ermöglichten ihnen, ihre Bedürfnisse, Vorstellungen und Forderungen an Verbraucherpolitik (v.a. im Kontext Digitalisierung) zu entwickeln, mit Expert*innen zu diskutieren und dem BMJV zu übergeben.	Verbraucherpolitik, Netzpolitik	Je ca. 60 Jugendliche jährlich (offene Anmeldung)	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten)</p> <p>Präsenzformat</p>	<p>https://www.bmjbv.de/DE/Themen/ProjekteUndFoerderung/Buergerbeteiligungen/Buergerbeteiligungen_node.html</p> <p>https://webdays.net/jugendkonferenzen/</p>
2015 – 2020	BMW i	Bürgerdialog Stromnetz: Im Jahr 2015 startete der Bürger*innendialog Stromnetz. In den letzten fünf Jahren „hat er 710 Veranstaltungen mitorganisiert, war mit 445 Infoständen auf Marktplätzen, in Rathäusern und in Einkaufszentren vertreten, hat deutschlandweit 81 Bürgerabende und 111	Umweltpolitik	Interessierte Bürger*innen	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen;</p>	<p>https://www.buergerdialog-stromnetz.de/wp-content/uploads/2021/02/Imagebrochure-Buergerdialog-Stromnetz.pdf</p>

⁷³ Interviewinformation.

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		Regionalnetzwerktreffen veranstaltet – und mit dem mobilen Bürgerbüro 472 Orte für persönliche Gespräche zum Stromnetzausbau besucht“. Neben einem sogenannten Online-Bürger*innenbüro gibt es zudem ein Bürger*innentelefon sowie Regionalbüros in zehn Städten Deutschlands. Diese dienen der Förderung eines aktiven offenen und transparenten Austausches zwischen allen Bürger*innen und Beteiligten zum Ausbau des Stromnetzes.			Aktivieren und Diskussionen starten) Online- und Präsenzformate	https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/buergerdialog.html
2015	BMU	World Wide Views zu Klima und Energie (COP 21): Parallel zu analogen Veranstaltungen in insgesamt 80 Ländern wurde ein eintägiger Bürgerdialog durchgeführt. Dabei wurden Meinungsbilder zu offenen und strittigen Fragen der internationalen Klimaverhandlungen eingeholt (die dann mit den Meinungsbildern aus den anderen Ländern verglichen werden konnten), zur Verantwortung von Bürger*innen in Deutschland und von der Bundespolitik. Die Ergebnisse wurden in die Vorverhandlungen der UNFCCC eingespeist, der deutschen Delegation und dem Umweltausschuss des Bundestags vorgestellt.	Umweltpolitik (Internationaler und nationaler Klimaschutz)	Über 70 zufällig ausgewählte Bürger*innen	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten)	https://www.bmu.de/meldung/buergerdialog-zu-klimaschutz/
2015	Kanzleramt	Bürgerdialoge zur Regierungsstrategie „Gut Leben in Deutschland“: Es wurden 203 Bürger*innendialoge in Großstädten und Landgemeinden durchgeführt, wobei Vereine und Stiftungen, Kirchen und Sozialverbände, Wirtschaftsvereinigungen, Gewerkschaften und Bundesministerien	Nachhaltigkeitspolitik	Rund 15.750 Bürger*innen haben an Dialogen sowie an Online-Beteiligungsformaten teilgenommen	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen;	Die Bundesregierung (2016) http://buergerdialog.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Home/home_node.html

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		als Gastgeber fungierten. 50 der Veranstaltungen umfassten hochrangige Beteiligung von Bundeskanzlerin oder Bundesminister*innen. Die Veranstaltungsreihe wurde durch eine Online-Dialog und eine Postkarten-Aktion ergänzt.			Aktivieren und Diskussionen starten) Online- und Präsenzformate	
2015/ 2016	BMZ	Zukunftstour / Zukunftscharta: Das BMZ organisierte 2015/2016 mit Hilfe der - eigenen Agentur Engagement Global im Anschluss an die Veröffentlichung der - „Zukunftscharta“ eine „Zukunftstour in allen Bundesländern: Hierbei diskutierten die - Teilnehmenden über die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten - Nationen sowie mögliche Wege, diese zu erfüllen.	Entwicklungspolitik, Nachhaltigkeitspolitik	Alle Interessierten	Informell Konsultativ (Informieren; Aktivieren und Diskussionen starten) Präsenzformate	BMZ (2015)
2015-2016	BMU/ UBA	Bürger*innendialog zum Deutschen Ressourceneffizienzprogramm ProgRess II („GesprächStoff – Ressourcenschonend leben“): In fünf eintägigen Bürgerwerkstätten, ergänzt durch Online-Dialog wurden Bürger*innenvorschläge zur nachhaltigen Entnahme und Nutzung natürlicher Ressourcen entwickelt. Ergebnisse flossen als „Bürgerratschlag“ in die Regierungsstrategie „ProgRess II“ ein. Laut BMU-Website war die Möglichkeit, an einem Programm der Bundesregierung direkt mitzuwirken, „auf Bundesebene ein Novum“ ⁷⁴ .	Umweltpolitik (Ressourcenschutz)	200 Bürger*innen die per Zufallsauswahl angeschrieben wurden; alle Interessierten konnten sich ortsunabhängig online einbringen	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten)	https://www.gespraechstoff-ressourcen.de/dito/explore?action=cmsjournalshow&id=196 Umweltbundesamt (2017)

⁷⁴ <https://www.bmu.de/pressemitteilung/bmub-startet-bundesweiten-buergerdialog-zur-ressourcenschonung/>

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
11/2015 - 01/2016	BMUB	Bürgerdialog zum Klimaschutzplan 2050: Die ausgewählten Bürger*innen führten zeitgleich in fünf Städten Diskussionen, in denen Maßnahmevorschläge des Bundes für den Klimaschutzplan 2050 bewertet und eigene Vorschläge entwickelt wurden. Anschließend wurde ein öffentlicher Onlinedialog zu Maßnahmevorschlägen, die im Bürger*innendialog erarbeitet worden waren, durchgeführt. Auf Basis von Bürger*innen- und Onlinedialog wurde in redaktioneller Zusammenarbeit mit Bürger*innen-Delegierten ein Bürger*innenreport erstellt.	Umweltpolitik (Klimaschutz), Nachhaltigkeitspolitik	Zufallsauswahl von 472 Teilnehmer*innen	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; gemeinsam planen und entwickeln) Online- und Präsenzformat	https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/klimaschutzplan-2050/buergerdialog-zum-klimaschutzplan-2050/ Faas / Huesmann (2017)
2016	BMUB	Bürger*innendialog zum Integrierten Umweltprogramm 2030: In sechs „Bürgerräten“ erarbeiteten 79 Bürger*innen jeweils anderthalb Tage gemeinsam getragene Lösungen. Diese wurden auf „Bürgerumweltforen“ einer breiten Öffentlichkeit (rund 500 Menschen) vorgestellt, mit diesen diskutiert und auf Anschlussfähigkeit überprüft. Zusätzlich fand ein deutschlandweiter Online-Dialog statt.	Umweltpolitik, Nachhaltigkeitspolitik	Bürgerrat: 12-16 zufällig ausgewählte Teilnehmer*innen Bürger*innen- Umweltforum: öffentlicher Ausschreibungsprozess; ca. 80 Teilnehmer*innen Online-Dialog: 25 zufällig gewählte Teilnehmer*innen; öffentliches Umweltforum mit ca. 1000 Beiträgen	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; gemeinsam planen und entwickeln) Online- und Präsenzformate	https://www.bmu.de/buergerraete-umweltprogramm/ BMU (2016)
12/2016	BMUB	Online-Dialog zum Weißbuch „Grün in der Stadt“: Nachdem innerhalb der Regierung zunächst ein Grünbuch, dann ein Weißbuch zum Thema „Grün in der Stadt“ entwickelt worden war (u.a. unter Einbindung von Expert*innen und	Umweltschutz Stadtentwicklung	Es gingen 120 Kommentierungen ein.	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen)	https://www.gruen-in-der-stadt.de/informationen https://www.gruen-in-der-stadt.de/informationen#href=%2

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		Verbänden), wurde Ende 2016 ein Textentwurf im Internet der Öffentlichkeit zur Kommentierung gestellt. Anregungen aus der Online-Komentierung wurden ausgewertet und flossen in die Überarbeitung des Weißbuchs ein.				Fnode%2F10697&container=%23main-content
12/ 2016 – 04/ 2018	BMJV	Living Labs im Rahmen des Projekts „Die neuen Verbraucher“: Digital affine junge Geflüchtete wurden zur Frage beteiligt, wie digitale Informations- und Hilfsangebote anwendungsfreundlicher und nützlicher gestaltet werden können. Die Ergebnisse gingen in einen Praxisleitfaden ein. Elf digital affine junge Geflüchtete begleiteten das Projekt zudem als Alltagsbotschafter*innen und trugen die Ergebnisse als Multiplikator*innen in ihre Communities.	Verbraucherpolitik	Gesamtgruppe: Zahl unklar. Alltagsbotschafter*innen: Elf junge, digital affine Geflüchtete (8 Männer, 3 Frauen)	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten)	https://www.bmju.de/DE/Themen/Projekte/UndFoerderung/Buergerbeteiligungen/Buergerbeteiligungen_node.html https://irights-lab.de/partnerprojekt-die-neuen-verbraucher/
Seit 2017	BMEL	Praktikernetzwerk: Durch das Netzwerk können Praktiker*innen aus Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft und Fischerei zu ausgewählten, aktuellen Fragen Anregungen für eine praxisnahe Rechtsetzung einbringen. Es handelt sich nicht um eine Beteiligung von Stakeholdern/ Verbänden, sondern individuellen Praktiker*innen, u.a. landwirtschaftlichen Berater*innen, die Einblicke in den Arbeitsalltag von Agrarbetrieben einbringen, um so die Praxistauglichkeit rechtlicher Regelungen zu erhöhen.	Agrarpolitik	Aus 511 Bewerbungen wurden 100 Praktiker*innen ausgewählt, die die Vielfalt der deutschen Landwirtschaft abbilden sollen	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten) Präsenzformate	https://www.bmel.de/DE/ministerium/organisation/praktikernetzwerk/praktikernetzwerk.html https://www.bmel.de/DE/ministerium/organisation/praktikernetzwerk/praktikernetzwerk-gap.html

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
10/2017- 05/2018	BMU	<p>Unser Klima! Unsere Zukunft! Jugenddialog zur COP 23: Die jungen Teilnehmer*innen wurden anlässlich der 23. Vertragsstaatenkonferenz (COP 23) der UN-Klimakonvention zu drei Dialogveranstaltungen in Bochum, Eberswalde und Nürnberg eingeladen. Die Teilnehmenden diskutierten in den professionell moderierten Veranstaltungen – nach einer Themeneinführung durch Expert*innen – in Kleingruppen je 4 Themen: Der Klimawandel und seine Folgen; der Beitrag Deutschlands zur Erreichung der internationalen Klimaziele; Globale Gemeinschaft, globale Verantwortung; Vision 2050.</p> <p>Abschließend wurden aus dem Teilnehmendenkreis acht „Jugendbotschafter*innen“ bestimmt (per Los aus den Interessent*innen ausgewählt). Sie fassten die Ergebnisse in einem weiteren Workshop zu einem Jugendreport mit Politikempfehlungen zusammenfassten. Er wurde dem BMU überreicht und auf der COP vorgestellt.</p> <p>Bei einer Abschlusskonferenz im Mai 2018 wurden den Jugenddialogs-Teilnehmer*innen nochmals direkte Rückmeldung von Politik und Verbänden zu ihren Empfehlungen gegeben.</p>	Umweltpolitik (Internationaler Klimaschutz)	Per Selbstselektion wurden 200 junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren ausgewählt	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten)</p> <p>Präsenzformate</p>	<p>BMU (2018)</p> <p>https://www.bmu.de/publikation/unser-klima-unsere-zukunft/</p>
Seit 2018	Bundes- präsident	<p>Kaffeetafel des Bundespräsidenten: An unterschiedlichen Orten in Deutschland trifft sich der Bundespräsident im Rahmen einer Gesprächsreihe mit Bürger*innen. Ziel ist, „Meinungen und Argumente seines</p>	Themenübergreifend, Demokratiepolitik	Kleiner Gruppe von (gezielt selektierten) Bürger*innen	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Meinungen einholen)</p>	<p>https://www.bundespraesident.de/DE/Bundespraesident/Kaffeetafel/Kaffeetafel-node.html</p>

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		Gegenübers anzuheören und sich darauf einzulassen“.			und Raum für Diskussionen bieten) Präsenzformate	
Seit 2018	BMU, BfE	Suchverfahren für einen Standort zur Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe: Nationales Begleitgremium (NBG) und diverse weitere Beteiligungsformate (Dialogveranstaltungen mit den kommunalen Gebietskörperschaften, Beteiligungswerkstatt Endlagersuche, Onlinekonsultationen, Fachkonferenzen Teilgebiete etc.)	Umweltpolitik (Entsorgung nuklearen Mülls)	Das NBG besteht aus 18 Mitgliedern: zwölf Mitglieder sind „anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“, die vom Bundestag und Bundesrat gewählt werden; sechst Mitglieder sind Bürger*innen, die vom BMU ernannt werden, davon zwei Vertreter*innen der jungen Generation. Die Besetzung des Nationalen Begleitgremiums soll insgesamt pluralistisch sein (§ 8 StandAG). Die Bürger*innen wurden per Zufallsauswahl angesprochen.	Formell Konsultativ – kooperativ (Gemeinsam planen und entwickeln; Längerfristig zusammenarbeiten; Konflikte bearbeiten) Online- und Präsenzformate	https://www.nationales-begleitgremium.de/DE/Home/home_node.html Wollenteit (2018), Leidinger (2018), Olliges (2019)
05-10/2018	BMBF	Bürgerdialog zur Zukunft Europas: Es wurden 119 Dialogveranstaltungen in ganz Deutschland zu unterschiedlichen europapolitischen Themen durchgeführt. 74 der Veranstaltungen wurden vom Bundeskanzleramt und von den Bundesministerien ausgerichtet, die restlichen von zivilgesellschaftlichen Partnern.	Demokratiepolitik, Europapolitik	Pro Dialog ca. 50-75 Interessierte aus der Zivilgesellschaft Die Teilnehmerauswahl erfolgte unterschiedlich: „Bei einigen Veranstaltungen stand die Teilnahme ohne Anmeldung offen. ... Bei	Informell Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten)	Die Bundesregierung (2018) Kantar Public (2018)

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		<p>Der Dialogprozess baute auf dem Dialog über „Deutschlands Zukunft“ (2011 bis 2012) und dem Dialog „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ auf (2014 bis 2016). In Diskussionen wurden Vorteile von Europa herausgearbeitet und Kritik sowie Wünsche an die EU formuliert.</p> <p>Der Dialog wurde ergänzt durch Aktionen mit zivilgesellschaftlichen Kooperationspartnern.</p>		<p>anderen Veranstaltungen wurde gezielt mit Partnerinstitutionen vor Ort zusammengearbeitet. ... Mit den Partnerinstitutionen konnte ein guter Querschnitt der Bevölkerung für die Dialogveranstaltungen vor Ort erreicht werden.“</p>	Präsenzformate	
09/ 2018- 09/ 2019	BMAS	Zukunftsdialo g „Neue Arbeit – Neue Sicherheit“: Zu Fragen zum Wandel der Arbeitswelt und Veränderungen im Sozialstaat wurden Bürger*innen bei regionalen Zukunftsforen, aber auch Expertinnen und Expert*innen aus Wissenschaft und Verbänden bei Ortsgesprächen, Workshops und Hearings gehört. Ein Ergebnisbericht fasst die Resultate des Zukunftsdialogs zusammen.	Sozialpolitik	Bürger*innen der Zivilgesellschaft (Zukunftsforen / offen); Expert*innen aus Einrichtungen und Unternehmen (Ortsgespräch / Auswahl)	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Meinungen und Ideen einholen; Ausarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen)</p> <p>Präsenzformate</p>	BMAS (2019)
10-11/ 2018	BMU	Online-Dialog zum „Aktionsprogramm Insektenschutz“: Der Entwurf des Aktionsprogramms wurde vom BMU in einem vierwöchigen Online-Dialog zur Diskussion gestellt. Es gingen über 27.000 Bewertungen, über 1.000 Kommentaren und rund 320 neue Maßnahmenvorschläge ein.	Umweltpolitik (Naturschutz)	<p>Online-Dialog: Breite Öffentlichkeit; offene Online-Beteiligung aller Interessierten</p> <p>Planspiel: 25 zufällig ausgewählte junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren (aus Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt)</p>	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen)</p> <p>Online- und Präsenzformat (Planspiel)</p>	<p>BMU (2018)</p> <p>https://www.bmu.de/pressemitteilung/rekordbeteiligung-beim-online-dialog-zum-aktionsprogramm-insektenschutz/</p>

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		Weiterentwicklung des Aktionsprogramms eingingen.				
11/2018	BMFSFJ	<p>Dialog „Mitreden – Mitgestalten: Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“ & wissenschaftliche Begleitung: Der breiten Beteiligungs- und Dialogprozess zur Modernisierung der Kinder- und Jugendhilfe umfasste verschiedene Beteiligungsformate, die im Wesentlichen Expert*innen, Verbände und Professionen des Hilfesystems betrafen.</p> <p>Im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitung wurden jedoch auch Eltern, Pflegeeltern und Kinder in Bezug auf Veränderungsbedarfe befragt und die Ergebnisse in den weiteren politischen Prozess integriert. Positionen der Betroffenen wurden mit episodischen Interviews und standardisierten Befragungen eruiert.</p>	Kinder- und Jugendhilfe	<p>„ausgewogene Zusammenstellung des Samples von Betroffenen hinsichtlich: Alter, Geschlecht, Funktionseinschränkungen, sozio-ökonomischer Merkmale, regionaler Verteilung, beanspruchter Hilfearten sowie Grad der Erfahrung mit der Kinder- und Jugendhilfe“</p> <p>Anzahl der befragten Betroffenen unklar</p>	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Meinungen und Ideen einholen)</p> <p>Befragungen, Interviews</p>	<p>https://www.mitreden-mitgestalten.de/informationen</p> <p>https://www.mitreden-mitgestalten.de/informationen/forschungsdesign-der-wissenschaftlichen-begleitung</p>
2018	BKAmt, BMUB	<p>Studie „Lebensdauerlabel für Elektroprodukte - Untersuchung zur Wirkung einer Lebensdauerangabe für Elektroprodukte auf die Kaufentscheidung“: Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) beauftragte die Projektgruppe „wirksam regieren“ des Bundeskanzleramts (BKAmt), die Wirkung einer standardisierten Produkt-Kennzeichnung zur Lebensdauer von Elektroprodukten sowie möglicher Alternativen in verschiedenen Situationen empirisch zu testen. Mögliche Wirkungen wurden anhand von Kaufentscheidungen</p>	Umweltpolitik (Kreislaufwirtschaft)	<p>Verbraucherstichprobe mit 10.444 Teilnehmenden (repräsentativ für die Gesamtbevölkerung bezüglich Alter, Geschlecht, Region)</p>	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Praktisch erproben/ anwenden)</p>	Bundesregierung (2018)

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		in einer simulierten Onlineshop-Situation mit einer repräsentativen Stichprobe von 10.444 Verbrauchern getestet.				
2018-2021	BMU	<p>Studie „Nachhaltiger Konsum und Teilhabe“: Im Rahmen eines vom Umweltbundesamt beauftragten Forschungsvorhabens wurde neben anderen Fragen⁷⁵ praktisch erprobt, mit welchen Methoden alle Bevölkerungskreise an nachhaltigem Konsum besser beteiligt werden können.</p> <p>In einem Online-Dialog diskutierten rund 75 Personen in Gruppen verschiedene Maßnahmvorschläge für nachhaltige Konsumpolitik auf ihre Alltagstauglichkeit.</p>	Nachhaltigkeitspolitik	Bürgerbotschafter*innen; Fach- und Praxispartner	<p>Informell</p> <p>Konsultativ</p> <p>(Meinungen / Reaktionen einholen; praktische Erprobung)</p> <p>Präsenz- und Onlineformate</p>	https://www.bmu.de/nachhaltiger-konsum-teilhabe/
07/ 2019 – 05/ 2020	BMU	<p>Dialog Endlagersicherheit: Interessierte Bürger*innen konnten sich per Online-Kommentierungen, Online-Dialog, Einreichung von Stellungnahmen und per Vor-Ort-Veranstaltungen in Form eines Symposiums an der Rechtsverordnung zur Konkretisierung der Anforderungen an die Endlagerung in Deutschland beteiligen. Der Fokus des gesamten Beteiligungsvorhabens lag hierbei insbesondere auf Artikel 1 der Verordnung. Insgesamt nahmen ca. 5000 Bürger*innen an den Online-Kommentierungen und ca. 100 Bürger*innen an dem öffentlichen</p>	Umweltpolitik	Interessierte Bürger*innen innerhalb Deutschlands; eigenes Beteiligungsmodul für Jugendliche	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln)</p> <p>Online- und Präsenzformat</p>	https://www.bmu.de/themen/bildung-beteiligung/buergerbeteiligung/dialog-endlagersicherheit/

⁷⁵ Unter anderem wurde eruiert, wie nachhaltiger Konsum helfen kann, gesellschaftliche Teilhabe für benachteiligte Gruppen zu ermöglichen und welche gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen hierfür geschaffen werden müssen.

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		Symposium teil. Für Jugendliche wurde ein eigenes Beteiligungsmodul durchgeführt.				
03-06/ 2019	BMFSFJ	<p>Jugend-Audits: Insgesamt wurden drei sogenannte Jugend-Audits zu den Themen Vielfalt und Teilhabe, Mobilität und Digitales sowie und Arbeit / Freiräume sowie drittens zum Themenbereich Umwelt durchgeführt.</p> <p>Ziel ist, die Perspektive junger Menschen besser in die Jugendstrategie der Bundesregierung zu integrieren.</p> <p>Innerhalb der Audits entwickelten je 15 bis 30 junge Menschen in einem Werkstatt-Format Impulse. Diese stellten die Teilnehmer*innen der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) Jugend vor.</p>	Bildungs-, Jugendpolitik	Jeweils 15 bis 30 junge Menschen pro Audit	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln)</p> <p>Präsenzformat</p>	https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/jugendbildung/jugendstrategie/jugendbeteiligung/jugendbeteiligung/141880
05/ 2019	BMFSFJ	<p>Jugendpolitiktage 2019: Im Rahmen einer dreitägigen Veranstaltung, zu der das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eingeladen hatte, diskutierten rund 450 junge Menschen ganz Deutschland mit Vertreter*innen der Leitungsebenen von acht Bundesministerien. Ziel der JugendPolitikTage war es, Empfehlungen und Positionen für die gemeinsame Jugendstrategie zu entwickeln.</p> <p>Im Anschluss konnten weitere junge Menschen im Rahmen einer Online-Konsultation („Jugendverstärker“) die Ergebnisse und Empfehlungen diskutieren, gewichten und weiterentwickeln.</p>	Bildungs-, Jugendpolitik	Heterogene Gruppe aus insgesamt 450 jungen Menschen aus Jugendverbänden, Parteiorganisationen, Initiativen, Sportvereinen, etc.	<p>Informell</p> <p>Konsultativ – Kooperativ</p> <p>(Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln; Konflikte bearbeiten; Entscheidungen kontrollieren lassen)</p> <p>Online- und Präsenzformate</p>	<p>https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/jugendbildung/jugendstrategie/jugendbeteiligung/jugendbeteiligung/141880</p> <p>https://www.bmfsfj.de/blob/jump/137630/20190808-jugendpolitiktage-berlin-2019-data.pdf</p>

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
05/2019 – 09/2020	BMU	Bürgerdialog GesprächStoff Ressourcen: Der Bürgerdialog GesprächStoff Ressourcen hat Bürgerempfehlungen zum zweiten Nationalen Ressourceneffizienzprogramm der Bundesregierung (kurz ProgRess II) zusammengetragen. Die Bürger*innen haben Handlungsvorschläge in drei sogenannten Bürgerwerkstätten erarbeitet, in denen Expert*innen die Teilnehmenden mit Informationen versorgten. Die in den Werkstätten erarbeiteten Lösungsansätze („Bürgervorschläge“) konnten anschließend online kommentiert werden. Sie wurden in einem weiteren Workshop (Bürgerratschlag) zusammengeführt und abschließend der Umweltministerin übergeben.	Umweltpolitik (Ressourcenschutz)	300 Bürger*innen, ausgewählt per Zufallsprinzip Eine der Bürgerwerkstätten fand speziell für Jugendliche und junge Erwachsene (16 bis 25 Jahren) statt.	Informell Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln) Online- und Präsenzformate	BMU (2020)
06/2019- 02/2020	BMAS	Hin.Gehört. – Hubertus Heil im Dialog: Unter dem Titel „Leben und Arbeit vor Ort. Soziale Sicherheit. Arbeit von Morgen“ fanden fünf Dialogveranstaltungen in unterschiedlichen Städten zwischen Bürger*innen und Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil sowie Vertreter*innen zur Verbesserung der Sozialpolitik statt. Dabei stellte sich der Bundesminister konkreten Fragen zur Zukunft der Arbeit in Deutschland. Ergänzend fanden zwei Online-Dialoge statt („Online-Editionen“). Corona-bedingt konnten Bürger*innen weitere Anliegen via Social Media Kanälen einreichen.	Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik	Fünf Veranstaltungen mit je ca. 100-150 Teilnehmenden (in Rostock, Ludwigshafen, Leipzig, Dessau-Rosslau und Braunschweig), Selbstselektion der Teilnehmenden Zwei Online-Veranstaltungen (Selektion unklar)	Informell Konsultativ (Meinungen und Ideen einholen; Raum für Diskussionen) Online- und Präsenzformate	BMAS (2020) https://www.bmas.de/DE/Ministerium/Buergerbeteiligung/Dialogtour-hin-gehoert/dialogtour-hin-gehoert.html

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
10/2019 – Herbst 2020	Bundes- regierung (Feder- führung Kanzlera mt)	Dialogverfahren zur Überarbeitung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 20/21: Von Oktober 2019 bis Februar 2020 fanden Gespräche mit Stakeholdern (Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur, Wissenschaft) zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie statt und Dialogkonferenzen vier verschiedenen Städten Deutschlands (Berlin, Stuttgart, Norderstedt und Bonn) mit rund 1.500 Bürgerinnen und Bürgern. Unter Einbezug der Anregungen entwickelte die Bundesregierung einen ersten Entwurf der überarbeiteten Nachhaltigkeitsstrategie („Dialogfassung“). Im Oktober 2020 konnten Verbände und interessierte Öffentlichkeit über eine Online-Konsultationen kommentieren. Die von der Regierung überarbeitete Dialogfassung soll im Frühjahr 2021 verabschiedet werden.	Nachhaltigkeitspolitik	Rund 1.500 Bürger*innen nahmen an den Dialogkonferenzen teil Insgesamt 195 Stellungnahmen von Verbänden, Initiativen, NGO's und Bürger*innen	Informell Konsultativ (Informieren; Meinungen und Ideen einholen; Raum für Diskussionen) Online- und Präsenzformate	Bundesregierung (2021)
09/2019 – 2020	BMU	Bürgerdialog „Zu viel des Guten“: Der im September 2019 gestartete Bürger*innendialog behandelte die Frage „Warum kommt zu viel Stickstoff in die Umwelt und wie können wir gemeinsam das richtige Maß finden?“ im Rahmen von vier Dialogveranstaltungen bzw. sogenannten Regionalkonferenzen, welche ganztätig in Deutschland (Stuttgart, Weimar, Duisburg und Oldenburg) stattfanden. Ergebnis war ein konkreter Bürger*innenvorschlag, der erneut in einem Online-Dialog diskutiert und	Umweltpolitik, Agrarpolitik	Bürgerdialog: 110 Bürger*innen, per Zufallsverfahren ausgewählt Online-Dialog: Insgesamt 88 Kommentierungen und 436 Bewertungen (Anzahl der Kommentator*innen nicht angegeben)	Informell Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln) Online- und Präsenzformate	https://www.bmu.de/themen/bildung-beteiligung/buergerbeteiligung/buergerdialog-zu-viel-des-guten/ file:///C:/Users/L63C8~1.KAM/AppData/Local/Temp/200203_uba_buergerinnenratschlag_web_2.pdf https://www.stickstoff-dialog.de/dialoge

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		erweitert wurde. Das Gesamtergebnis wurde ans BMU übergeben.				
02/2018- 09/2020	BASE (bzw. bis 01/2017: BfE)	<p>Informelle Formate der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Endlagersuche: Der Prozess zur Auswahl eines Endlagers für langlebige radioaktive Abfälle soll „partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend und lernend“ organisiert sein (§1 Standortauswahlgesetz). Es geht um die Ermöglichung einer breiten öffentlichen und transparenten Diskussion, wobei die finale Entscheidung über den Standort bei den gewählten Volksvertreter*innen liegt.</p> <p>Im Februar 2018 fand ein Bürger*innendialog des Nationalen Begleitgremiums (NBG) zum "Start der Standortauswahl" statt.</p> <p>Im November 2018 und 2019 richtete das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE, später Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung/ BASE) jeweils in Berlin eine „Statuskonferenz Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen“ aus. Rund 200 Teilnehmer*innen aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft beleuchteten über zwei Tage den aktuellen Stand sowie die Herausforderungen im Standortauswahlverfahren.</p> <p>2019 fand in verschiedenen Städten eine Infoveranstaltungsreihe „Endlager gesucht“ für Bürger*innen statt (BASE, BGE, NBG).</p>	Umweltpolitik (Endlagersuche)	Unterschiedliche Gruppen von Bürger*innen (oft gemischt mit Stakeholdern), überwiegend in offenen Veranstaltungen	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren, Meinungen und Ideen einholen; Raum für Diskussionen)</p> <p>überwiegend Präsenzformate</p>	https://www.endlagersuche-infoplattform.de/webs/Endlagersuche/DE/Beteiligung/Buergerbeteiligung/Beteiligung-Module/Chronologie_Beteiligung_inhalt.html

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		<p>BASE, BGE und NBG veranstalteten im Oktober 2019 in Kassel ein gemeinsames Jugendbeteiligungsformat „Dein_Endlager!“ (60 Teilnehmende)</p> <p>Im Januar 2020 veranstaltete das BASE einen offenen Workshop mit ca. 100 Bürger*innen zur Endlagersuche. Die Ergebnisse wurden der „Beratungsgruppe Fachkonferenz“ vorgestellt. In der Gruppe konnten sich die an der Suche beteiligten Akteure sowie Vertreter*innen aus Wissenschaft, Gesellschaft und der Kommunen einbringen und das BASE bei der organisatorischen und konzeptionellen Vorbereitung der Konferenz beraten.</p> <p>Im September 2020 richtete das BASE eine digitale Bürger*innenveranstaltung zur Endlagersuche aus (rund 60 Teilnehmende). Ziel ist die Information der Teilnehmenden über die bevorstehende Veröffentlichung des Zwischenberichtes und die --> Fachkonferenz Teilgebiete (s.u.).</p>				
Seit 01/2020	BMEL	Dialogforum „Stadt.Land.Du“: Es handelt sich um eine Reihe von Dialogveranstaltungen, mit dem Ziel, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (inkl. BM'in Julia Klöckner) ins Gespräch mit Landwirten, Verbraucher*innen, Verbänden und Medien ins Gespräch zu bringen. Nach dem Auftakt auf der Internationalen Grünen Woche 2020 wurde die Dialogreihe Corona-bedingt zunächst ausgesetzt.	Agrarpolitik, ländliche Entwicklung	Auftaktveranstaltung: Selbstselektion (Besucher*innen der Internationalen Grünen Woche)	informell konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen)	https://www.bmel.de/DE/ministerium/dialogforum.html https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/018-dialogreihe.html

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
Seit 09/ 2020	TAB	Stakeholder-Panel TA: Ziel des Panels sind Dialogprozesse zu wissenschaftlich-technischen Entwicklungen, „die Sichtweisen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in die Arbeit des TAB [Büro für Technikfolgenabschätzung beim Bundestag] einzubringen und damit für den Deutschen Bundestag nutzbar zu machen. Hierbei sollen nicht nur fachliche, politisch-strategische und normative Aspekte berücksichtigt, sondern insbesondere auch gesellschaftliche Bedürfnisse und potenzielle Ansprüche im Kontext ausgewählter wissenschaftlich-technischer Entwicklungen identifiziert und abgebildet werden“ (TAB 2020). Methodisch handelt es sich bei dem Technikfolgenabschätzungs (TA-) Partizipationsprozess um eine Wiederholungsbefragung bei einer ausgewählten Gruppe von registrierten Mitgliedern, dem „Stakeholder Panel TA“. Die Mitglieder umfassen Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz) und wenig bzw. nicht institutionell organisierten Bürger*innen.	Unterschiedliche Themen der Technikfolgenabschätzung (seit 2014 behandelt: Algorithmen in digitalen Medien; Gesundheits-Apps; Online-Bürgerbeteiligung; Neue elektronische Medien und Gefahrenpotenziale exzessiver Nutzung; Ausbau der Stromnetze)	Ein Teil der 2.500 Panelmitglieder sind Bürger*innen. Jede/r kann mitmachen (Selbstselektion).	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen)	www.stakeholderpanel.de TAB (2020)
10/2020- 10/2021	BASE	Fachkonferenz Teilgebiete: Die „Fachkonferenz Teilgebiete“ ist das erste formelle Beteiligungsformat im Standortauswahlverfahren der Endlagersuche. Sie richtet sich gemäß §9 Standortauswahlgesetz an Bürger*innen, Vertreter*innen der Kommunen der Teilgebiete, Vertreter*innen	Umweltpolitik (nukleare Entsorgung)	Bis zu 1.000 per Selbstselektion ausgewählte Bürger*innen, Vertreter*innen der Kommunen der Teilgebiete, Vertreter*innen	formell konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen)	BASE (2020) https://www.endlagersuche-infoplattform.de/SharedDocs/Termine/Endlagersuche/DE/2021/02-04_fachkonferenz2.html

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		<p>gesellschaftlicher Organisationen und Wissenschaftler*innen.</p> <p>Auf der Fachkonferenz stellt die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH ihren Zwischenbericht „Teilgebiete“ zum Stand der Arbeiten zur Endlagersuche öffentlich zur Diskussion. Die Ausgestaltung der Fachkonferenz (Arbeitsweise, Ablauf, Dokumentation) liegt eigenverantwortlich in den Händen der Teilnehmer*innen; die Moderation liegt in den Händen einer Dialogagentur. Die Konferenzteilnehmer*innen werden von einer Geschäftsstelle unterstützt, die beim BASE angesiedelt ist.</p> <p>Nach der Auftaktveranstaltung im Oktober 2020 (s.o.) berät die Fachkonferenz an drei Beratungsterminen im Februar, April und Juni 2021 den Zwischenbericht. Die erste Fachkonferenz fand vom 5. bis 7. Februar 2021 Corona-bedingt online statt.</p> <p>Seit der Auftaktveranstaltung können die ersten Zwischenergebnisse der Endlagersuche abschnittsweise online kommentiert werden (onlinebeteiligung-endlagersuche.de).</p>		gesellschaftlicher Organisationen sowie Wissenschaftler*innen beteiligten sich im Plenum	<p>und entwickeln; Längerfristig zusammenarbeiten; Konflikte bearbeiten; Entscheidungen kontrollieren lassen)</p> <p>Online- und Präsenzformate</p>	
11/2020 - 2022	BMU	Mobilitätslabor „Wir steigen um!“: Im November 2020 wurden zwei Bürgerforen mit Teilnehmer*innen aus dem Landkreis Osnabrück und aus Dortmund (Corona-bedingt als Online-Formate) durchgeführt. Ziel war die Diskussion von Zukunftsszenarien und	Umweltpolitik, Verkehrspolitik	Quotierte Zufallsauswahl von 75 Bürger*innen der gewählten Städte/Regionen (gleichmäßige Abbildung der Gesamtbevölkerung sowie des Mobilitätsverhaltens)	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen</p>	BMU (2020)

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		<p>Maßnahmenvorschlägen für eine nachhaltige Mobilität.</p> <p>Anfang 2021 wird eine praktische Testphase mit 25 der Teilnehmenden durchgeführt. Die Tester*innen wählen entsprechend ihrer Vorlieben und Lebensumstände ein passendes Angebot, das sie etwa ein halbes Jahr testen können. Das BMU übernimmt die daraus entstehenden Mehrkosten (Leihgebühren, Tickets).</p> <p>Das Dialogformat dient dazu, Maßnahmen zu diskutieren und deren Alltagstauglichkeit zu prüfen.</p> <p>Die Ergebnisse werden gemeinsam mit den beteiligten Bürger*innen 2021/2022 öffentlich vorgestellt und sollen dazu genutzt werden, die Umsetzung der getesteten Maßnahmen politisch zu fördern.</p>		Testphase mit 25 der Teilnehmenden	<p>und entwickeln; Praktisch erproben; Längerfristig zusammenarbeiten; Konflikte bearbeiten; Entscheidungen kontrollieren lassen)</p> <p>Online- und Präsenzformate</p>	
02-05/ 2020	BMG	<p>Dialog-Reihe „Pflege sichern. Sicher pflegen“: startete am 06. Februar 2020. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und weitere Vertreter*innen luden zu einem offenen Dialog zur Diskussion über die „Zukunft von Pflegeversicherung und Pflegeleistung“ ein.</p> <p>An insgesamt sechs Standorten (Kassel, Düren, Worms, Pforzheim, Landshut und Wernigerode) waren Dialogformate geplant, wobei die Veranstaltungen an den Standorten Pforzheim, Worms und Kassel</p>	Gesundheitspolitik (Pflege)	Mehr als 250 per Selbstselektion ausgewählte Bürger*innen an den jeweiligen Standorten	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln)</p> <p>Präsenzveranstaltungen</p>	https://www.bundesgesundheitsministerium.de/pflegesichern.html

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt werden mussten.				
2020	BMBF	<p>High-Tech Strategie 2025 – Zukunftsforen, Regionaldialoge: Zur Weiterentwicklung der High-Tech Strategie der Bundesregierung soll in verschiedenen Formaten ein strategischer Austausch zwischen Bürger*innen über politische Themen gesichert werden.</p> <p>Neben verschiedenen Wettbewerben finden Ausstellungen sowie konkrete Dialogformate statt. So genannte Zukunftsforen dienen dem strategischen Austausch mit den Bürger*innen über politikrelevante Themen.</p> <p>Im High-Tech Forum soll die High-Tech Strategie gemeinsam mit der Gesellschaft weiterentwickelt werden. Zentraler Bestandteil sind dabei die Regionaldialoge. Diese fanden von Juni bis August 2020 bundesweit an insgesamt sieben Standorten (Osnabrück, Köln und Rheinland, Lausitz, Karlsruhe, Berlin, Frankfurt a. Main) sowohl digital als auch vor Ort statt. Diese wurden parallel von Online-Diskussionen begleitet. Thematisch widmeten sie sich z. B. Mobilität, Gut leben in der Region und KI in der Landwirtschaft.</p>	Innovationspolitik	Öffentliche Online-Diskussion; Ausgewählte Akteur*innen aus Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft bei den Präsenzformaten	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln; Längerfristig zusammenarbeiten)</p> <p>Online- und Präsenzformate</p>	<p>https://www.hightech-strategie.de/de/umsetzung-1698.html</p> <p>https://www.hightech-strategie.de/de/kommunikation-und-partizipation-1710.html</p>
09/2020	BMFSFJ	<p>Bundesjugendkonferenz „Politik für, mit und von Jugend“: Bei der digitalen Konferenz (11.-12. September 2020) kamen Jugendliche aus ganz Deutschland mit Vertreter*innen aus Bundesministerien, Jugendverbänden und Projekten zusammen. Ziel war die Diskussion</p>	Jugendpolitik	150 Jugendliche aus ganz Deutschland, die bereits jugendpolitisch aktiv waren (in Kinder- und Jugendparlamenten, Jugendforen und -beiräten,	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und</p>	<p>https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/jugendbildung/jugendstrategie/jugendbeteiligung/jugendbeteiligung/141880</p>

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		jugendpolitischer Fragen und Entwicklung von Politikempfehlungen für die Umsetzung der Jugendstrategie der Bundesregierung		Jugendverbänden, Migrant*innenjugend-Selbstorganisationen, Geflüchteten-Initiativen)	Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln) Onlineformat	http://data.storytile.net/customer_files/spi/2020_BuJuKo_Doku_OnlineEinzelseiten.pdf
10/2020	BMJV	<p>Europäische Jugendagenda für nachhaltige Verbraucherpolitik: Die dreitägige Jugendkonferenz „Future Labs“ fand online statt.</p> <p>Aus einer Online-Umfrage, an der Interessent*innen teilnehmen mussten, um sich registrieren zu können, wurden Fragestellungen abgeleitet, die die Grundlage der Jugendkonferenz bildeten.</p> <p>Im Rahmen der Konferenz wurde eine Europäische Jugendagenda für nachhaltige Verbraucherpolitik aufgestellt. Die Kernbotschaften wurde im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft bei den "Consumer Days" des BMJV vorgestellt.</p> <p>Durchgeführt von der Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland, wurde das Projekt vom BMJV gefördert.</p>	Verbraucherpolitik, nachhaltiger Konsum, Jugendpolitik	<p>Onlinekonsultation: offen (einzige Voraussetzung: Teilnahme an einem online-Survey zu nachhaltigem Konsum).</p> <p>Jugendkonferenz: 40 engagierte Jugendliche aus verschiedenen Ländern Europas</p>	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren/ Diskussionen starten)</p> <p>Onlineformat</p>	https://ijab.de/projekte/nextdays
2020 – 2022	BMU / UBA	<p>Zukunft? Jugend fragen! ist eine Studie, die untersucht, was junge Menschen über die Umwelt und das Klima denken. Das Besondere an der Studie bzw. Befragung ist die Etablierung eines Jugendprojektrates, der das gesamte Vorhaben begleitet und aktiv mitgestaltet. Zudem wurde eine Online-Plattform für den dauerhaften Austausch und Vernetzung bereitgestellt sowie eine</p>	Umweltpolitik	Ca. 1007 Befragte im Alter von 14-22 Jahren, die möglichst repräsentativ den Durchschnitt der Bürger*innen abbilden sollten; Projektbeirat aus 10 Menschen zwischen 14-22 Jahren	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten;</p>	https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/zukunft_jugend_fragen_studie_bf.pdf

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		Beteiligungswerkstatt, das sogenannte „Youth Lab“. Hier „wurden Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der empirischen Untersuchungen diskutiert und vor diesem Hintergrund Forderungen an die Umweltpolitik erarbeitet. Diese wurden auf der lokalen Klimajugendkonferenz LCOY im Oktober 2019 vorgestellt.“			Gemeinsam planen und entwickeln) Online- und Präsenzformat	
10/2020 & 02/2021	BMU	Bürgerdialog Bioökonomie: Mit dem Bürgerdialog möchte das Bundesamt für Naturschutz das Konzept Bioökonomie bekannter machen und mit Interessierten Bürger*innen über die Bioökonomie ins Gespräch kommen. Der Bürgerdialog war aufgeteilt in a) Bürgerdialoge in verschiedenen Städten und einen b) umfangreichen Online-Dialog. Letzterer wurde u.a. durch zwei Bürgerbotschafter*innen pro Region mit vorbereitet. Die Ergebnisse werden veröffentlicht und dem Bioökonomierat der Bundesregierung übergeben.	Landwirtschafts-, Forschungs-, Umweltpolitik	100 zufällig ausgeloste Bürger*innen aus vier Regionen Deutschlands - Leverkusen, München (virtuell), Neubrandenburg, Berlin (virtuell); der Berliner Dialog war ein Jugenddialog (Teilnehmende zwischen 18 und 24 Jahren) Online-Dialog offen für alle Interessierten	Informell Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten) Onlineformat	BMU (2021) https://www.biooekonomie-im-dialog.de/dito/explore?action=stартpage&id=90
11/2020- 2021	Kanzler- amt	Die Bundeskanzlerin im Gespräch: Im Rahmen von eineinhalbstündigen Online-Dialogen hat sich Kanzlerin Merkel mit Auszubildenden und Ausbildern, mit Polizist*innen, mit Studierenden, mit Pflegebedürftigen, pflegenden Angehörigen, und Pflegekräften sowie mit Familien zu Lebensumständen unter dem Einfluss der Corona-Pandemie in einem moderierten Gespräch ausgetauscht. Geplant sind weitere Gespräche mit Mitarbeiter*innen von Hilfs- und	Lebens-/ Berufsalltag während der Corona-Pandemie	Ca. 20 Personen pro Dialog, Auswahl über Intermediäre (z.B. IHKs)	Informell (Meinungen/ Reaktionen einholen) Onlineformat	https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/buergerdialog-familien-1847108

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		Krisentelefonen, Kunst- und Kulturschaffenden sowie Mitarbeiter*innen ehrenamtlicher Hilfsorganisationen.				
Seit 12/2020	Bundes- präsident	Bürgerlage: Seit Dezember 2020 trifft sich der Bundespräsident regelmäßig mit sieben Bürger*innen, um mit ihnen über ihre aktuelle Lage in der Corona-Situation und ihre Sicht auf weiteren Entwicklungen in Deutschland zu sprechen. Zuhörenden Bürger*innen können über den Chat Fragen in die Diskussion einspeisen.	Demokratiepolitik	7 Bürger*innen („aus der gesamten Bundesrepublik, aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft, sind jünger und älter sowie verschieden stark beruflich oder privat von der Pandemie betroffen“; vermutlich gezielte Auswahl)	Informell Konsultativ (Meinungen einholen und Raum für Diskussionen bieten) Präsenzformate	https://www.bundespraesident.de/DE/Bundespraesident/Buergerlage/Buergerlage-node.html
01-02/ 2021	Bundesta- g	Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“: Auf zehn Online-Veranstaltungen erarbeitet der Bürgerrat Empfehlungen dazu, wie die Bundesrepublik künftig auf der weltpolitischen Bühne auftreten soll. Konkret werden fünf Themenfelder behandelt: Nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft und Handel, Frieden und Sicherheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit, Europäische Union. In die Themensetzung und Erarbeitung der Tagesordnung wurden Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Bürger*innen (mittels einer repräsentativen Befragung) einbezogen. Der Bürger*innenrat, der vom Verein Mehr Demokratie e.V. als Pilotprojekt konzipiert wurde, wurde im Juni 2020 vom Bundestag	Außenpolitik	Ca. 160, aus ganz Deutschland ausgeloste Teilnehmende „Unter den 160 Teilnehmenden sollen die Geschlechter, Bundesländer, Ortsgrößen, aus denen die Teilnehmenden kommen, Bildungsabschlüsse und Migrationserfahrungen so abgebildet sein, wie sie in der Gesamtbevölkerung Deutschlands verteilt sind.“ --> gestaffelte Zufallsauswahl der	Informell Konsultativ (Gemeinsam planen und entwickeln) Online- und Präsenzformate	https://deutschlands-rolle.buergerrat.de/ https://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/701614-701614

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		mandatiert, ihm ein Bürger*innengutachten vorzulegen.		Gemeinden und der Bürger*innen, anschließende Zusammenstellung des Teilnehmer*innenkreis aus den Anmeldungen nach den oben genannten Kriterien		
02/2021	BMU	Nationaler Bürger*innen Dialog Wasser: baut auf dem im Jahr 2018 durchgeführten sogenannten Wasserforums auf. Die erste Phase erfolgt Online in sogenannten Werkstattdialogen. Die zweite Phase findet in verschiedenen Städten Deutschlands und wird ergänzt durch ein Jugendforum. Diese Dialogveranstaltungen bzw. die dort entwickelten Vorschläge und Ideen sollen die Basis zur Entwicklung der Nationalen Wasserstrategie bilden.	Umweltpolitik (Wasserpolitik)	Per Zufallsverfahren ausgeloste Bürger*innen;	Informell Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln) Online- und Präsenzformate	BMU (2020)
2021	BMVJ	Experimentierwerkstatt Ländliche Verbraucherpolitik: Experimentierwerkstätten in drei Landkreisen adressieren folgende Fragen: Wie können die Verbraucherinformation und Verbraucherberatung in ländlichen Regionen von Deutschland verbessert werden? Welche Rolle kann die Digitalisierung spielen? Unter „Experimentierwerkstatt“ werden Workshops verstanden, bei denen die Teilnehmenden Antworten und Konzepte für die obige Fragestellungen erarbeiten. Corona-bedingt wurde von einer eintägigen Präsenzveranstaltung auf ein Online-	Verbraucherpolitik; ländliche Entwicklung	Pro Landkreis (Fulda, Sigmaringen, Ludwigslust-Parchim) 20 Personen, die sich frei anmelden können, aber in Hinblick auf eine balancierte Gruppenzusammensetzung nach Alter, Geschlecht und weiteren Kriterien ausgesucht werden.	Informell Konsultativ (Meinungen/ Reaktionen einholen; Abschlussbericht als Basis für die Weiterentwicklung der Verbraucher*innen-politik) Onlineformat	https://schramm-klein.com/fragen-und-antworten-faqs

Jahr	Initiator/ in (Legende s.u.)	Beteiligungsprozess	Thema	Akteure, inkl. Akteursauswahl	Infos zur Beteiligungsform (vgl. Kap. 3.2.2.3)	Quellen
		Format umgestellt, mit drei ca. einstündigen Workshop-Abschnitten. Teilnehmende erhalten über drei Wochen drei Arbeitspakete.				
05/ 2021	BMFSFJ	<p>JugendPolitikTage 2021: Die Dialogveranstaltung schließt an die JugendPolitikTage von 2017 und 2019 und soll vom 06.-09. Mai 2021 stattfinden.</p> <p>Im digitalen Raum sollen Ideen für eine jugendgerechte Zukunft entwickelt werden und diese anschließend mit Vertreter*innen der Bundesregierung und der organisierten Zivilgesellschaft diskutiert werden.</p> <p>Bewerben können sich alle Interessierten, die zwischen 16 und 27 Jahren alt sind.</p>	Bildungs-, Jugendpolitik	Rund 1.000 junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren haben sich für die JugendPolitikTage 2021 beworben; ca. 450 Menschen werden nach Berlin eingeladen; Auswahlfragen bezogen sich auf die Motivation, bisheriges Engagement und Ideen zur Verminderung von sozialer Ungleichheit	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (Informieren; Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten; Gemeinsam planen und entwickeln; Konflikte bearbeiten)</p> <p>Onlineformat</p>	<p>https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/jugendbildung/jugendstrategie/jugendbeteiligung/jugendbeteiligung/141880</p> <p>https://www.bmfsfj.de/blob/jump/137630/20190808-jugendpolitiktage-berlin-2019-data.pdf</p>
unbekannt	EU KOM; BuReg	<p>Bürgerkonferenz zur Zukunft Europas: Die EU-Kommission hat 2020 die Durchführung von Bürgerkonferenzen in den EU-Mitgliedsstaaten vorgeschlagen. Thematisch soll es um die Ziele der EU in Sachfragen und um institutionelle Fragen zu einer weiteren Demokratisierung der EU gehen. Organisatorisch soll die Konferenz u.a. Bürgerdialoge beinhalten sowie eine mehrsprachige Online-Plattform.</p> <p>Der für Mai 2020 geplante Start wurde Corona-bedingt auf einen unbekanntem Termin in der Zukunft verschoben.</p>	Demokratiepolitik, Europapolitik	Bürgerforen sollen per Zufallsauswahl repräsentativ besetzt werden, wobei junge Leute besonders berücksichtigt werden sollen	<p>Informell</p> <p>Konsultativ (voraussichtlich: Meinungen/ Reaktionen einholen; Aktivieren und Diskussionen starten)</p>	<p>https://ec.europa.eu/germany/news/20200122-zukunft-europas_de</p> <p>https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/06/24/conference-on-the-future-of-europe-council-agrees-its-position/</p>

Legende: BASE = Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung; BfR = Bundesamt für Risikobewertung; BfS = Bundesamt für Strahlenschutz; BKAm = Bundeskanzleramt; BMAS = Bundesministerium für Arbeit und Soziales; BMBF = Bundesministerium für Bildung und Forschung; BMEL = Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; BMFSJ = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; BMG = Bundesministerium für Gesundheit BMI = Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; BMJV = Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz; BMU = Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit; BMUB = Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit; BMVI = Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur; BMWi = Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; EU KOM = Europäische Kommission; TAB = Büro für Technikfolgenabschätzung beim Bundestag.

6.2 Informelle, kommunale Beteiligungsprozesse: Methodische Details der Datenerhebung

Die durchgeführte Erhebung zur Untersuchung von Trends der informellen, dialogorientierten Bürger*innenbeteiligung auf kommunaler Ebene umfasst Computer-gestützte Telefoninterviews und eine teilautomatisierte Auswertung online verfügbarer Daten mithilfe eines zugeschnittenen Webcrawler-Frameworks.

Zum Untersuchungsgegenstand

Betrachtet wurden informelle, dialogorientierte Verfahren der Bürger*innenbeteiligung auf kommunaler Ebene in NRW, die durch Kommunalverwaltungen initiiert sind. Mit anderen Worten geht es um nicht gesetzlich vorgeschriebene Formen der Bürger*innenbeteiligung, die auf kommunikativen Prozessen bzw. dem Dialog von und mit Bürger*innen beruhen, um über öffentliche, d.h. kommunale Belange zu beraten und diese konstruktiv zu bearbeiten. Bei diesen öffentlichen Belangen kann es z.B. um kommunale Probleme oder Zukunftsfragen gehen, die entweder die gesamte Kommune oder Teile der Kommune betreffen.

Nicht im Blick sind also

- gesetzlich vorgeschriebene, direktdemokratische Verfahren, z.B. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide oder vorgeschriebene Planfeststellungsverfahren bei baulichen Angelegenheiten; zudem Wahlen und Demonstrationen/Protest,
- reine Informationsveranstaltungen, Fachvorträge oder einseitige Befragungen von Bürger*innen (insofern diese nicht dialogorientiert sind),
- Verfahren, bei denen die Ansichten der Bürger*innenschaft ausschließlich durch Vereine, NGOs und andere organisierte zivilgesellschaftliche Akteure repräsentiert werden (d.h. bei denen keine einzelnen Bürger*innen am Dialog beteiligt sind),
- Verfahren, die von anderen Akteuren, d.h. nicht von Kommunalverwaltungen selbst initiiert sind.

Nicht betrachtet wurden außerdem rein online-basierte Beteiligungsverfahren.

Somit ergeben sich 5 Kernmerkmale der in der Erhebung berücksichtigten Beteiligungsverfahren in Kommunen in NRW, die einzeln notwendig und zusammen hinreichend sind: Das jeweilige Beteiligungsverfahren

1. ist informell, d.h. nicht gesetzlich vorgeschrieben
2. involviert (einzelne) Bürger*innen der jeweiligen Kommune
3. ist dialogorientiert, d.h. besteht nicht nur aus einseitigen Informationsveranstaltungen o. Befragungen
4. ist durch die Kommune selbst, d.h. die/Akteure der Kommunalverwaltung initiiert
5. findet (schwerpunktmäßig) analog und nicht (nur) online-basiert statt

Gleichzeitig ist die Abgrenzung dieser Kennmerkmale oft nicht trennscharf, d.h. beispielsweise, dass formelle Beteiligungsverfahren oft auch informelle Elemente enthalten und Informationsformate und Befragungen häufig mit deliberativen Elementen (z.B. der Möglichkeit der Diskussion oder Kommentierung) verbunden sind. Wo sich solche „Hybridformate“ oder „Mischformen“ identifizieren ließen, haben wir auch diese in unserer Erhebung mit aufgenommen, sodass z.B. Informationsveranstaltungen und Bürgerbefragungen in diesen Fällen auch Aufnahme in unserer Erhebung gefunden haben.

Beispielhafte Verfahrensbezeichnungen für gängige Formen informeller Bürger*innenbeteiligung sind etwa „Bürgerdialog“, „Zukunftswerkstatt“, „Bürgerrat“, „Bürgerkonferenz“ oder „Bürgerforum“. Es gibt allerdings keine einheitlichen Verfahrensbezeichnungen, die in einer vollumfänglichen Liste zusammengetragen werden könnten. Hierin besteht eine Herausforderung, insbesondere für die teilautomatisierte Erhebung durch das Webcrawler-Framework.

Computer-gestützte Telefoninterviews

Auf der Grundlage eines strukturierten Fragebogens⁷⁶ mit teils vorgegebenen Antwortmöglichkeiten konnten durch die Computer-gestützten⁷⁷ Telefoninterviews quantitative und qualitative Daten zu Formen, Themen, Zielen, der Dauer, Methoden, Teilnehmer*innen, Motiven bzw. Anstößen, Ergebnissen und Finanzierungsaspekten von informellen, dialogorientierten Teilnahmeverfahren der vergangenen 10 Jahre und entsprechenden Trends gewonnen werden.

Die Datenerhebung mithilfe der Computer-gestützten Telefoninterviews ermöglicht damit

1. einen ersten quantitativen Überblick über die Teilnahmefeld im Bereich informeller, dialogorientierter Bürger*innenbeteiligung in NRW und
2. die Einordnung von Entwicklungen, die durch Fragen nach Gründen für bestimmte Entwicklungen und nach Kontextfaktoren der Beteiligung (z.B. Details zur Planung, Gestaltung und Finanzierung von Teilnahmeverfahren, zum Umgang mit Teilnahmefeldergebnissen und zu den Teilnehmenden) möglich ist.

Insgesamt wurden 46 Computer-gestützte Telefoninterviews mit Interviewpartner*innen aus per Zufall ausgewählten Kommunen in NRW geführt. Die Grundgesamtheit, aus der die Stichprobe gezogen wurde, umfasst alle 396 Kommunen NRW. Bei den Interviewpartner*innen handelt es sich um Mitarbeiter*innen der jeweiligen Kommunalverwaltungen. Es wurden dabei nicht nur Interviews geführt, wenn in den vergangenen 10 Jahren informelle Beteiligung in einer Kommune stattgefunden hat. Wenn keine informelle Beteiligung stattgefunden hat, wurden die Interviewpartner*innen nach den Gründen hierfür befragt. Auswahlkriterium für die Interviewpartner*innen in den Fällen, dass bereits informelle Teilnahmefeldverfahren stattgefunden haben, war, dass diese selbst schon an Teilnahmefeldverfahren beteiligt waren/sind oder umfassend über diese informiert sind. Je nach Personalsituation und Strukturierung der Aufgabenbereiche innerhalb einer Kommune haben wir allerdings festgestellt, dass die Expertise der Verwaltungsmitarbeiter*innen zu informellen, dialogorientierten Teilnahmefeldverfahren teilweise breit gestreut ist. Eine Bündelung der Expertise für den Zweck des Telefoninterviews war in diesen Fällen schwierig.

Mit der Durchführung der Telefoninterviews und der Aufbereitung der erhobenen Daten in Form eines in Excel vorliegenden Datensatzes wurde das Marktforschungsunternehmen DIMA Marktforschung beauftragt, das uns ebenfalls bei der Entwicklung des Interviewfragebogens unterstützt hat. Zur Auswertung des vorliegenden Datensatzes wurde die Statistik- und Analyse-Software SPSS herangezogen.

⁷⁶ Aufgrund der Länge des Fragebogens kann dieser hier nicht eingefügt werden. Der Fragebogen ist aber auf Anfrage einsehbar (engage@uni-muenster.de).

⁷⁷ Bei Computer-gestützten Telefoninterviews (auch „Computer Assisted Telephone Interview“, kurz „CATI“) wird der Interviewfragebogen direkt in digitalisierter Form genutzt. Der*die Interviewer*in kann so die Fragen vom Bildschirm ablesen und Antwortmöglichkeiten direkt anklicken oder Antworten eingeben, sodass komplexere Fragebogenabläufe realisiert werden können und die Daten unmittelbar in maschinenlesbarer Form verfügbar sind.

Webcrawler-Framework

Zweites Standbein der Datenerhebung im Bereich informeller Bürgerbeteiligung in NRW war eine teilautomatisierte Auswertung von Kommunalwebsites auf der Grundlage eines Webcrawler-Frameworks, das im Umfeld der Programmiersprache Python in Zusammenarbeit mit dem Service Center Digital Humanities der WWU Münster entwickelt wurde. Ziel dieses Erhebungsinstruments war, alle Verfahren informeller Beteiligung zu identifizieren, über die auf Kommunalwebsites zufällig ausgewählter Kommunen NRW⁷⁸ informiert wurde und neben der Zahl der Verfahren auch Themen und genutzte Methoden zu erfassen. Auf dieser Grundlage wurde schließlich eine Trendanalyse vorgenommen. Das diesbezügliche Vorgehen lässt sich in 4 Schritten darstellen:

Schritt 1: Crawling (Durchsuchen von Websites mithilfe von Suchwörtern)

Ziel des ersten Schrittes war, zur Aggregation von Forschungsdaten auf Grundlage der vorab definierten Quellen (Websites aller zufällig ausgewählten Kommunen in NRW) und Suchwörter (Bezeichnungen für informelle Beteiligungsverfahren) an alle URLs bzw. Unterseiten der Kommunalwebsites zu kommen, die Informationen zu informellen, dialogorientierten Beteiligungsverfahren enthalten. Um die Kommunalwebsites auf die entsprechenden Suchwörter hin zu durchsuchen, wurden über sog. „Google Search Engine APIs“ (d.h. Application Programming Interfaces oder auch Programmierschnittstellen in unserem Fall der Suchmaschine Google) relevante Suchergebnisseiten (sog. Search Engine Result Pages, kurz „SERPs“) ermittelt. Eine Suchergebnisseite stellt also eine Unterseite einer durchsuchten Kommunalwebsite dar, auf der ein oder mehrere Suchwörter gefunden wurden. Die URL einer Suchergebnisseite führt also (idealerweise) zu einem Text, in dem über ein kommunales, informelles Beteiligungsverfahren berichtet wird. Über die SERP-Anbieter Zenserp und SerpApi standen dabei 200.000 Suchanfragen zur Verfügung.

Es wurden nur Kommunalwebsites durchsucht, da nur informelle, dialogorientierte Beteiligungsverfahren erhoben werden sollten, die von Kommunalverwaltungen initiiert sind. Diese Einschränkung der durchsuchten Online-Quellen auf Kommunalwebsites der zufällig ausgewählten Städte und Gemeinden NRW hat den Vorteil, dass die Suche von Verfahrensbezeichnungen in Kombination mit definierten Quellen die Genauigkeit der Suche und damit die Wahrscheinlichkeit relevanter Suchtreffer erhöht (etwa im Vergleich zu der Suche einer Verfahrensbezeichnung in Kombination mit dem Namen einer Kommune mithilfe einer Suchmaschine). Die Beschränkung der Suche auf die genannten Online-Quellen ist außerdem vertretbar, insofern zu erwarten ist, dass von Kommunen initiierte Beteiligungsverfahren i.d.R. auf den eigenen Websites der Kommunen beworben werden oder dort über diese berichtet wird. Die Berücksichtigung weiterer Online-Quellen würde den Aufwand der Erhebung stark erhöhen; es würden vermutlich aber nicht signifikant mehr Verfahren gefunden werden.

Die Auswahl der Suchwörter, d.h. der in Kombination mit den gelisteten Quellen gesuchten Verfahrensbezeichnungen informeller, dialogorientierter Beteiligung sind dem Forschungsdesign der bereits erwähnten Studie zu informeller Beteiligung auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg an der Universität Stuttgart entlehnt (vgl. Remer 2020). Die Liste der Suchwörter nach Remer (2020) wurde dabei zugunsten der Aufnahme alternativer Schreibweisen und Gender-Varianten leicht verändert. Unserer Erhebung liegt damit eine Liste über 161 Suchwörter zugrunde, von denen 39 keine eigenen Verfahrensbezeichnungen, sondern alternative Schreibweisen und Gender-Varianten darstellen (s. Abb. 41). Da das Erhebungsinstrument auf die Identifikation informeller, *dialogorientierter* Beteiligungsverfahren zielt, wurden keine Bezeichnungen für rein einseitige

⁷⁸ Bis zum Ende Dezember 2020 konnten die Kommunalwebsites von 42 zufällig ausgewählten Städten NRW untersucht werden.

Informations- oder Vortragsformate in die Liste der Suchwörter aufgenommen. Gleichwohl wurden durch das Webcrawler-Framework Beteiligungsformate identifiziert, die durchaus einen stark informativen Charakter aufweisen.

Schreibweise 1	Schreibweise 2	Schreibweise 3	Schreibweise 4
Anwaltsplanung			
Arbeitsgruppe	Arbeitsgruppen		
Arbeitskreis			
Auftaktveranstaltung			
Ausländerbeirat	AusländerInnenbeirat		
Internationaler Beirat			
Migrantenbeirat	MigrantInnenbeirat		
Migrationsbeirat			
Migrationsrat			
Ausländerrat			
Integrationsrat			
Integrationsbeirat			
Migrationsausschuss			
Forum für Integration			
Integrationsforum			
Beteiligung			
Beteiligungsverfahren			
Bürgerbeteiligung	BürgerInnenbeteiligung		
Beteiligungsangebot			
beteiligungorientiert			
Beteiligungsbeirat			
Bürgerbeirat	BürgerInnenbeirat		
Bürgerdialog	BürgerInnendialog		
Bürgercafe	BürgerInnencafe	Bürgercafé	BürgerInnencafé
Bürgerbeteiligungsabend	BürgerInnenbeteiligungsabend		
Bürgergipfel	BürgerInnengipfel		
Bürgerversammlung	BürgerInnenversammlung		
Bürgerkonferenz	BürgerInnenkonferenz		
Bürgerforum	BürgerInnenforum		
Bürgerforen	BürgerInnenforen		
Bürgergutachten	BürgerInnengutachten		
Bürgerhaushalt	BürgerInnenhaushalt		
Kiezfonds			
Schülerhaushalt	SchülerInnenhaushalt		
Bürgerbudget	BürgerInnenbudget		
Bürgerrat	BürgerInnenrat	Bürgerräte	BürgerInnenräte
minipublic	Minipublics		
Bürgertisch	BürgerInnentisch		
Bürgerstammtisch	BürgerInnenstammtisch		
Bürgergespräch	BürgerInnengespräch		
Deliberation			
deliberativ			
Deliberative Mapping			
Deliberative Polling			
Demokratiewerkstatt			
Dialog			
dialogorientiert			
Dialogverfahren			
Dialogangebot			
Diskussionsveranstaltung			
Diskussionsrunde			
Diskussionsabend			

Einwohnerkonferenz	EinwohnerInnenkonferenz
Anwohnerkonferenz	AnwohnerInnenkonferenz
Einwohnerbeteiligung	EinwohnerInnenbeteiligung
Anwohnerbeteiligung	AnwohnerInnenbeteiligung
Einwohnerversammlung	EinwohnerInnenversammlung
Anwohnerversammlung	AnwohnerInnenversammlung
Nachbarschaftsgespräche	
Flüchtlingsdialog	
Fokusgruppe	
Fishbowl	
Dynamic Facilitation	
Aktivierende Befragung	
Inklusionsbeirat	
Jugendgemeinderat	
Jugendparlament	
Kinderparlament	
Kindergemeinderat	
Jugendbeteiligung	
Jugendforum	
Kinderforum	
Jugendbeirat	
Achterrät	8er-Rat
Konsensuskonferenz	
Konsensorientierte Abstimmung	
Konsensorientierte Abstimmungsverfahren	
Konsultation	
Mitwirkung	
Mitbestimmung	
Koproduktion	
Leitbild	
Masterplan	
Leitlinien	
Mediation	
Schlichtung	
Konfliktlösung	
Konfliktlösungskonferenz	
Faktenklärung	
Meinungsumfrage	
Umfrage	
Bürgerumfrage	BürgerInnenumfrage
Bürgerbefragung	BürgerInnenbefragung
Bürgerpanel	BürgerInnenpanel
Open Space Konferenz	
Open Space	
Ortsbegehung	
Stadtteilsparziergang	
Orsttermin	
Ortsbegang	
Partizipation	
partizipativ	
Partizipationsangebot	
Planungszelle	
Planungswerkstatt	
Planungsworkshop	
Runder Tisch	

Seniorenbeirat	SeniorInnenbeirat
Stadtteilforum	
Stadtteilkonferenz	
Vorschlagswesen	
Werkstatt	
Workshop	
Perspektivenwerkstatt	
Kompetenzwerkstatt	
Strategiewerkstatt	
Bilanzwerkstatt	
Themenwerkstatt	
Bürgerwerkstatt	BürgerInnenwerkstatt
World Cafe	
Worldcafé	
Zukunftskonferenz	
Zukunftswerkstatt	

Abb. 42: Liste der Suchwörter (Webcrawler-Framework)

Ein weiterer Unterschied zum Vorgehen bei Remer (2020) ist, dass wir die Suchwörter nicht in Gruppen, sondern einzeln suchen. So wird vermieden, dass das von Google automatisch vorgenommene Ranking der Suchergebnisse einen Einfluss darauf hat, welche der gemeinsam gesuchten Verfahrensbezeichnungen an welcher Stelle in der Darstellung der Suchergebnisse präsentiert wird.⁷⁹ Als Ergebnis des Crawlings wurden URL-Listen angelegt und in einer nicht-relationalen Datenbank gespeichert, um diese schließlich für das Scraping (s. Schritt 2) zu nutzen.

Schritt 2: Scraping (Auslesen gefundener Suchergebnisseiten)

Nach der Phase des Crawlings wurden die identifizierten URLs genutzt, um mithilfe des Frameworks „Scrapy“ die Informationsfragmente, die unter diesen URLs zu finden sind, automatisch zu extrahieren. Zu beachten waren dabei jeweils sog. robots.txt-Dateien, d.h. Maschinen-lesbare „Richtlinien“, die festlegen, ob und wie eine Website durch einen Bot bzw. einen Scraper (also einen nicht menschlichen Benutzer) besucht werden darf.

Mit „Informationsfragmenten“ gemeint ist alles unter einer URL zu findender (gehaltvoller) Text. Strukturelemente von Websites beispielsweise wurden nicht extrahiert. Berücksichtigt wurden dabei auch downloadbare Dokumente im PDF-Format. Weiterführenden Links auf durch das Crawling identifizierten Unterwebsites wurde dagegen nicht gefolgt. Ignoriert wurden schließlich auch Fehlerseiten (z.B. Fehler 500 [Internal Server Error] oder Fehler 404 [Deadlink]). Die extrahierten Rohdaten wurden, mit einer Identifikationsnummer versehen, in einer nicht-relationalen Datenbank gespeichert. Der so zusammengetragene Textkorpus stellt die Grundlage für die weiteren Bereinigungs- und Auswertungsschritte dar.

Schritt 3: Data Cleansing und semantische Analyse

In einem dritten Schritt wurden die Rohdaten bereinigt um Fehltreffer, weitgehend automatisiert auf die uns interessierenden Untersuchungsmerkmale hin analysiert und in einheitlich strukturierte Daten überführt. Dabei lagen die Texte gruppiert nach Kommunalwebsites bzw. Kommunen vor und wurden auch Kommune für Kommune abgearbeitet.

⁷⁹ Wenn z.B. eine Kommunalwebsite mithilfe von Google Search Engine APIs gleichzeitig auf die Suchwörter „Zukunftswerkstatt“ und „World Café“ untersucht wird, könnte es sein, dass der Algorithmus des Google-Rankings Suchergebnisse mit dem Suchbegriff „World Café“ priorisiert und daher in der Reihenfolge der Suchergebnisse zuerst anzeigt.

Die **Bereinigung der Rohdaten** erfolgte anhand der folgenden Schritte:

1. **Ranking der extrahierten Texte nach Scores:** Für jeden extrahierten Text wurde ein Score vergeben, der umso höher ist, je mehr und je präzisere Suchwörter im Text vorkommen (Bsp.: der Suchbegriff „Zukunftswerkstatt“ beschreibt dezidiert eine Methode informeller Beteiligung und erhält deshalb einen höheren Score als der Suchbegriff „Dialog“). Die Texte wurden nach der Höhe des Scores sortiert und alle Texte mit einem Score von „0“ aussortiert.
2. **Aussortieren von Texten mit über 10.000 Zeichen und PDF-Dokumenten:** PDF-Dokumente wurden aussortiert, da diese nach einer manuellen, stichprobenartigen Durchsicht i.d.R. keine relevanten, zusätzlichen Informationen zum ausgelesenen Website-Text enthielten. Bei Texten mit mehr als 10.000 Zeichen handelte es sich i.d.R. um Newsletter oder andere Formen von Auflistungen und schwer automatisiert auswertbaren Texten, die zudem vergleichsweise wenig Informationen zu den gesuchten informellen, dialogorientierten Beteiligungsverfahren enthielten. Sie wurden deshalb ebenfalls aussortiert.
3. **Überprüfung der Suchtreffer mithilfe des sog. „Rule-based matching“ über das Programm „Spacy“:** Anhand definierter Muster (z.B. bestimmte Wortarten in Kombination mit bestimmten Lemmata) wurde überprüft, dass die in den extrahierten Texten identifizierten und beschriebenen Beteiligungsverfahren unserem Erkenntnisinteresse entsprechen, d.h. informell, dialogorientiert, nicht rein digital und von Kommunalverwaltungen initiiert sind. Dieser Schritt erfolgte automatisiert mithilfe des Programms „Spacy“, das die extrahierten Texte auf die definierten Muster hin untersucht hat. Entwickelt wurde dafür eine „Allowlist“ und eine „Blocklist“. Die „Allowlist“ umfasst mit Blick auf unsere Prüfkriterien erlaubte Muster, d.h. Satzkonstruktionen bzw. Wortkombinationen; die „Blocklist“ umfasst mit Blick auf unsere Prüfkriterien nicht erlaubte Satzkonstruktionen bzw. Wortkombinationen. Die Muster der „Allowlist“ wurden mit einem positiven Score versehen, die Muster der „Blocklist“ mit einem negativen Score. Je mehr Muster der „Allowlist“ mithilfe von Spacy in einem Text gefunden wurden und je weniger Muster der „Blocklist“, desto höher der Score, je weniger Muster der „Allowlist“ und je mehr Muster der „Blocklist“, desto niedriger der Score. Ein niedriger Score weist damit darauf hin, dass es sich bei dem jeweiligen Text möglicherweise um einen Fehltreffer handelt. Um Fehltreffer sicher als solche zu identifizieren und auszusortieren, war jedoch noch einmal eine manuelle Prüfung notwendig.

Die darauffolgende **semantische Analyse** erfolgte unter Anwendung ähnlicher Verfahren mit dem Ziel, die vorliegenden Daten nach relevanten Untersuchungsmerkmalen zu strukturieren bzw. relevante Informationen aus dem Datenmaterial herauszufiltern und diese Informationen (im Excel-Format) zu systematisieren. Der Fokus lag dabei auf den Kategorien „Datum“, „Methode“ und „Themen“ der Beteiligungsverfahren. Zunächst wurden diese Kategorien mithilfe des Programms Spacy für alle relevanten Texte erhoben. Dabei waren vereinzelt manuelle Nachbesserungen bzw. Ergänzungen notwendig, sodass am Ende vollständige Informationen zu den Untersuchungsmerkmalen aus allen relevanten Texten vorlagen.

Schritt 4: Systematisierung und Aggregation der erhobenen Daten

Der Datensatz wurde schließlich durch **Schritte des Clusters und Aggregierens** weiter systematisiert.

Zunächst wurden dazu die identifizierten „Methoden“ und „Themen“ der Beteiligungsverfahren spezifischen Oberkategorien, genauer 16 verschiedenen **Themenclustern**⁸⁰ und 4 verschiedenen

⁸⁰ Themenclustern: Stadt; Stadtteil/Quartier; Mobilität/Verkehr; Digitalisierung; Umwelt/Klima/Nachhaltigkeit; Europa/Internationales; Wohnen; Bildung/Kinder/Jugend; Demokratie/Beteiligung; Kultur; Gesundheit; Soziales/Integration/Migration; Wirtschaft; Haushalt/Finanzen; Freizeit/Sport; Sonstige

Methodenclustern⁸¹ zugeordnet. Die Methodencluster bilden dabei verschiedene Stufen der Dialogintensität ab (von wenig dialogintensiven Methoden bis hin zu sehr dialogintensiven Methoden).

Nach diesem Teilschritt lag ein umfassender, nach Teilnehmungsverfahren pro Kommune und relevanten Untersuchungsmerkmalen strukturierter Datensatz vor (pro untersuchter Kommune eine Exceltabelle, die alle identifizierten, relevanten und geclusterten Untersuchungsmerkmale für alle auf der entsprechenden Kommunalwebsite gefundenen Texte enthält, s. Abb. 40). Dieser Datensatz erlaubt auch die Identifikation von gleichen Teilnehmungsverfahren, die in mehreren extrahierten Quellentexten gefunden wurden (insofern hier gleiche Angaben mit Blick auf das Datum, das Thema und Methode der Beteiligung auftreten).

A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	
1	Zeichen	Scraping-Score	Anzahl Scraping	IndiListe	Scraping Indikatoren	THEMA	THEMENCLUSTER	METHODE	METHODENCLUSTER	DATUM	URL	Dateiname	Kommentar
2	2679	8.0	4		Arbeitskreis, Beteiligung, Stadte	Stadte	Stadte	Arbeitskreis, Stadte	Ausarbeiten	1997	http://www.mi4905136879cd3c0a5ac2b77f8da8		
3	1965	6.8	5		Beteiligung, Teilnehmungsverfahren	Stadte	Mobilität / Verkehr	Teilnehmungsverfahren, Bürgerbet	Diskutieren	1997	http://www.mi19654cf09abdb75af3facab3875b04d		
4	358	10.0	1		Bürgerversammlung	Stadte	Stadte	Bürgerversammlung	Diskutieren	1998	http://www.mi18b14d0fb76e6d13995de107df8ba84		
5	1980	10.0	2		Bürgerbeteiligung, Stadte	Stadte	Stadte	Bürgerbeteiligung, Stadte	Diskutieren	1998	https://www.mi3c7346ae8b19f117c6aa12758bb3		
6	422	9.0	1		Zukunftswerkstatt	Stadte	Stadte	Zukunftswerkstatt	Ausarbeiten	1998	http://www.mi3bb4e262efc27f5e45d33e0e0e08		
7	2581	8.0	2		Jugendforum, Workshop	Jugend	Bildung / Kinder / Jugend	Jugendforum, Workshop	Ausarbeiten	1998	https://www.mi3412c2f806d7b1643e4f54703e8b		
8	2429	8.0	2		Arbeitskreis, Stadte	Stadte	Stadte	Arbeitskreis, Stadte	Ausarbeiten	1998	http://www.mi1a72d7931441d30a3ca83725b558		
9	3129	6.5	4		Arbeitsgruppe, Beteiligung, Bürger	Stadte	Stadte	Arbeitsgruppe, Bürgerbeteiligung	Ausarbeiten	1998	https://www.mi0c99e715a7fb1e05c1d10590c2d6e		
10	360	6.0	1		Arbeitsgruppe	Stadte	Stadte	Arbeitsgruppe, Bürgerbeteiligung	Ausarbeiten	1998	https://www.mi821615f3e83f41340e858a1b5474c		
11	2636	10.0	1		Bürgerbeteiligung	Stadte	Stadte	Bürgerbeteiligung	Diskutieren	1999	http://www.mi57070013cdd332ecc78d2743b7d		
12	2417	8.0	1		Ortsbegehung	Stadte	Sonstige	Ortsbegehung	Informieren / Entdecken	1999	http://www.mi0c066b48ff1c12848f442790e631d		
13	2549	6.6	5		Bürgerbeteiligung, Leitbild, Umfrag	Stadte	Stadte	Bürgerbeteiligung, Umfrage, Stad	Diskutieren	1999	http://www.mi4c33d3a89777e3b99135ad98a157		
14	1873	6.0	1		Arbeitsgruppe	Stadte	Stadte	Arbeitsgruppe, Zukunftswerkstatt	Ausarbeiten	1999	https://www.mi2df162860d7b1643e4f54703e8b		
15	2398	6.0	1		Arbeitsgruppe	Stadte	Stadte	Arbeitsgruppe	Ausarbeiten	1999	http://www.mi21c834d99d08a831d354bd63b4f		
16	3841	5.1666666666666666	6		Arbeitsgruppe, Beteiligung, Bürger	Stadte	Stadte	Arbeitsgruppe, Bürgerbeteiligung	Ausarbeiten	1999	https://www.mi3c5d77880021b534b28a08311a5c		
17	1140	4.0	1		Diskussionsrunde	Stadte	Stadte	Diskussionsrunde	Diskutieren	1999	https://www.mi44e154f72e1d5ac317e60058abe2		
18	2540	3.6666666666666666	3		Arbeitsgruppe, Mitwirkung, Leitbild	Stadte	Stadte	Arbeitsgruppe, Gespräche	Ausarbeiten	1999	https://www.mi13421f222b372e0136deb013b33c1		
19	359	10.0	1		Stadte	Stadte	Stadte	Stadte	Diskutieren	2000	https://www.mi45489d71c0b2c0d888485c96ee81		
20	352	9.0	1		Planungswerkstatt	Stadte	Stadte	Planungswerkstatt	Ausarbeiten	2000	http://www.mi5ab6c89ea7173388b9755e37658b6		
21	1988	7.5	2		Arbeitsgruppe, Zukunftswerkstatt	Stadte	Stadte	Arbeitsgruppe, Zukunftswerkstatt	Ausarbeiten	2000	http://www.mi16c26a9281dcd7251ab71751d9e9		
22	2098	7.0	4		Arbeitskreis, Beteiligung, Werkstatt	Stadte	Stadte	Arbeitskreis, Werkstatt, Workshop	Ausarbeiten	2000	https://www.mi6b1e2240d2e9bda998c6501ecf		
23	1325	4.0	1		Diskussionsabend	Stadte	Stadte	Diskussionsabend, Bürgerveramm	Diskutieren	2000	https://www.mi241677a93d56b7d217f95e48865		
24	345	10.0	1		Stadte	Stadte	Stadte	Stadte	Diskutieren	2001	http://www.mi570e70a41e72714ae03b3b43c67e		
25	1248	7.5	2		Arbeitskreis, Zukunftswerkstatt	Stadte	Stadte	Arbeitskreis, Zukunftswerkstatt	Ausarbeiten	2001	https://www.mi4554d681b6ebadbd4227379a55fz		
26	1538	6.0	1		Arbeitsgruppe	Stadte	Stadte	Arbeitsgruppe	Ausarbeiten	2001	https://www.mi8ec9e75d228a27979e06883a00e		
27	2839	10.0	3		Bürgerbeteiligung, Bürgerforum, B	Stadte	Stadte	Bürgerbeteiligung, Bürgerforum	Diskutieren	2002	http://www.mi0da3fd47d915c0d9c3574d20a4db8		
28	1849	7.5	2		Ausländerbeirat, Beteiligung	Stadte	Stadte	Ausländerbeirat	Ausarbeiten	2002	https://www.mi59c3c64eac0e99a49943471d1d		
29	1693	7.5	2		Beteiligung, Werkstatt	Stadte	Stadte	Bürgerforum, Werkstatt	Ausarbeiten	2002	https://www.mi461a387d0ab30484b474c23d6e94		
30	1832	7.0	1		Beteiligung	Stadte	Stadte	Beteiligungveranstaltung	Diskutieren	2002	https://www.mi2f8c3c6c978b54b71915f94912		
31	1775	6.5	2		Partizipation, Workshop	Stadte	Stadte	Workshop	Ausarbeiten	2002	http://www.mi117f1cad015407b51927361ae48		
32	2170	7.0	1		Runder Tisch	Stadte	Stadte	Runder Tisch	Ausarbeiten	2004	http://www.mi6715765700c0e6d1b12d36f2829		
33	2379	9.5	2		Bürgerbeteiligung, Planungswork	Stadte	Stadte	Bürgerbeteiligung, Planungswork	Ausarbeiten	2005	http://www.mi964c38d258b2ff552a1f029136ff246		

Abb. 43: Systematisierter Datensatz aus dem Webcrawler-Framework nach Kommunen (Ausschnitt für Münster)⁸²

Auf Grundlage des so strukturierten Datensatzes wurden abschließend für jede Kommune die Zahl der Verfahren, die identifizierten Themen- und Methodencluster pro Jahr aggregiert. Dadurch liegt für jede Kommune eine Information darüber vor, wie viele Verfahren zu welchen Themen und unter Anwendung welcher Methoden im Zeitverlauf stattgefunden haben.

22	Münster	Anzahl Verfahren	Informieren Entdecken	Befragen	Diskutieren	Ausarbeiten	Methoden Gesamt	Stadt	Stadtteil Quartier	Mobilität Verkehr	Digitalisierung	Umwelt Klima Nachhaltig	Europa Internatins.	Wohnen	Kinder Bildung Jugend	Demokr Beteilig
	Gesamt						0									
	1990						0									
	1991						0									
	1992						0									
	1993						0									
	1994						0									
	1995						0									
	1996						0									
	1997	2			1	1	2			1						
	1998	7			2	5	7	1		3						2
	1999	8			3	4	8			4						
	2000	6	1		2	3	5			3			1			
	2001	3			1	2	3			1						
	2002	5			2	3	5	1		1		1				
	2003						0									
	2004	1				1	1								1	
	2005	2				2	2			1						
	2006	2			1	1	2									1
	2007	2			1	1	2									1
	2008	1			1	1	1									
	2009	1			1	1	1									
	2010	6			5	1	6			3						
	2011	2			1	1	2			1						
	2012	5			5	1	5			3						
	2013	3			1	2	3			1				1		
	2014	9			6	3	9			4						
	2015	1			1	1	1									
	2016	2			2	2	2									1
	2017	9			5	4	9						2			2
	2018	5			5	5	5	1		2					2	1
	2019	12			4	8	12			7						2
	2020	12			6	6	12			7	2					1

Abb. 44: Aggregierter Datensatz I aus dem Webcrawler-Framework nach Kommunen (Ausschnitt für Münster)

⁸¹ Methodencluster: Informieren/Entdecken; Befragen; Diskutieren; Ausarbeiten

⁸² Erläuterung: Jede Zeile in der dargestellten Excel-Tabelle steht für einen identifizierten Text, in dem ein Verfahren informeller, dialogorientierter Beteiligung beschrieben wird.

Eine weitere Aggregationsebene entstand durch die Zusammenfassung der Daten für Kleinstädte (< 20.000 Einwohner*innen), Mittelstädte (20.000-99.999 Einwohner*innen) und Großstädte (> 100.000 Einwohner*innen), sodass für alle untersuchten Klein-, Mittel- und Großstädte Aussagen über die Entwicklung der Verfahrenszahl (s. beispielhaft für Großstädte Abb. 42), der behandelten Themen (s. beispielhaft für Großstädte Abb. 43) und verwendeten Methoden (s. beispielhaft für Großstädte Abb. 44) gemacht werden konnten.

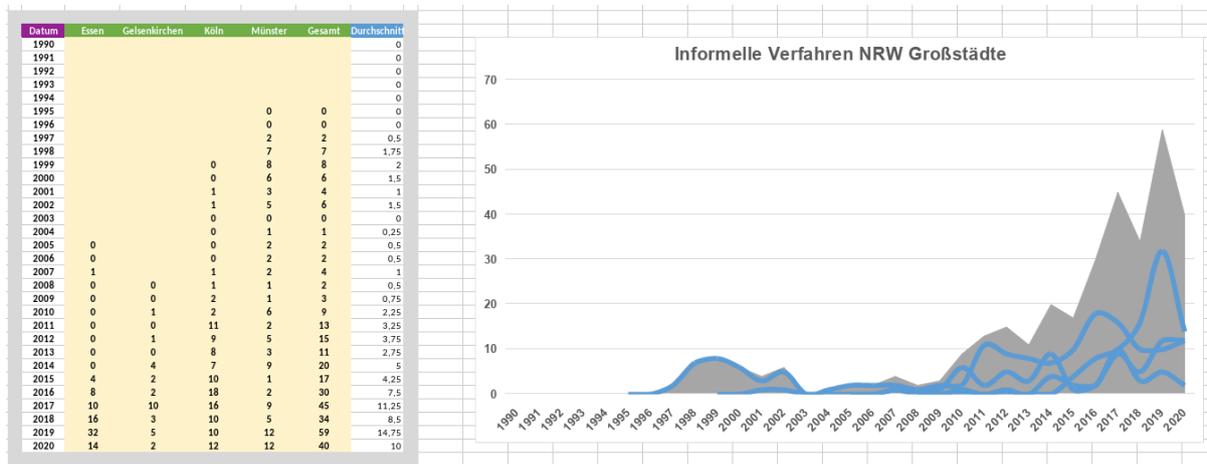


Abb. 45: Aggregierter Datensatz II aus dem Webcrawler-Framework (Verfahrenszahl Großstädte)

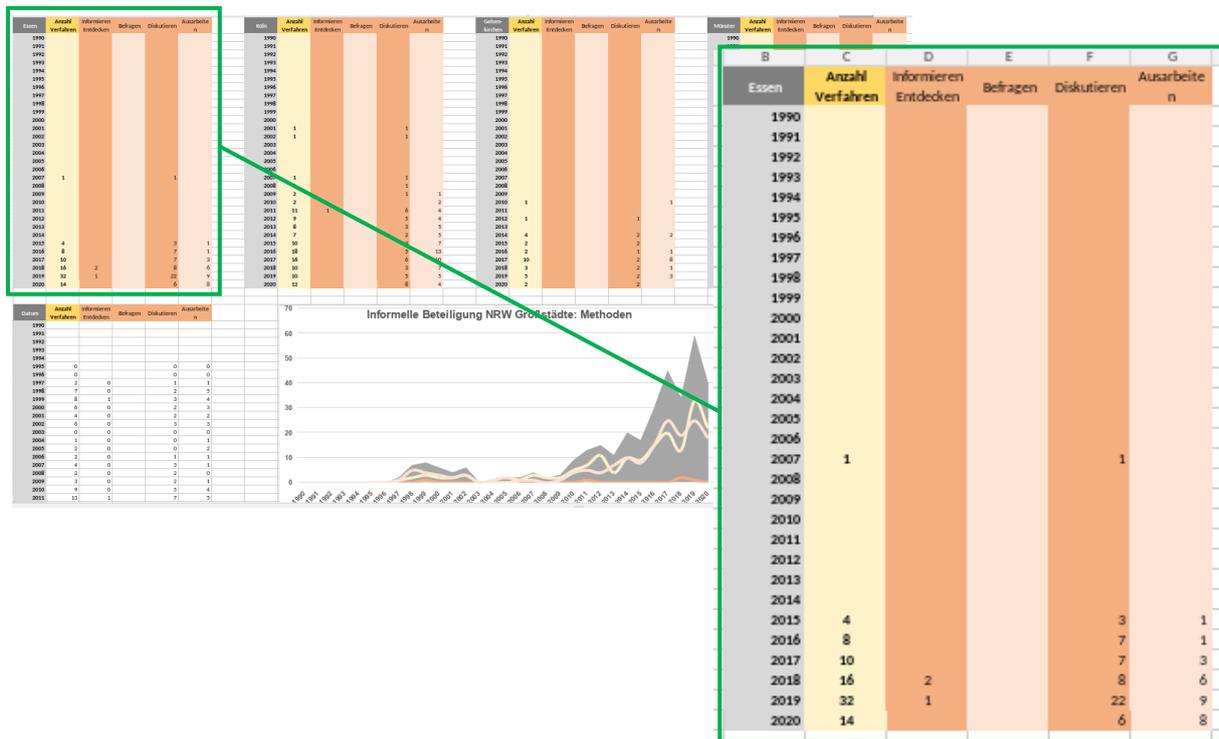


Abb. 46: Aggregierter Datensatz III aus dem Webcrawler-Framework (Methoden Großstädte)

